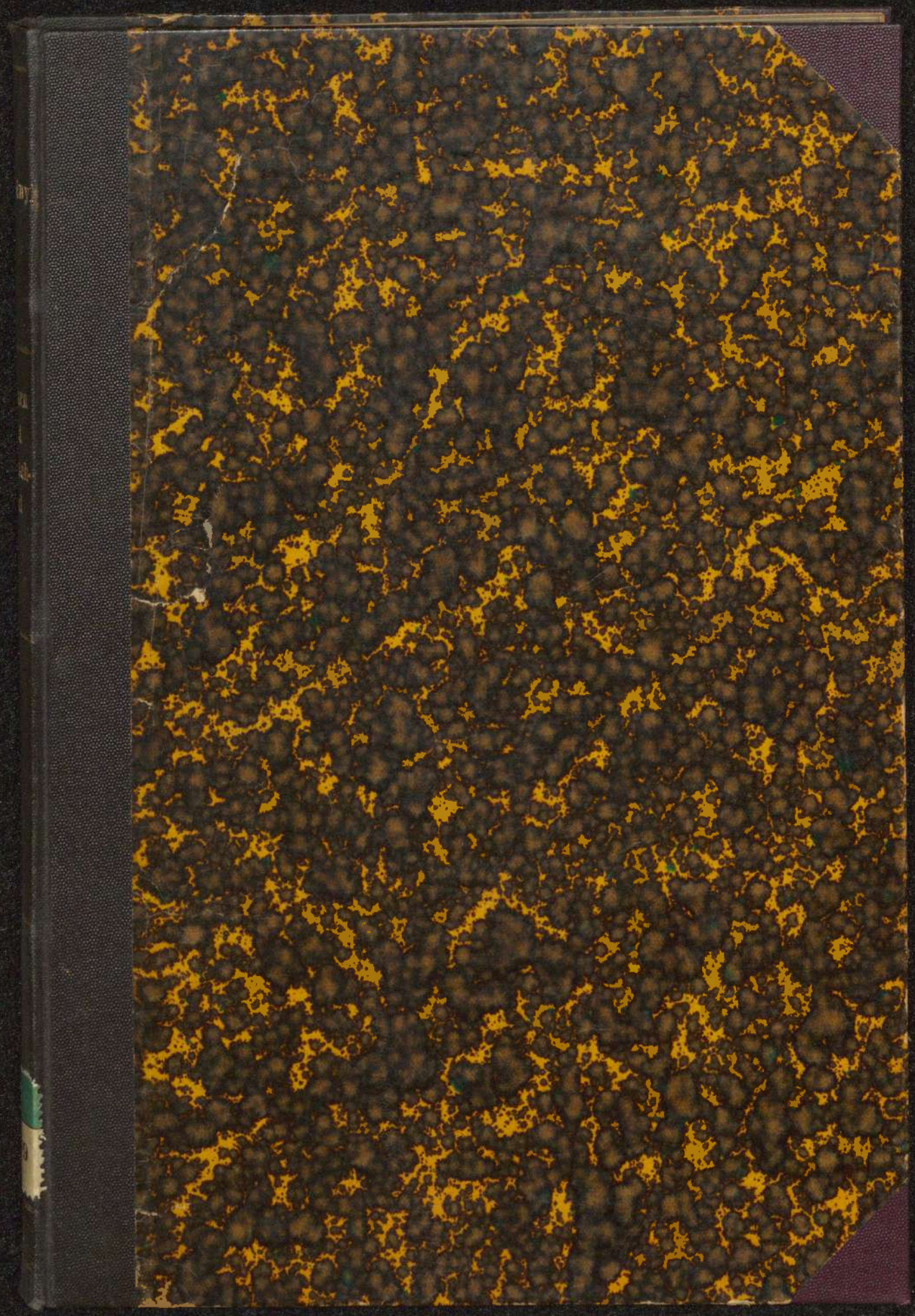

B8.

Szterényi:

Ungarn und Deutschland

KÉPVISELŐHÁZ KÖNYVTÁR

B8 7099: 2. fld.

UNGARN UND DEUTSCHLAND

VON

JOSEPH SZTERÉNYI

K. U. K. WIRKLICHER GEHEIMER RAT

KGL. UNG. STAATSSEKRETÄR A. D., MITGLIED DES UNG. REICHSTAGS.

ÁLLAMIGAZGATÁSI FŐISKOLA KÖNYVTÁR
II 41926
2003
KÉPVISELŐHÁZI KÖNYVTÁR

1917.

Az Országgyűlési Könyvtár
állományából törölve

PESTER BUCHDRUCKEREI AKTIENGESELLSCHAFT.

VORWORT.

Zwei Richtungen beherrschen den Weltkrieg: territoriale Bestrebungen und wirtschaftliche Interessen. Dort Russland mit seinen Jahrhundertplänen, hier England mit seiner wirtschaftlichen Machtgier. Der ersten Richtung steht die Österreichisch-Ungarische Monarchie im Wege, in zweiter Beziehung soll die wirtschaftliche Macht des Deutschen Reichs gebrochen werden, um England die Selbstherrschaft zu sichern. Das sind die Hauptkriegsziele des Weltkrieges unserer Feinde. Das eine werden sie ebenso wenig erreichen, wie das andere. An dem mitteleuropäischen Bündnis, an der militärischen und wirtschaftlichen Kraft der verbündeten mitteleuropäischen Mächte müssen alle ihre Anstürme scheitern. Nicht nur heute, sondern auch und noch vielmehr in der Zukunft. Denn erwies sich dieses Bündnis als stark in der Vergangenheit, muss es noch stärker werden in der Zukunft. Gestärkt durch die Gefühle der beteiligten Nationen und Völker, welche in den Kriegszielen vereint sich auch für die Friedensziele vereinigen wollen. Das wichtigste Friedensziel muss die Sicherung der ungestörten Arbeitsmöglichkeit der Nationen und Völker nach dem Kriege sein. Alle Staaten, ob freundliche oder feindliche, ob halb- oder ganzneutrale, werden vielmehr

Arbeitsleistung aufbringen müssen als bisher, um die enormen unmittelbaren oder mittelbaren Kriegslasten erschwingen und ehestens wieder in normale finanzielle und wirtschaftliche Verhältnisse gelangen zu können.

Eine Grundlage für ungestörte wirtschaftliche Arbeitsmöglichkeit können im Frieden nur geregelte handelspolitische Verhältnisse bieten. Heute hat es noch nicht den Anschein, als ob solche nach Friedensschluss rasch eintreten dürften. Unsere Feinde wollen nach Beendigung des Krieges der Feuerwaffen einen Krieg der Handelswaffen beginnen. Die Beschlüsse der Pariser Konferenz und alles seither geschehene bei ihnen, ihre Rüstung zu diesem neuen Kriege sind wenig verheissungsvoll.

Unter solchen Umständen ist es von doppelter Bedeutung, dass die Staaten der Mittelmächte sich zur Abwehr dieser Gefahr rüsten. Nur zur Abwehr, nicht aber zum Angriff. Denn bei ihnen herrscht der Wille zum ehrlichen Frieden auch auf wirtschaftlichem Gebiete.

Von ganz besonderer Bedeutung ist es aber, dass die Staaten der Mittelmächte und ihrer anderen Verbündeten ihre künftigen handelspolitischen Beziehungen ehestens regeln, um gewappnet für alle Eventualitäten dazustehen. Für den wirtschaftlichen Frieden, den sie anstreben ebenso, wie für einen eventuellen Kampf, wenn dieser ihnen aufgezwungen werden sollte.

Aber auch abgesehen hievon, ist die eheste Regelung ihres künftigen wirtschaftlichen Verhältnisses eine dringende Notwendigkeit. In die Friedensverhandlungen

können sie nicht eintreten, wenn sie ihr eigenes künftiges wirtschaftliches Verhältnis schon vorher nicht bereinigt haben. In erster Linie muss das zwischen Deutschland, Österreich und Ungarn geschehen. Sie bilden den Kern des mitteleuropäischen Staatenblocks. Der Handelsverkehr zwischen ihnen ist für Mitteleuropa ausschlaggebend. Auch ansonsten muss ihr politisches und militärisches Bündnis wirtschaftlich vertieft und ergänzt werden.

Vom ungarischen Gesichtspunkte diese Frage zu beleuchten, ist der Zweck dieser Veröffentlichung, welche eine Zusammenfassung zumeist schon erschienener Abhandlungen dieses Gegenstandes darstellt.

Budapest, Dezember 1916.

Joseph Szterényi.

können. Man wird mir die Unbescheidenheit, mich selbst zitiert zu haben, nachsehen, wenn ich meine kurze Begründung dazu sagen werde.

Ich sagte damals, es war am 19. März 1914: „Zwar lehrte uns Deutschland, das Politik und Volkswirtschaft in auswärtigen Beziehungen miteinander nichts zu thun haben und politische Freundschaft nicht wirtschaftlich bezahlt werden muss, trotzdem kann ich mir keine aufrichtige und dauernde politische Freundschaft mit wirtschaftlicher Gespanntheit gut denken, denn nur jene politische Freundschaft kann wertvoll und verlässlich sein, welche — wie eben unser Bündnis mit Deutschland — tief in der Gesinnung der Bevölkerung wurzelt, welche ins Fleisch und Blut der Bürgerschaft überging, deren Gesinnung aber von ihren wirtschaftlichen Interessen unbedingt beeinflusst wird. Dieser Zusammenhang zwischen Politik und Volkswirtschaft kann nicht bestritten werden und wird heute schon von sehr beachtenswerten deutschen politischen Kreisen auch anerkannt, wie es überhaupt unmöglich ist, sich der Wahrheit dieses Zusammenhanges zu entziehen. Da wir aber alle Ursache haben, alles aufzubieten, dass unser Verhältnis zu Deutschland nicht nur nicht getrübt, sondern — wenn möglich — noch gefestigt, noch inniger werde, *da die Festigkeit unseres Bündnisses mit Deutschland eine europäische, ja ich möchte behaupten, eine Weltnotwendigkeit darstellt,* denn es ist die sicherste Gewähr des Friedens und, wie wir uns während der letzten Jahre schon wiederholt überzeugen konnten, auch die festeste Stütze der Wahrung unserer politischen Interessen, müssen wir dahin trachten, dass einer Störung unseres wirtschaftlichen Verhältnisses vorgebeugt werde, vorausgesetzt natürlich, dass wir auch bei Deutschland jenes Entgegenkommen finden, welches die wirtschatlichen Interessen Österreichs und Ungarns unbedingt erfordern; dass wir dafür, was wir bieten, auch eine entsprechende Gegenleistung erhalten."

Ich musste dieses Zitat vorausschicken, um den Beweis dafür zu erbringen, dass das Bedürfnis einer wirtschaftlichen

Verständigung mit dem Deutschen Reiche bei uns in Ungarn nicht durch den Krieg geweckt wurde; dass wir das Bedürfnis der Stärkung unseres Bündnisverhältnisses schon zu jener Zeit empfanden, wo von einem Kriege, in welchem wir Schulter an Schulter im Feuer stehen werden, noch keine Rede sein konnte, welche Auffassung in den weitesten Kreisen unserer Monarchie zur unerschütterlichen Überzeugung wurde. Der Krieg hat diese Überzeugung nur noch gestärkt und befestigt, aber bestanden hatte sie schon vorher.

Ich musste dies vorausschicken, damit unser Standpunkt in der Frage der wirtschaftlichen Annäherung nicht etwa missdeutet werde, und möchte sofort hinzusetzen, dass *wir eine weitere Ausgestaltung dieses Bündnisverhältnisses wünschen; dass wir bereit sind, alle Opfer dafür zu bringen,* denn der Krieg lieferte uns die schlagendsten Beweise dafür, dass die beiden Zentralmächte aufeinander angewiesen sind, dass das Deutsche Reich ein ebenso grosses Interesse an dem Bestand einer starken österreichisch-ungarischen Monarchie hat, wie auch wir unseren Platz nur so behaupten werden, wenn wir uns an ein mächtiges Deutsches Reich anlehnen können.

Im Dienste dieser Auffassung und im Geiste dieser Gesinnung *wollen wir dieses Bündnis durch eine entsprechende wirtschaftliche Annäherung ergänzen, damit das politische und militärische Bündnis durch wirtschaftliche Massnahmen entsprechend verstärkt werde.* Diese wirtschaftliche Annäherung darf aber nur in solcher Weise erfolgen, dass sie dem politischen Bündnisse unbedingt nützlich sei, dasselbe fördere und ergänze, dabei muss mit peinlichster Genauigkeit dafür gesorgt werden, dass das politische Bündnis durch keinerlei wirtschaftliche Unstimmigkeiten beeinträchtigt werden könne. Hier ist die grösste Vorsicht geboten, denn dort, wo es sich um die wirtschaftlichen Interessen der Einzelnen handelt, entstehen Unstimmigkeiten am leichtesten, da werden die politischen Rücksichten gar bald und leicht in den Hintergrund gedrängt, und die Anhäufung solcher Einzelfälle kommt dann in politischer

Dann, wie soll die *gemeinsame Zollgesetzgebung* gesichert werden? Verschiedene Ideen sind da aufgetaucht, ein Zollparlament, ein Zollausschuss, eine Zolldelegation, eine permanente Zollkonferenz, und so viele andere, von denen aber unserer Meinung nach keine einzige möglich ist. Viele denken an das Majoritätsprinzip. Deutschland könnte dies ebensowenig annehmen wie wir. Und wenn die Anwendung dieses Prinzips überhaupt möglich wäre, so wäre sie erst recht eine Gefahr, nicht nur für das politische Bündnis zwischen Österreich-Ungarn und Deutschland, sondern auch ganz besonders für das gegenseitige Verhältnis zwischen Österreich und Ungarn innerhalb der Monarchie. Dies wäre infach eine Perennierung der Unzufriedenheit und könnte geradezu verhängnisvoll werden.

Vom politischen und staatsrechtlichen Gesichtspunkte scheinen daher nur Schwierigkeiten zu bestehen, denen gegenüber die Frage ehrlich und offen aufgeworfen werden muss: ob unter solchen Umständen *dieser Weg im Interesse des politischen Bündnisses gangbar und wünschenswert ist?* Wenn jene deutsche Seite, die eine Zollunion mit weniger Schwierigkeiten verbunden sieht, uns diesbezüglich anders belehren und unsere Bedenken zerstreuen würde, wären wir hierfür sehr dankbar, *ein* grosses Hindernis könnte damit aus dem Wege geräumt werden.

Ich komme nun auf die zweite Gruppe, auf die praktischen Fragen zu sprechen.

Bei den grossen Schwierigkeiten der Schaffung eines *gemeinsamen autonomen Zolltarifs* will ich nicht länger verweilen. Obzwar es trotz der so sehr abweichenden Produktionsbedingungen der drei Wirtschaftsgebiete, trotz der ganz verschiedenen Schutzbedürftigkeit der hier in Frage kommenden Industrien keine leichte Aufgabe wäre, eine Einigung in dieser Beziehung herbeizuführen, kann dieser Umstand doch nicht als unüberbrückbares Hindernis betrachtet werden, diese Aufgabe kann schliesslich gelöst werden. Opfer für die Verwirklichung einer grossen Idee müssen beiderseits gebracht werden können, und wir sind auch bereit, solche zu bringen.

Wie stünden wir aber mit der *handelspolitischen Bewegungsfreiheit?* Wäre dies nicht ein viel zu schwerfälliger Apparat, als dass eine erspriessliche Tätigkeit zu gewärtigen wäre? Ja, können dadurch nicht auch in unserer Handelspolitik Hemmungen eintreten, welche notgedrungenerweise wieder zu Unstimmigkeiten führen müssten und daher auch auf das politische Bündnis nicht ohne nachteilige Wirkung bleiben könnten? Man darf nicht vergessen, dass die handelspolitische Bewegungsfreiheit Österreichs und Ungarns schon zufolge unserer dualistischen Staatsform schwerfällig ist. Wie würde sich die Situation erst gestalten, wenn nun drei gleichberechtigte Faktoren, drei Regierungen in jeder einzelnen Frage zu entscheiden hätten und ein Einvernehmen unter ihnen erzielt werden müsste? Denn ihres Rechtes, bei den Entscheidungen einander gleichgestellt zu sein, dürfte und könnte keine der drei Regierungen entsagen. Das dazu, soweit es sich um legislatorische Massnahmen handeln würde, auch drei Parlamente notwendig sind, darüber will ich gar nicht sprechen.

Die reine Zollunion mit freiem Verkehr steht heute schon ganz ausser Diskussion, obzwar, wenn schon von einer Zollunion gesprochen wird, dies allein richtig wäre. Die Zwischenzollinie zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn soll vorderhand die zu wählende Form sein. Hierdurch könnte der deutschen Landwirtschaft und der österreichischen Industrie der notwendige Zollschutz noch geboten werden. Dabei wird aber die Forderung der ungarischen Industrie — welche für diesen Fall schon zum Ausdruck gekommen ist —, zwischen Österreich und Ungarn zu ihrem Schutze auch eine Zwischenzollinie zu errichten, nicht genügend beachtet, ja sogar ganz unterschätzt. Wir, die wir die ungarischen wirtschatlichen Interessen zu vertreten haben, stehen auf dem Standpunkte des freien Verkehrs zwischen beiden Staaten unserer Monarchie, natürlich unter Voraussetzung der Berücksichtigung

Missstimmung zum Ausdruck. Unsere Feinde von heute werden aber kaum unsere Freunde von morgen werden, ja es ist zu befürchten, dass die Feindseligkeiten, wenn auch ohne Feuerwaffen, nach Friedensschluss weiter andauern werden, und da müssen wir sehr genau darauf bedacht sein, alles, aber alles, zu vermeiden, was geeignet wäre bei unseren Feinden den Glauben zu erwecken, als ob in unser Bündnis eine Bresche geschlagen werden könnte. Auf politischem und militärischem Gebiete droht diesbezüglich keinerlei Gefahr, einzig und allein das wirtschaftliche Gebiet ist es, wo eine solche Gefahr sehr leicht entstehen kann, wenn wir einer solchen Möglichkeit nicht sorgfältig vorbeugen.

Zwei Möglichkeiten der wirtschaftlichen Annäherung stehen im Vordergrunde: die *Zollunion mit Zwischenzöllen*, und das gegenseitige *Bevorzugungsverfahren*.

Ich will nun der Untersuchung jener Frage nähertreten, ob eine Zollunion — sei es ohne, sei es mit Zwischenzöllen — jenen Vorbedingungen entsprechen würde, welche ich mir zu kennzeichnen erlaubte, namentlich, ob diese geeignet wäre, zu verbürgen, dass sich daraus für unser politisches Bündnis schädliche Rückwirkungen nicht ergeben. Meine kurzen Betrachtungen werde ich in drei Gruppen teilen, und werde die Frage nach ihrer politischen und staatsrechtlichen Bedeutung, von praktischem Gesichtspunkte und vom wirtschaftlichen Standpunkte behandeln, wobei ich trachten will, mich möglichst kurz zu fassen.

Wir haben die Befürchtung, dass in politischer und staatsrechtlicher Beziehung einer Zollunion — sei es mit, sei es ohne Zwischenzollinie — sehr grosse Schwierigkeiten im Wege stehen würden, denn erstens müsste dabei unsere staatliche Selbständigkeit in handelspolitischer Beziehung ganz aufgegeben werden, und zweitens würde eine solche Lösung grossen Verfassungsschwierigkeiten begegnen. Was die staatliche Selbständigkeit anbelangt, sei es mir gestattet, darauf hinzuweisen, dass eine Zollunion „die Abdikation des selbständigen Verfügungsrechtes der einelnen zollvereinten Staaten bezüglich der auswärtigen Handelspolitik" verlangt; dass die Feststellung des Zolltarifs, der Abschluss von Handelsverträgen, ja selbst die diplomatische Vertretung von Handelsinteressen nicht mehr im Bereiche des einzelnen Staates bleibt, dieser muss einfach seine Souveränität in diesen Beziehungen aufgeben.

Ist es nun wahrscheinlich, dass eine Grossmacht von ihrer handelspolitischen Staatshoheit, von der selbständigen diplomatischen Vertretung ihrer Handelsinteressen abdiziere? Man wird mir deutscherseits einwenden, Deutschland müsse doch dasselbe tun. Formell schon, aber in Wirklichkeit nicht, denn praktisch hiesse das soviel, dass Deutschland, als der unvergleichlich stärkere Teil, die Union zu vertreten hätte, von ihrer staatlichen Selbständigkeit hätten nur Österreich und Ungarn zu abdizieren. Könnte eine solche Forderung nicht auf das so wichtige politische Bündnis nachteilig wirken, und könnte das nicht zu unerwünschten Missverständnissen führen? Und wenn eine solche Abdikation prinzipiell möglich wäre, welche *staatsrechtlichen Umwälzungen* müsste sie zur Folge haben? In Österreich die Abänderung des Staatsgrundgesetzes, zu welcher eine Zweidrittelmajorität seines Reichsrates notwendig wäre, in Ungarn — die wirtschaftliche Gemeinsamkeit mit Österreich vorausgesetzt — nebst Abänderung des Ausgleichsgesetzes vom Jahre 1867, des Grundpfeilers der heutigen Verfassung, die Abdizierung vom freien Verfügungsrechte in wirtschaftlicher Beziehung, denn eine Union kann doch nicht von zehn zu zehn oder von zwanzig zu zwanzig Jahren auf Kündigung geschlossen werden.

Es würden da Kämpfe in beiden Staaten der Monarchie heraufbeschworen werden, welche — ohne einen Erfolg gewährleisten zu können — vom Standpunkte des politischen Bündnisses zumindest als sehr unerwünscht angesehen werden müssten, unseren Feinden aber sehr erwünscht kämen, denn es hätte den Anschein als ob unser Bündnis doch nicht so unerschütterlich wäre.

und Befriedigung unserer wirtschaftlichen Interessen, doch möchte ich sehr eindringlich warnen vor einer Unterschätzung jener Forderung des überwiegenden Teiles der ungarischen Industrie, und dies um so mehr, als sie einerseits auch starken politischen Hintergrund hat, andererseits aber die Berechtigung einer solchen Forderung logischerweise nicht bestritten wenden könnte, wenn innerhalb der Zollunion eine Zwischenzollinie überhaupt errichtet werden sollte. Allerdings gehört diese Frage nicht vor das allgemeine Forum, wir müssen sie in unserem Kreise austragen; aber ich musste darauf verweisen, damit man in Deutschland sich auch dieses Umstandes bewusst sei.

Fragen mit solcher Tragweite, wie eine Zollunion, können und dürfen nicht so leichtsinnig behandelt werden, wie wir es oft zu hören bekommen, man soll sich nur im Prinzipe, im Endziele, also in der Union einigen, die Lösung wird dann schon gefunden werden. Das ist — meiner Ansicht nach — viel zu leicht gedacht, es geht nicht an, über die schwierigsten staatsrechtlichen und wirtschaftlichen Fragen sich leichterdings hinwegzusetzen, damit, dass eine Lösung schon gefunden werden wird, nur soll man es wollen. Dafür aber, wie schwere und grosse Fragen da geklärt werden müssen, möchte ich nur noch einige allerwichtigste Fragen anführen, deren Beantwortung von grösster Bedeutung wäre.

Wie stehen wir im Falle einer Zollunion mit *der wirtschaftlichen Gesetzgebung*, welche doch möglichst einheitlich sein muss? Stösst eine Zollunion bei den heutigen Unterschieden in dieser Richtung, bei den so abweichenden prinzipiellen Grundlagen verschiedener Rechtsgebiete, nicht auf ganz besondere Schwierigkeiten? Und ist es möglich, über eine solche enorm grosse Materie kurzerhand einig zu werden? Wer Regierungsverhandlungen mitgemacht hat und noch dazu wirtschaftlicher Natur, wird mir zugeben, dass da jahrelange Verhandlungen notwendig sein werden, um zu einem nur halbwegs befriedigenden Resultate kommen zu können.

Oder wie wird sich *die Frage der Zolleinnahmen*, die Aufteilung derselben gestalten? Darüber möchte ich kein Wort verlieren, ob es bei den enormen Kriegslasten, welche wir nach dem Krieg zu tragen haben werden — in Deutschland werden sie auf jährlich drei, bei uns für beide Staaten nicht viel unter zwei Milliarden geschätzt*) —, möglich sein wird, auch nur auf einen Teil der Zolleinnahmen zu verzichten, welche in Deutschlnd mit über einer Milliarde fast ein Drittel der Reichseinnahmen darstellen, bei uns aber mit rund einer Viertelmilliarde 40% unserer gemeinsamen Auslagen decken. Wird es so leicht sein, darüber hinweg zu kommen, wo doch Deutschland über 50% seiner Zolleinnahmen aus Agrarzöllen hat, wir fast ebensoviel aus Industriezöllen? Dabei muss noch erwähnt werden, dass der weitaus grössere Ausfall an Zolleinnahmen unsere Monarchie treffen müsste. Ist hier nicht ein breites Feld für Unstimmigkeiten vorhanden? „Ein Schlüssel dafür ist bei einigem guten Willen nicht so schwer zu finden", heisst es in einem schönen Referate über diese Frage. Ich möchte als Erwiderung hierauf nur eines bemerken, ganz abgesehen davon, dass eine solch' wichtige prinzipielle Frage nicht dem guten Willen überlasen werden kann: Österreich und Ungarn können über die Methode der Berechnungsbasis des Quotenschlüssels, mit welchem sie die gemeinsamen Auslagen zu tragen haben, seit 1867 nicht einig werden, trotzdem der gute Wille nicht bestritten werden kann. Ist es daher nicht sehr richtig, was diesbezüglich ein hervorragender deutscher Fachmann sagt: „Es darf bei den Völkern Österreichs und Ungarns ebensowenig, wie beim deutschen Volke der Gedanke auftauchen können, dass die engere wirtschaftliche Verbindung eine Übermacht des einen Teils über den anderen bringe. Dieser Gedanke wäre natürlich auch politisch verhängnisvoll."

Was soll weiters mit den *Monopolen und Verzehrungs-Steuern* geschehen; wie werden wir über die so unerlässliche

*) Diese Berechnung war noch in der ersten Hälfte 1915 gemacht worden, ist aber schon längst überholt.

KÖNYVTÁR-KÉPVISELŐHÁZ

Einheitlichkeit der Verkehrstarifpolitik hinwegkommen und wie werden wir die *Valutafrage*, die Relation zwischen Mark und Krone lösen? Denn soll eine Zollunion geschaffen werden, dann müssen diese wichtigsten Fragen *vorher* geklärt sein, wenigstens die Grundprinzipien der Lösung jeder einzelnen dieser Fragen müssen bereinigt sein, ehe ein abschliessendes Urteil über die Möglichkeit der Lösung gefällt wird. Es wäre sehr verfehlt und gefährlich, diese Fragen offen zu lassen, und den Eventualitäten späterer Verhandlungen auszusetzen, denn *unser politisches Bündnis ist uns viel zu wertvoll, als dass wir es dem Einflusse solcher Eventualitäten aussetzen dürften.*

Und damit übergehe ich auf die dritte Gruppe meiner Betrachtungen, auf die *wirtschaftlichen Gesichtspunkte.*

Die finanzielle Frage möchte ich nur ganz flüchtig streifen und mich dabei darauf beschränken, zu erklären, dass Ungarn, welches in der Förderung seiner Volkswirtschaft auf fremdes Kapital angewiesen ist, in dieser Beziehung nur Vorteile aus der wirtschaftlichen Annäherung ziehen könnte. Für die uns deutscherseits zu gewährende Unterstützung müssen wir natürlich Gegenleistungen bieten, dazu sind wir auch gerne bereit.

Aehnlich gestaltet sich die Lage in *landwirtschaftlicher Beziehung.* Eine Zollunion muss für die expansionsfähige ungarische Landwirtschaft unbedingt vorteilhaft sein, bieten sich doch für diese zufolge des enorm grossen deutschen Absatzgebietes, welches aus seiner eigenen Produktion nicht versorgt werden kann, Entwickelungsmöglichkeiten, welche nicht genug hoch eingeschätzt werden können. Hatte doch das Deutsche Reich im Durschnitte der Jahre 1906—1913 zum Beispiel einen Import an Weizen, Gerste und Hafer von rund 780 Millionen Kronen, an Bauholz von 216, an Geflügeln und Eiern von 205, an Hornvieh van 80, und an Schweinen von 41 Millionen, um von anderen landwirtschaftlichen Importartikeln gar nicht zu sprechen.

Unserer Landwirtschaft harren für die Zukunft sehr grosse Aufgaben, dessen sind wir uns vollkommen bewusst. Wir

müssen durch eine starke Steigerung unserer Produktion das unserige dazu beitragen, dass die Zentralmächte in bezug auf ihre Verpflegung ganz unabhängig werden, um gegen alle Eventualitäten der Zukunft gewappnet dazustehen. Uns fällt die Rolle zu, wenigstens teilweise den russischen Import nach Deutschland zu ersetzen und wenn ich da nur das eine erwähne, dass in der Produktion der vier wichtigsten Getreidesorten (Weizen, Roggen, Gerste und Hafer) in Deutschland auf den Kopf der Bevölkerung im Jahre 1913 4·6 Doppelzentner, in Österreich und Ungarn aber nur 3·5 fielen, habe ich schon auf einen starken wunden Punkt unserer Landwirtschaft verwiesen, aber auch auf die Möglichkeit, die Vorteile einer Union ausnutzen zu können.

Ich wiederhole es daher, dass eine Zollunion unserer Landwirtschaft nur Vorteile bieten könnte, daher von diesem und vom finanziellen Gesichtspunkte freudig begrüsst werden müsste.

Wie gestaltet sich aber die Frage vom Standpunkte *der Industrie?* Um eventuellen Missverständnissen vorzubeugen, möchte ich vorerst festlegen, dass wir unseren Exportmöglichkeiten nach Deutschland naturgemäss die Importmöglichkeiten aus Deutschland gegenüberstellen müssen und wenn wir einen Teil des Importes feindlicher Staaten nach Deutschland zu unseren Gunsten erhalten sollen, *müssen wir dem Deutschen Reiche die Möglichkeiten bieten für seinen Exportausfall in die feindlichen Länder wenigstens zum Teile, soweit unser Importbedarf es ermöglicht, bei uns Ersatz zu finden.* Darin sind wir alle bei uns einig, dass wir alles, was wir bisher vom Auslande bezogen haben und in Zukunft beziehen müssen, in erster Reihe aus Deutschland beziehen und hierzu alle handelspolitischen Möglichkeiten bieten sollen.

Aber abgesehen hievon, wie würde sich eine Zollunion zwischen drei Teilen gestalten, von denen der eine das Prinzip des Abbaues der Hochschutz-Zollpolitik vertritt, die anderen hingegen das Schutzsystem noch erhöhen wollen, weil ihre

Industrie einen stärkeren Schutz benötigt? Oder wie würde sich eine Zollunion in ihrem Effekte bei dem grossen Unterschiede in den Kräfteverhältnissen gestalten, welche zwischen der deutschen Industrie einerseits und der österreichischen und ungarischen Industrie andererseits bestehen?

Ich will nicht mit grossem Zahlenmaterial kommen, muss jedoch einiges anführen, um den Beweis dafür zu erbringen, dass es nicht wunder nehmen kann, wenn die Zollunion die meisten der österreichischen und ungarischen Industrien mit Besorgnis erfüllt.

Gegenüber einem Kohlenkonsum 1911 in Österreich und Ungarn von 52 Millionen Tonnen stehen 225 Millionen, das fünffache, in Deutschland; gegenüber 4·31 Millionen Tonnen aufgearbeiteten Eisenerzes und 2·18 Millionen Tonnen Roheisens bei uns, stehen 33·11, beziehungsweise 14·88 Millionen Tonen, das achtfache dort; gegenüber aufgearbeiteter Baumwolle im Werte von 316, und Schafwolle von 139 Millionen Kronen bei uns, stehen 622, beziehungsweise 468 Millionen in Deutschland. Und wenn wir die Stärke der Industrie nach ihrem Kapitale beurteilen, so betrug 1912 das eingezahlte Kapital von Aktien und anderer Gesellschaften bei uns 3421, in Deutschland aber 12.607·5 Millionen, also ebenfalls das vierfache.

Und kann eine Zollunion für den Schwächeren nicht sehr grosse Nachteile bringen, wo der Export des Eisens das vierfache, beim industriellen Export sogar das achtfache des Anderen beträgt, ja wo auch solche Unterschiede bestehen, dass z. B. der Export in Eisen, Eisenwaren, Metall, Metallwaren, Maschinen und in der elektrischen Industrie das 26-fache des Anderen ausmacht? Ist es nicht sehr wahrscheinlich, dass selbst beim besten Willen und dem weitestgehenden Entgegenkommen des Stäkeren der Schwächere in vielen Beziehungen früher oder später nicht unterliegen oder aber zumindest in seiner Entwicklung ganz unterbunden sein muss?

Es soll nicht geleugnet werden, dass es auch in Österreich

und in Ungarn einzelne Industrien gibt, welche aus einer Union Nutzen ziehen würden; ich verweise nur auf die österreichische Konfektions-, Manufaktur-, Flachs- und Glasindustrie, dann auf die ungarische Holz- und eventuell Malz- und Mehlindustrie. Aber wie verschwindend gering ist die Zahl dieser gegenüber der gefährdeten Industrien! Allerdings lässt sich durch Kartelle und Syndikate bei der Grossindustrie vieles von den nachteiligen Wirkungen lindern, doch kann da kein Zwang angewendet werden und die Entwicklung würde dabei doch ganz unterbunden sein.

Jeder zum Stillstand gebrachte Schlot aber würde als Agitationsobjekt und Argument gegen das politische Bündnis benützt werden können, Unzufriedenheit entstünde, und es müsste in diesem Falle unbedingt eine ungünstige Rückwirkung auf das politische Bündnis eintreten, was wir Alle, hüben wie drüben, unter allen Umständen vermieden sehen wollen.

Gar mancher aus den massgebenden deutschen Volkswirtschaftskreisen wird sich die Frage stellen: Wie kommt es, dass, wenn Ungarn als überwiegender Agrarstaat aus einer Zollunion die grösseren Vorteile ziehen könnte, wir die industriellen Nachteile doch so stark betonen und bewerten? Es sei mir gestattet, dies mit einigen Worten erklären zu dürfen. Wir haben zwei sehr gewichtige Gründe dafür. Erstens ist unsere junge, unvergleichlich schwächere Industrie noch mehr gefährdet, als die österreichische, ja, sie müsste dem doppelten Drucke unbedingt unterliegen, und von einer Industrieförderung der Zukunft könnte überhaupt keine Rede mehr sein. Eine Zwischenzollinie könnte der österreichischen Industrie mehr-weniger noch Schutz bieten, uns aber kaum, wir hätten den Druck doppelt zu erleiden. Die entsprechende Förderung unserer Industrie ist aber eine Lebensfrage für uns als Staat. Vergebens fördern wir unsere landwirtschaftliche Produktion, wenn mit ihr die Stärkung unserer Industrie nicht parallel geht, dann sorgen wir eigentlich nur für die erhöhte Absatzmöglichkeit der Industrie Österreichs und des Deutschen

Reiches, wir aber müssten nur Agrarprodukte exportieren, um viel wertvollere Industrieproduke in grösserem Masse importieren zu können. Wir würden einfach zurückfallen in die Lage früherer Jahrzehnte, und damit Türen und Tore für die Auswanderung öffnen, denn die Stichhaltigkeit des Ausspruches, dass ein Land, welches nur Agrarprodukte erzeugt und exportiert, schliesslich Menschen exportieren muss, haben wir leider praktisch am eigenen Leibe erprobt. Von der Förderung unserer Industrie können wir unter keinen Umständen Abstand nehmen, wie sollen wir unsere zunehmende Bevölkerung ernähren, wie die grossen Staatslasten ertragen, wie unsere Kultur fördern? Was hätte unsere Kriegsleitung getan, wenn wir heute keine Industrie hätten? Weiss man es, dass Ungarn mit seiner jungen Industrie mehr als die Hälfte der Kriegsmunition der Monarchie erzeugt; dass die ungarische Textil- und Lederindustrie ein starker Faktor bei der Herstellung der Kriegsbekleidung ist? Die Förderung der Industrie in Ungarn ist eine Lebensfrage für uns, aber auch ein starkes Interesse der Monarchie, und wir werden nie jener Auffassung beipflichten — denn sie widerspricht den Tatsachen —, welche wiederholt auch von deutscher Seite betont wurde, dass unsere Verhältnisse für die Industrie ungeeignet wären, daher es verfehlt ist, mit künstlichen Mitteln eingreifen zu wollen. Allerdings wäre eine Zollinie als Schutz für die ungarische Industrie ein geeigneteres Mittel zur Förderung derselben, aber wenn wir von diesem wichtigen Mittel Abstand nehmen, so bringen wir damit der wirtschaftlichen Gemeinsamkeit mit Österreich ein schweres Opfer, wir bringen es der Grossmachtstellung der Monarchie zuliebe, aber in der Überzeugung, dass wir dabei — wenn auch nicht in demselben Masse — unsere Industrie doch fördern können. Jede Form einer wirtschaftlichen Annäherung, welche den Effekt hätte, dass wir in unserer Industrieförderung gehemmt wären, würde nicht nur das Lager des selbständigen Zollgebietes bei uns ganz besonders stärken, sondern würde gleichzeitig den Gegnern unseres politischen Bündnisses mit dem Deutschen Reiche eine starke Waffe in die Hand liefern.

Dies ist daher die eine Ursache, warum wir für die industriellen Interessen so einstehen. Ein zweiter Grund aber ist die Gemeinsamkeit mit Österreich. Wenn wir in diesem Bunde ehrlich sein wollen, müssen wir unsere Interessen ausgleichen und für einander einstehen. Die Schwächung Österreichs durch Gefährdung seiner Industrie wäre eine Schwächung der Monarchie, so wie die Förderung der ungarischen Industrie kein einseitiges Interesse nur Ungarns ist, sondern die Stärkung der Monarchie bedeutet. Für die Interessen der Monarchie, demzufolge für die gegenseitigen Interessen, müssen wir gemeinsam eintreten, aber auch wir für die österreichische Industrie.

Dass aber eine Union auf die meisten Zweige unserer Industrien nachteilig wirken müsste, wird allgemein anerkannt, nur betreffs des Masses dieser Rückwirkungen gehen die Meinungen auseinander, und betreffs der anwendbaren Remeduren sind die Ansichten geteilt.

Eben deshalb müssen wir ehrlich und offen die Frage aufwerfen, ob es im Interesse unseres politischen Bündnisses gelegen wäre, diese Form einer wirtschaftlichen Annäherung mit ihren zahlreichen, teilweise fast unüberbrückbaren Schwierigkeiten zu wählen, welche so viele Gefahren für dieses Bündnis in sich bergen kann, oder ob nicht der Vorschlag der preferentiellen Zölle den wirklichen Verhältnissen entsprechender wäre und den Interessen der drei Wirtschaftsgebiete besser entsprechen würde?

Zu demselben Resultat kam auch der von mir schon zitierte deutsche Fachmann bei seinen Betrachtungen über diese Frage, indem er sagt: „Man wähle also den Weg, der am ehesten zum Ziele führt, keine grundstürzenden Massnahmen in staatsrechtlicher Hinsicht verlangt, aber, richtig ausgebaut, eine breite Fahrstrasse gibt, die in ähnlicher Bequemlichkeit zu keinem sonstigen Land mehr führt, das sich nicht ehrlich als unser Freund auch im Kriege zeigen will."

Auch wir glauben, dass als Form der wirtschaftlichen Annäherung ein weitgehendes Bevorzugungsverfahren sich besser

empfehlen würde, *das System preferentieller Zölle auf längere Dauer,* natürlich mit Ausschluss der Inanspruchnahme derselben durch andere Staaten unter dem Titel der Meistbegünstigung.

Wir sind der Überzeugung, dass diese Form *fast* alles bietet, was mit einer Union geplant wird, ohne die Schwierigkeiten derselben, und dass sie, richtig ausgebaut, eine glückliche Ergänzung unseres politischen und militärischen Bündnisses wäre. An dieses System müsste sich naturgemäss die gegenseitige Unterstützung bei Abschluss von Handelsverträgen mit anderen Staaten knüpfen, welche Verträge immer gleichzeitig abzuschliessen wären, sowie auch das ernste Bestreben nach einer möglichen Einheitlichkeit der wirtschaftlichen und finanzpolitischen Gesetzgebung, die Zollgesetze inbegriffen. Bei dieser Form der Annäherung könnten wir gegenseitig allen billigen Forderungen gerecht werden und hierdurch eine wirtschaftliche und handelspolitische Kraft entfalten, welche geeignet wäre, die Interessen aller Teile im vollen Masse zu schützen und welche dabei als Vorbereitung einer weiteren noch engeren Annäherung für die Zukunft dienen könnte.

Wir sind uns dessen bewusst, dass diese Form mit gewissen Schwierigkeiten für den Abschluss von Handelsverträgen mit anderen Staaten verbunden ist, wenn dafür keine entsprechende Lösung gefunden werden sollte, namentlich für das Deutsche Reich in erster Reihe mit Bezug auf die Vereinigten Staaten von Nordamerika, in denen Deutschland mit fast 15% seines Importes und 8% seines Exportes interessiert ist. Wir glauben aber, dass sich hiefür eine Lösung finden lässt, wenn im Friedensinstrument dafür Vorsorge getroffen werden würde, dass in Anbetracht dessen, dass Deutschland, Österreich und Ungarn, als Ergänzung ihres politischen und militärischen Bündnisses eine möglichst enge wirtschaftliche Annäherung anstreben, die Begünstigungen, welche sie sich gegenseitig einräumen, aus der Meistbegünstigung für andere Staaten ausgenommen sind. Allerdings wäre diese Bestimmung für Staaten,

welche an der Friedenskonferenz nicht beteiligt sind, eventuell nicht bindend, aber deren grosse Bedeutung auch für diese kann nicht bestritten werden.

Auch glauben wir, dass hiefür noch Modalitäten zu finden sein werden, welche nicht unter die Meistbegünstigung fallen, daher die erwähnte Schwierigkeit beseitigt werden kann. Demzufolge empfehlen wir die Annahme dieser Form der wirtschaftlichen Annäherung und möchten wir noch hinzufügen, dass unserer Auffassung nach jede Lösung gewählt werden kann, welche mit der staatlichen Selbständigkeit verträglich ist, die wirtschaftlichen Interesen der drei Wirtschaftsgebiete berücksichtigt und kein störendes Element in unser politisches Bündnis bringt, keine Lösung aber gewählt werden darf, welche dieses höchste Ziel gefährdet.

Die Frage der wirtschaftlichen Annäherung gibt der öffentlichen Behandlung reichlichen Stoff. Es kann nicht behauptet werden, dass deren Behandlung nicht genug intensiv wäre. Argumente werden für die eine und für die andere Lösung ins Feld geführt, bisher noch leider überwiegend aus Gefühlsmomenten. Was aber für uns alle als sehr erfreulich gelten muss, dass ist, dass gegen eine Annäherung keine einzige Stimme laut wurde. Demgegenüber mussten wir zu unserem aufrichtigen Bedauern Stimmen hören, wenn auch nur vereinzelte Stimmen, als ob Ungarn ein Hindernis bilden würde, als ob man ungarischerseits der Lösung Schwierigkeiten in den Weg legen wollte. Dagegen müssen wir uns auf das entschiedenste verwahren. Ungarn wünscht die wirtschaftliche Annäherung ehrlich und aufrichtig, und ist bereit, hierfür — wenn notwendig — auch Opfer zu bringen. Aber eben, weil es die Annäherung ehrlich wünscht, bringen wir die Schwierigkeiten, welche der Union derzeit im Wege stehen können, vor, und beantragen eine unserer Ansicht nach allen drei Teilen entsprechendere Lösung, um zu verhüten, dass Schwierigkeiten und Störungen eventuell später entstehen. Heute können diese Fragen noch geklärt werden, ja, sie müssen bereinigt werden,

wenn aber eine prinzipielle Einigung schon zustande kam, dann dürfen keine störenden Momente mehr dazwischen kommen. Eben das wollen wir verhüten. Ungarn war stets und ist auch heute ein aufrichtiger, ehrlicher Freund des Bündnisses mit dem Deutschen Reiche, es wird es auch künftighin sein. Nie konnte bei uns eine ernste Strömung gegen dieses grandiose Werk eines unserer grössten und des grössten deutschen Staatsmannes aufkommen, vergebens waren alle diesbezüglichen Versuche. Ungarn wird auch die wirtschaftliche Annäherung ehrlich und aufrichtig fördern. Dessen darf man in Deutschland versichert sein!

II.

Die wirtschaftliche Annäherung zwischen Deutschland, Österreich und Ungarn.*)

Ob eine wirtschaftliche Annäherung zwischen den Staaten der im Kriege Schulter an Schulter stehenden Zentralmächte stattfinden soll, kann eigentlich keine Frage mehr sein. Dass eine solche Annäherung stattfinden wird, muss als beschlossene Tatsache gelten. Denn die Annäherung ist ein Gebot der Notwendigkeit, für das Deutsche Reich ebenso, als für Österreich und Ungarn. Das politische Bündnis der zwei Grossmächte fordert die wirtschaftliche Annäherung gebieterisch; dieses Bündnis erheischt nach dem Kriege eine weitgehende Ergänzung, und da kann die Ergänzung in wirtschaflicher Beziehung nicht fehlen. So wie es eine Gefahr für das politische Bündnis wäre, eine Form der wirtschaftlichen Annäherung zu wählen, welche die starke Bevorteilung des ohnehin stärkeren Teils zur naturgemässen starken Benachteiligung der schwächeren Teile zur Folge hätte, könnte es für dieses Bündnis ebensolche Gefahr werden, wenn die wirtschaftlichen Interessen der drei Wirtschaftsgebiete innerhalb des Bündnisses keine entsprechende Lösung und Befriedigung fänden. Staatspolitik und Wirtschaftspolitik können heute voneinander nicht mehr getrennt werden, ja, sie erscheinen als Zwillings-

*) „Nord und Süd" Oktober 1916.

geschwister, sie stellen eigentlich die Siameser Zwillinge dar. Was war denn die eigentliche Triebkraft des derzeitigen Weltkrieges und was brachte die Tripelentente trotz vieler divergierender politischer Interessen zusammen? Grossbritanniens Neid wegen Deutschlands mächtiger wirtschaflicher Entwicklung, wegen Deutschlands expansiver Ausbreitung im Welthandel. Würden Englands weltwirtschaftliche Interessen hier nicht mitgespielt, oder besser gesagt, die Hauptrolle gespielt haben, wäre die Entente nie zustande gekommen, da wären Frankreichs nationale Eitelkeit und Russlands Balkanpolitik nie so zur Geltung gekommen; es hätte nie zu einer *solchen* Konflagration kommen können. Die Wirtschaftspolitik beherrscht heute jede Staatspolitik, abgesehen von vereinzelten Fällen der nationalen Empfindlichkeit und des staatlichen Prestiges. Liefern die Vereinigten Staaten von Nordamerika eben im jetzigen Weltkriege nicht den schlagendsten Beweis hierfür? Nach den wirtschaftlichen Interessen werden sich künftighin die politischen Allianzen gestalten. Wo wirtschaftliche Gegensätze ihren Ausgleich finden und wirtschaftliche Interessen gegenseitig befriedigt werden können, dort und in jener Richtung werden politische Annäherungen angestrebt werden und erfolgen. Selbst die stärksten politischen Gegensätze werden ausgeglichen werden können, wo es sich um einschneidende wirtschaftliche Interessen handeln wird. Und wenn es dem so ist, kann es doch nicht fraglich sein, ob zwischen Deutschland, Österreich und Ungarn eine wirtschaftliche Annäherung zweckmässig oder notwendig ist? Das sich im Kriege bewährte politische Bündnis muss notgedrungenerweise eine Ergänzung militärischer Natur erhalten, beide werden eine wirtschaftliche Ergänzung zeitigen, und zwar im wohlverstandenen Interesse beider Grossmächte.

Ich gehe dabei gar nicht von den — meiner Ansicht nach übrigens nur vorübergehenden — wirtschaftlichen Erscheinungen des Krieges und dessen natürliche unmittelbare

Folgen aus. Denn ich würde es als gründlich gefehlt betrachten, diese höchstwichtige Frage von dem Gesichtspunkte zu beurteilen, ob das Deutsche Reich seinen nach den feindlichen Staaten und deren Kolonien vor Kriegsausbruch gehabten Export von rund vier Milliarden Mark ganz oder teilweise einbüssen wird, oder wo Österreich und Ungarn für ihren Ausfall derselben Natur von rund 700 Millionen Kronen Ersatz finden können? An und für sich, insbesondere für die erste Zeit nach Friedensschluss handelt es sich hierbei allerdings um tief ins Fleisch schneidende Interessen, aber es werden dies eben *keine Fragen für die Dauer* sein, denn einerseits ist doch der Sieg uns heute schon sicher, daher kann von Repressalien handelspolitischer Natur seitens der feindlichen Staaten keine Rede sein, andererseits aber ist die deutsche Industrie im überwiegenden Teil jeder Konkurrenz so stark überlegen, dass sie bei gleicher handelspolitischer Behandlung vorübergehende Stimmungen feindlicher Nationen nicht zu fürchten hat. Wo es sich übrigens um klingende Münze handelt, flauen solche Stimmungen sehr schnell ab, ganz abgesehen davon, dass die Schaffung nationaler Industrien bei der allgemeinen Geldknappheit, beziehungsweise bei den Geldbedürfnissen aller Staaten nach dem Kriege nicht so schnell vonstatten gehen wird, wie sich dies manche feindliche Heisssporne vorstellen. Eine Weile wird es aber doch dauern, bis Deutschland seine durch den Krieg gestörten Exportorganisationen wieder herstellen kann, und als ganz belanglos darf die erwähnte Stimmung für die erste Zeit daher nicht hingestellt werden, so dass für die Eventualitäten der Übergangszeit doch gesorgt werden muss. Hierzu bietet sich der nicht zu unterschätzende industrielle Import Österreichs und Ungarns, welcher sich in 1913 ausser dem Import aus Deutschland von rund 900 Millionen, doch noch etwa auf 750 Millionen Kronen bezifferte, hievon allein aus Grossbritannien und Frankreich rund 400 Millionen; hierzu muss der bisherige Import der Türkei aus England, Frankreich

und Italien in Mitrechnung gezogen werden, im letzten Jahre vor Kriegsausbruch auch rund 400 Millionen Kronen, und schliesslich muss doch mit einem in dieser Beziehung sehr mächtigen Faktor noch gerechnet werden, mit der Lösung der belgischen Frage, welche für das Deutsche Reich eben in handelspolitischer Beziehung nicht gleichgültig sein kann. Wie immer die Frage Belgiens gelöst werden wird, in handelspolitischer Beziehung wird sich doch Deutschland mit diesem an Gebiet verhältnismässig kleinen, aber an industrieller Produktion und industrieller Konsumfähigkeit umso bedeutenderen Gebiete unbedingt eine solche Vorzugsstellung für alle Zukunft sichern, dass es von dort den englischen und französischen Import möglichst verdrängt. Auch hier handelt es sich um die Ersatzmöglichkeit von etwa einer halben Milliarde, und zwar nicht nur vorübergehender, sondern permanenter Natur. – Und dann wird doch ein ansehnlicher Teil der deutschen Industrie unmittelbar nach Friedensschluss für den inländischen Bedarf vorübergehend viel stärkere Beschäftigung finden, wie in normalen Zeiten; was das aber bedeuten kann, dafür möchte ich nur das eine Beispiel anführen, dass, während die Gesamtausfuhr des Deutschen Reiches in 1913 insgesamt 10·8 Milliarden Mark betrug, die verschiedenen Kriegsindustrien — laut einer offiziösen Mitteilung — von August 1914 bis März 1915, also nur innerhalb acht Monaten, Werte von fast zehn Milliarden Mark erzeugten, somit diese Überbeschäftigung auch in Betracht gezogen werden muss. Damit im Zusammenhange steht noch die Steigerungsmöglichkeit des inneren Konsums in Deutschland, durch Verdrängung der Importe aus England und Frankreich, was bei dem stark ausgeprägten nationalen Gefühl des deutschen Volkes nicht fraglich sein kann. Hier handelt es sich wieder um Importe von über 900 Millionen Kronen industrieller Natur.

Ich führte dies nur an, um den Beweis dafür zu erbringen, dass die grosse Frage der wirtschaftlichen Annäherung zwischen Deutschland, Österreich und Ungarn nicht von

diesem, mehr oder weniger vorübergehenden Gesichtspunkte beurteilt werden kann, sondern nur vom Standpunkte der Dauerhaftigkeit behandelt werden darf, denn unser Bündnis kann kein Verhältnis kurz befristeter Natur sein, soll es auch für die Zukunft so stark sein, wie es sich in diesem Kriege zeigte. Dieses Bündnis bewährte sich im Frieden und im Kriege, damals als Gewähr für die friedliche Entwicklung, es ist zur Garantie der Sicherung einer friedlichen Zukunft, es ist zu einer absoluten Notwendigkeit für immerwährende Zeiten geworden, welches nur gestärkt werden kann, nie aber geschwächt werden darf. Von diesem Gesichtspunkte muss daher seine wirtschaftliche Ergänzung betrachtet werden, von diesem Gesichtspunkte möchte auch ich diese Frage behandeln und mich dabei ausschliesslich mit den Lösungseventualitäten dieser Annäherung befassen, wobei ich jene Frage, ob eine solche Annäherung notwendig oder geboten erscheint, als in sich selbst hinfällig, einfach übergehe; dieser Frage haben weltgeschichtliche Zeiten und Ereignisse die Antwort erteilt.

Heute kann nur mehr jene Frage gestellt werden: *wie soll die wirtschaftliche Annäherung zwischen Deutschland, Österreich und Ungarn geschehen, welche Lösung soll und kann hierfür gewählt werden, welche Lösung gewährleistet uns jene Grundbedingung, dass unser politisches Bündnis wirtschaftlich gestärkt werde?*

Mit dieser Frage möchte ich mich daher in meinen weiteren Ausführungen befassen, und nachdem ich mich in der prinzipiellen Frage der wirtschaftlichen Annäherung schon einleitend festlegte, kann ich der Untersuchung dieser Frage ohne die Befürchtung nähertreten, missdeutet werden zu können, wenn die Ergebnisse meiner Untersuchung manchen Idealen vielleicht nicht ganz entsprechen sollten. Solche Fragen dürfen eben nicht nach idealen Zielen behandelt werden, sie müssen nach realen Verwirklichkeitsmöglichkeiten untersucht werden. Ausschliesslich von diesem Gesichtspunkte will

ich diese hochwichtigste Frage behandeln und mich von keinerlei Gefühlsmomenten beeinflussen lassen, denn seien diese noch so ehrenwert und wurzeln sie noch so tief in unseren Empfindungen, wenn die Durchführbarkeit fehlt und sie nicht auch feste wirtschaftliche Grundlagen haben, bleiben sie einfach Ideale, ohne die geringste Hoffnung auf Verwirklichung.

Die Frage der wirtschaftlichen Annäherung — in Form einer Zollunion — reicht eigentlich in die vierziger und in die sechziger Jahre des vorigen Jahrhundertes zurück. Österreich wünschte sie damals, es hatte politische Zwecke damit. Ungarn war damals noch durch Zwischenzölle wirtschaftlich von Österreich getrennt. Wie in Österreich, wurde die Frage auch in Ungarn rein politisch behandelt, Ludwig Kossuth führte eine starke Pressfehde gegen eine Zollunion mit Deutschland. Dieselben Gründe wurden dagegen angeführt, welche Österreich dafür ins Treffen brachte. „Wenn wir auf unserem Anspruche auf Zolleinigung bestehen, so geschieht es, . . . weil Österreich eine deutsche Macht ist und nicht zugeben kann, dass eine gemeinsam deutsche Einrichtung ihm grundsätzlich verschlossen bleibe, und das es von seinem Bundesgenossen als Ausland behandelt werde," damit begründet später, als die Frage der Union noch immer nicht zur Ruhe kam, der damalige Minister des Aeussern, Graf Rechberg, den österreichischen Standpunkt*). Vor dieser deutschen Überflutung fürchtete sich seinerzeit Kossuth, und aus diesem Grunde nahm er Stellung gegen den Beitritt Ungarns in den deutschen Zollverein.

Diese Stellungnahme — welche meiner Ansicht nach keinesfalls gerechtfertigt war, denn vom deutschen Einflusse und von der deutschen Kultur hat Ungern nie Ursache zur Besorgnis gehabt — wurde aber damals ebenso gegenstands-

*) Graf Rechbergs Brief an Graf Bismark, 17. September 1864. Österr. Rundschau, 1. Juni 1915.

los, wie jene noch später Österreichs, denn Preussen widersetzte sich — ebenfalls aus politischen Gründen — des österreichischerseits angeregten Beitrittes, an Bismarcks Widerstand scheiterte der Plan, rein politische Motive leiteten auch ihn dabei, die entgegengesetzten Motive Österreichs, ganz abgesehen davon, dass er den Plan für *„niemals durchführbar"* erklärte, denn „eine ernsthafte, sachliche Behandlung im Detail wird darüber schwerlich einen Zweifel lassen" *).

Wiederholt tauchte die Frage der Zollunion in den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts auf, damals allerdings nicht auf rein politische Motive gestützt. Jetzt wurde sie durch den Weltkrieg wieder in den Vordergrund gestellt, aber leider wieder überwiegend mit politischem Hintergrund, was der Sache nicht nützlich ist, denn sie beeinflusst auch die wirtschaftlichen Gesichtspunkte.

Die Erscheinungen und Ereignisse dieses entsetzlichen Weltkrieges lassen diese Anregung auch wirtschaftlich als natürlich, daher verständlich erscheinen, es war nicht notwendig, Politik damit zu verbinden, wie es österreichischerseits geschah, denn es gibt fast keines Gleichen mehr in der Weltgeschichte, wie Deutschland und Österreich-Ungarn in diesem Kriege nebeneinander stehen. Es ist leicht erklärlich, dass der Wunsch laut geworden ist, wenn wir militärisch so miteinander verschmolzen sein können, soliten wir es auch wirtschaftlich sein.

Obwohl „eine ernsthafte, sachliche Behandlung im Detail" eine Möglichkeit hierfür in der Form der Zollunion bietet?

Betrachten wir die Frage vorerst von politischem Gesichtspunkte. Hierauf scheint Bismark gezielt zu haben mit seiner Erklärung — an welcher er, wie bekannt, bis zu seinem Ende festhielt —, dass er eine Zollunion zwischen Deutschland, Österreich und Ungarn für „niemals durchführbar" hält. Mag

*) Graf Bismarck an Graf Rechberg, 8. September 1864. Österr. Rundschau, 1. Juni 1915.

man dem grössten Staatsmann seines Jahrhunderts heute nachsagen, dass er in wirtschaftlichen Fragen nicht ganz einwandfreie Ansichten vertrat, sein Scharfblick und seine absolute Autorität in politischen Fragen kann nie bestritten werden.

Auch kann Bismarck nicht zugemutet werden, dass er dabei gegen Österreich-Ungarn eingenommen gewesen wäre, denn das widerspräche seiner ganzen Vergangenheit, und sagte doch der grosse Reichskanzler: „Die Erhaltung der österreichisch-ungarischen Monarchie als einer unabhängigen, starken Grossmacht ist für Deutschland ein Bedürfnis des Gleichgewichts in Europa, für das der Friede des Landes bei eintretender Notwendigkeit mit gutem Gewissen eingesetzt werden kann" *). Worte, welche Kaiser und deutsches Volk im jetzigen Weltkrieg so mächtig in Wirklichkeit übersetzten!

Wie gestaltet sich nun eine Zollunion vom politischen Gesichtspunkte?

„Nicht der vollkommen freie Verkehr zwischen den zollvereinten Ländern ist die Charakteristik der Zollunion, sondern die einheitliche Zollgrenze und die einheitliche Zollpolitik gegenüber dritten Staaten. *Die Zollunion verlangt also die Abdikation des selbständigen Verfügungsrechtes der einzelnen zollvereinten Staaten bezüglich der auswärtigen Handelspolitik. Die Feststellung des Zolltarifs, der Abschluss von Handelsverträgen, ja selbst die diplomatische Vertretung von Handelsinteressen ist nunmehr gemeinsame Angelegenheit der zollvereinten Staaten. . . . Der einzelne Staat der zollvereinten Länder abdiziert von seinem Rechte der souveränen Handelspolitik und unterwirft sich auch dem Willen der zollvereinten Länder. Der einzelne Staat des zollvereinten Gebietes ist handelspolitisch für dritte Staaten verschwunden und bildet einen Teil des als neues Individuum auftretenden Zollverines".**).*

*) Gedanken und Erinnerungen, Seite 253.
**) Alex. Matlekovits, Neue Freie Presse 1915. 24. April.

Der deutsche Zollverein in seiner heutigen ideellen Form war nur möglich zufolge der Einheitlichkeit des Deutschen Reiches, ja, der Zollverein vor dem Reiche musste notgedrungenerweise zum Reiche führen.

Die Zollunion zwischen Österreich und Ungarn, die einzige dieser Art, ist nur zufolge gemeinsamer auswärtiger Vertretung der österreichisch-ungarischen Monarchie möglich, selbst hierbei war und bleibt es immer eine ungarische Forderung, dass die eigene Staatlichkeit Ungarns beim Abschluss von Handelsverträgen entsprechend zum Ausdruck komme. Nun handelt es sich aber im Falle einer Zollunion zwischen Deutschland, Österreich und Ungarn um zwei Grossmächte. Es ist nicht wahrscheinlich, dass eine Grossmacht von ihrer handelspolitischen Selbständigkeit, von der eigenen diplomatischen Vertretung ihrer Handelsinteressen abdiziere. Wenn dies aber geschehen sollte, müsste dafür vorgesorgt werden, dass daraus keine Unstimmigkeiten im politischen Verhältnisse der beiden Mächte entstehen können. Denn diplomatische Vertretungen haben nur Mächte und nicht Zollvereine, und die handelspolitischen Verhandlungen führen naturgemäss nur diese Vertretungen, dies könnte im praktischen Leben zur scheinbaren Hintersetzung der einen oder der anderen Grossmacht führen.

Ich glaube nicht zu irren, wenn ich annehme, dass des grossen Reichskanzlers „niemals ausführbar" sich in erster Reihe auf diesen Umstand bezog, sein politischer Scharfblick sah klar die politische Schwierigkeit. Doch möchte ich hierauf nur kurz verwiesen haben, wie auch auf die sich einer Zollunion gegenüber ergebenden staatsrechtlichen Schwierigkeiten. Ich musste diese Bedenken hier anführen, um die Frage möglichst gründlich beleuchtet zu haben, ohne Anbetracht dessen, ob einzelne dieser Fragen meine eigene Auffassung decken oder nicht.

Die Vertretung der auswärtigen Handelsinteressen beider Staaten der österreichisch-ungarischen Monarchie ist für Öster-

reich in seinem Staatsgrundgesetze, für Ungarn in seinem Ausgleichsgesetz von 1867 geregelt. Im Falle einer Zollunion, bei welcher die handelspolitische Vertretung dritten Staaten gegenüber nicht durch die gemeinsamen Vertreter der Monarchie zu geschehen hätte, müssten diese Gesetze abgeändert werden, wozu in Österreich eine Zweidrittelmajorität des Reichsrates notwendig wäre. Die ungarische Gesetzgebung kennt keine qualifizierte Majorität, hier würde sich aber eine andere Schwierigkeit ergeben. Das ungarische Ausgleichgesetz hält das freie einseitige Verfügungsrecht Ungarns in wirtschaftlicher Beziehung für den Fall aufrecht, dass sich Ungarn und Österreich über die Regelung ihres wirtschaftlichen Verhältnisses von Zeit zu Zeit nicht einigen sollten. Nun ist aber eine Zollunion zwischen Deutschland, Österreich und Ungarn von zehn zu zehn, oder von zwanzig zu zwanzig Jahren auf Kündigung doch nicht recht denkbar, wenigstens kann ich mir es nicht denken, dass Deutschland seine Handelspolitik auf eine solche Grundlage zu stellen bereit wäre. Demzufolge müsste Ungarn auch Österreich gegenüber abdizieren von seinem erwähnten freien Verfügungsrechte, oder aber müsste die Möglichkeit geboten werden, dass beide Staaten der Monarchie die Zollunion mit Deutschland selbständig abschliessen können, denn der Wert einer Zollunion bestände doch für Deutschland nur darin, dess es die österreichischen und ungarischen Wirtschaftsgebiete in ihrer Gänze für die Union bekäme. Wer die Verhältnisse in Österreich und in Ungarn nur einigermassen kennt, wird sich betreffs der Durchführbarkeit dieser Verfassungsänderungen keinen Illusionen hingeben, nur unnütze und vergebliche Kämpfe würden da in beiden Staaten der Monarchie und auch untereinander heraufbeschworen werden, welche auch vom Standpunkte des politischen Bündnisses zumindest als sehr unerwünscht angesehen werden müssten.

Ich muss aber noch auf eine sehr wichtige staatsrechtliche Schwierigkeit verweisen: auf die Frage der *gemeinsamen Zollgesetzgebung*. Bei einer Zollunion ist es nicht anders denkbar, als dass die Zollgesetzgebung für alle zollvereinten Staaten gemeinsam sei. Es geht doch nicht an, dass über alle einschlägige Fragen drei Parlamente zu beschliessen hätten. Wie kommt man aber über diese Schwierigkeit hinweg, wo die wirtschaftlichen Angelegenheiten in allen drei Staaten in die souveräne Kompetenz der Legislative gehören? Es wurde ein Zollparlament angeregt, eventuell mit einem Vetorecht zum Schutze der Minorität. Also wäre ein Majoritätsprinzip gedacht. Wenn die Anwendung dieses Prinzips überhaupt auch nur denkbar wäre, würde damit eine permanente Stätte für Unzufriedenheit geschaffen werden, und zwar nicht nur eventuell zwischen den beiden Monarchien, sondern auch innerhalb unserer Monarchie zwischen unseren beiden Staaten, und auch dies müsste eine schädliche Rückwirkung auf unser politisches Bündnis ausüben, wie auch der bekannte deutsche Reichstagsabgeordnete Georg Gothein über die Union sagt: „sie könnte eher der politischen Freundschaft hinderlich sein"*). Überhaupt möchte ich hier hervorheben, dass die einer Union im Wege stehenden staatsrechtlichen Schwierigkeiten auch deutscherseits anerkannt werden, Parlamentarier, wie Gothein, der an derselben Stelle sich diesbezüglich folgendermassen äussert: „Vor allem sind es staatsrechtliche Schwierigkeiten, die einer Zollunion entgegenstehen;" ferner der Kgl. bayr. Wirkl. Rat und Abgeordnete H. Osel**), betonen diese Schwierigkeit wiederholt, so dass es der Wahrheit nicht entspreche, wollte man behaupten, dass Ungarn einer Zollunion im Wege stehe. Gewiss nicht, denn Ungarn könnte aus einer Zollunion mehr Vorteile ziehen, abgesehen von seinen industriellen Interessen.

Die erste Bedingung einer Zollunion wäre natürlich der *gemeinsame autonome Zolltarif*, das Verhandlungsinstrument

*) Vossische Zeitung 21. Juli 1915.

**) Allgemeine Rundschau 29. Juni 1915.

mit anderen Staaten. Das Bedenken jener Schwarzseher, die da meinen, es wäre unmöglich, eine Einigung auf einen solchen Tarif zustande zu bringen, teile ich nicht. Gewiss gibt es auch da Schwierigkeiten, aber unlösbar ist diese Frage nicht, denn dort, wo es sich um Verwirklichung einer grossen Idee handelt, müssen auf allen Seiten Opfer gebracht werden können, da darf es an mehr oder weniger kleinlichen materiellen Interessen einzelner Wirtschaftsgruppen nicht scheitern, das wirtschaftliche Gesamtinteresse in industrieller und landwirtschaftlicher Beziehung jedes einzelnen Staates muss massgebend sein. Nicht so optimistisch bin ich aber in der allerwichtigsten Frage *der handelspolitischen Bewegungsfreiheit* der geplanten Zollunion. Wie würde sich die Union in dieser Beziehung gestalten? Wäre dies nicht ein viel zu schwerfälliger Apparat, als dass eine erspriessliche Tätigkeit zu gewärtigen wäre? Mann wolle nur bedenken, dass in jeder einzelnen Frage drei Regierungen zu entscheiden hätten, denn die Regierungen könnten ja ihr Entschliessungsrecht keinem anderen Faktor überlassen. Was das aber bedeutet, dafür bieten uns die Erfahrungen unserer Doppelmonarchie hinlängliche Erfahrungen, wo wir es nur mit zwei Regierungen zu tun haben, und da haben wir ständige Kämpfe, um die wirtschaftlichen Interessen beider Staaten auszugleichen. Das Beispiel Österreichs und Ungarns in seiner handelspolitischen Schwerfälligkeit — welche aber eine unausweichbare Folge der Staatsform einer Doppelmonarchie ist — sollte zu einem noch schwerfälligeren Apparate doch nicht aneifern! Schon dieses Verhältnis allein müsste uns davon abhalten, als Form der wirtschaftlichen Annäherung jene der Zollunion zu wählen, denn wenn es zwischen Österreich und Ungarn in der Vergangenheit Streitigkeiten gab, waren es immer wirtschaftliche und handelspolitische Ursachen, welche dahin führten. Zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn dürfen aber solche Streitigkeiten nicht entstehen, denn sie könnten das politische Bündnis trüben.

Nicht unbedenklich — wenn auch nicht prinzipieller Natur

— ist auch die Frage der *Zolleinnahmen.* Wie und nach welchem Schlüssel sollen diese geteilt werden? Nach dem Konsum, heisst es in einem Antrage, nach der Zollgrenze in einem anderen, nach der Bevölkerungszahl in einem dritten, die Kriegsentschädigung soll hier Vorschub für den sonst benachteiligten Teil leisten, so sagt ein weiterer Antrag. Wie leicht werden solche Anträge dahingestellt! Der Konsum als Basis wäre sehr annehmbar und auch gerecht. Aber wie diesen feststellen? Die Zollgrenze, da würde Österreich und Ungarn schön hineinfallen, und bei der Bevölkerungszahl Deutschland. Was für den einen Teil annehmbar wäre, gestaltet sich als eine Unmöglichkeit für den anderen, und von einer Kriegsentschädigung in dieser Beziehung kann überhaupt nicht gesprochen werden, wir können doch unsere wirtschaftliche Annäherung von der Kriegsentschädigung nicht abhängig machen. Wieder muss ich auf das Verhältnis zwischen Österreich und Ungarn verweisen, auf den Umstand, dass es trotz aller Bestrebungen seit 1867 nicht gelang, für die Quote der gemeinsamen Ausgaben der Monarchie eine Berechnungsgrundlage des Schlüssels zu vereinbaren, Mit recht sagte mir jüngst ein sehr hervorragender deutscher Staatsmann, der noch dazu ein Freund der Zollunion ist, dass er diese Frage als eine der allerschwierigsten betrachtet und vollständig teilt die Ansicht Osels, der in bezug auf diese Frage sagte: „Es darf bei den Völkern Österreichs und Ungarns ebensowenig wie bei dem deutschen Volke der Gedanke auftauchen können, dass die enge wirtschaftliche Verbindung eine Übermacht des einen Teils über den andern bringe; dieser Gedanke wäre natürlich auch politisch verhältnissvoll*)."

Nicht so schwer lösbar ist die Frage der *Monopole und Verzehrungssteuern,* aber gelöst muss auch diese werden. Monopole können zwar verschiedener Natur in den zollvereinten Staaten bestehen, wenn es auch nicht wünschenswert ist, aber

*) Kölnische Volkszeitung 15. Juni 1915.

prinzipiell kann es nicht ausgeschlossen werden. Diese kleine Unbequemlichkeit könnte kein Hindernis für eine Zollunion bilden. Die Verzehrungssteuern könnten durch das Überweisungsverfahren geordnet werden, wie wir hierfür zwischen Österreich und Ungarn die Lösung in einer sich ganz gut bewährten Form haben und auch des System der Surtaxen wäre anwendbar. Ein Hindernis bildet daher diese Frage nicht.

Auch sehe ich keine unüberbrückbare Schwierigkeit in der Schaffung eines *einheitlichen Frachtrechtes und einheitlicher Frachtentarife,* und dies umsoweniger, als die österreichischen und ungarischen Staatsbahnen auch auf dem Ertragswirtschaftssystem beruhen, wie fast ausnahmslos alle deutschen Eisenbahnen. Diese Einheitlichkeit muss aber geschaffen werden, sie ist eine der wichtigsten Grundbedingungen einer Zollunion, wie auch die *Einheitlichkeit der wirtschaftlichen und finanzpolitischen Gesetzgebung,* denn eine Zollunion mit verschiedenem Frachtrechte und Frachttarifen, mit verschiedenem Gewerbe- und Handelsrecht usw., ist einfach ein Ding der Unmöglichkeit. So weit aber möchte ich doch nicht gehen, dass ich die gleiche Steuergesetzgebung und soziale Fürsorge als Postulat einer Zollunion hinstellen würde, einerseits beweist bei der Steuergesetzgebung eben der deutsche Zollverein, dass in den zollvereinten Staaten verschiedene Steuersysteme ganz gut möglich sind, andererseits die Zollunion zwischen Österreich und Ungarn, dass dies auch in bezug auf soziale Lasten nicht unbedingt notwendig ist. Dass es vorteilhafter ist, und wünschenswert wäre, wenn auch diesbezüglich eine mögliche Einheitlichkeit besteht, soll damit nicht bestritten werden.

Nun müsste aber die Frage der Form unserer wirtschaftlichen Annäherung prinzipiell geklärt sein, bis es zum Friedensschlusse kommt, denn das Friedensinstrument wird voraussichtlich wichtige handelspolitische Bestimmungen enthalten, dort müssen wir schon geschlossen dastehen. Deshalb

ist es ganz falsch, wenn behauptet wird, es wäre verfrüht, sich mit dieser Frage zu beschäftigen. Im Gegenteil, es wäre verfehlt, es nicht rechtzeitig zu tun. Ist es aber möglich, zwischen drei Regierungen in so wichtigen wirtschaftlichen Fragen, denen die *Valutafrage* noch angegliedert werden müsste, bis zu jener Zeit auch nur eine prinzipielle Einigung herbeizuführen? Ist es möglich, vorhergehend auch noch eine Prämisse zu erfüllen, ohne welche die Regierungen nicht einmal in meritorische Verhandlungen eintreten könnten: die Einigung Österreichs und Ungarns über ihr gegenseitiges wirtschaftliches Verhältnis ab 1917? Es kann keinem Zweifel unterliegen, dass diese Einigung zustande kommen wird, die Freude einer Zerspaltung werden unsere beiden Staaten ihren Feinden nicht gönnen, — aber Zeit erheischt dies doch, noch dazu viel Zeit. Offen dürfen aber solche Fragen nicht bleiben, geklärt müssen sie zumindest prinzipiell werden, sonst ergäbe sich eine viel zu grosse Reibungsfläche innerhalb des politischen Bündnisses, und statt dessen Festigung durch Angliederung wirtschaftlicher Interessen könnte daraus leicht eine Lockerung werden, nichts ist hierzu so sehr geeignet, wie wirtschaftliche Gegensätze.

Und damit komme ich auf die wirtschaftliche Seite der Frage zu sprechen. Mit zwei Gebieten des wirtschaftlichen Lebens kann ich — vom ungarischen Standpunkte — gar bald fertig werden, es ist dies die finanzielle und agrarische Seite einer Zollunion. Freudig müsste Ungarn eine solche von diesen Gesichtspunkten begrüssen, denn Ungarn ist in der Förderung seiner Volkswirtschaft, ja selbst bei seinen staatlichen Investitionsbedürfnissen auf fremdes Kapital angewiesen. Diesbezüglich können wir aus einer engen wirtschaftlichen Verbindung mit Deutschland *nur* Vorteile ziehen. Zwar wird das Deutsche Reich nach Friedensschluss noch geraume Zeit seine freien Kapitalien für sich selbst benötigen, doch werden dort die Kriegslasten bei einem nationalen Einkommensüberschuss von jährlichen zehn Milliarden*) verhältnismässig rasch

*) Helfferich: Deutschlands Volkswohlstand 1888—1913. Seite 122.

aufgebracht worden sein, trotzdem kann der deutsche Geldmarkt für uns von ganz bedeutendem Werte werden.

Aehnlich würde sich die Lage in landwirtschaftlicher Beziehung gestalten; auch diesbezüglich zeigen sich für Ungarn nur Vorteile aus einer Union, insbesondere wenn zu dem fast unbegrenzten deutschen Absatzgebiet noch deutsches Wissen, deutsches Arbeitssystem, deutsche Kraft und deutsche Organisation unserer Landwirtschaft, wie überhaupt unserer Volkswirtschaft zu Hilfe kämen. Ich gestehe es, dass ich auf letzteres viel grösseres Gewicht lege; denn Absatzgebiet haben wir für unsere Mehrproduktion derzeit noch selbst in unserer Monarchie genügend, ja in schwächeren Jahren sind wir selbst auf Import angewiesen, und es wird Jahre benötigen, bis wir zu einer ansehnlicheren Mehrproduktion gelangen, um den Bedarf Deutschlands auch nur teilweise decken zu können. Trotzdem kann es keinem Zweifel unterliegen, dass für unsere Landwirtschaft sich ein sehr grosses Gebiet der Entwicklung eröffnen würde, dass selbst die Bodenpreise eine ansehnliche Steigerung erfahren dürften, letzteres im Verhältnisse der Entwicklung der Landwirtschaft, welche eine unserer grössten Aufgaben der allernächsten Zukunft bilden muss; denn es ist doch ein unhaltbarer Zustand, dass Ungarn mit seinem gesegneten Boden kaum etwas über die Hälfte der deutschen Weizendurchschnittsergebnisse hat; dass während eines dreissigjährigen Durchschnittes — 1885 bis 1913 — der Ernteergebnisse Weizen in Deutschland bei einer bebauten Fläche von 1,885.669 Hektar eine Ernte von 32,854.466 Doppelzentner, Ungarn aber bei einer Fläche von 3,327.389 Hektar (also um 1,441.923 Hektar mehr), nur 41,818.957 Doppelzentner insgesamt nur um 8,964.491 Doppelzentner mehr) Ernte aufweist, das heisst, Ungarn müsste bei gleichen Erntedurchschnitten auf Grund der Daten des Jahres 1913 um 38,853.124 Doppelzentner mehr Weizen geerntet haben, als in Wirklichkeit, was bei den normalen Getreidepreisen vor Kriegsausbruch eine Erhöhung des nationalen Einkommens von über einer Milliarde Kronen ergeben würde.

Es würde zu weit führen, die Ursachen dieses Rückstandes der ungarischen Landwirtschaft hier zu erörtern, ich will es deshalb auch unterlassen, ich beschränke mich hier einfach auf die abermalige Feststellung dessen, dass die ungarische Landwirtschaft aus einer Zollunion mit Deutschland nur grosse Vorteile ziehen könnte, daher eine Zollunion von diesem Gesichtspunkte nur wärmstens begrüsst werden müsste.

Nicht so die ungarische Industrie, für welche eine Zollunion bei ihrem *heutigen* Bestande geradezu katastrophal wirken müsste, denn sie wäre nunmehr nicht nur dem Drucke der österreichischen Industrie ausgesetzt, welche sich naturgemäss umso stärker auf den ungarischen Markt werfen müsste, sondern auch der deutschen, welche die Konkurrenz mit der österreichischen Industrie hier aufnehmen würde. Dass sie ihr überlegen währe, kann nicht fraglich sein, trotz der Zwischenzölle, welche bis zu deren gänzlichen Abbau als ein Schutz für die österreichische Industrie gedacht wäre, — dass aber die unvergleichlich schwächere ungarische Industrie bei Aufrechterhaltung des weiteren freien Verkehrs zwischen Österreich und Ungarn dabei — von einigen Zweigen derselben abgesehen — ganz unterliegen müsste, darüber kann kein Zweifel bestehen, dies wäre ein ganz natürlicher, unaufhaltbarer Prozess. Ich möchte hier nicht viel mit Ziffern operieren, und es hiesse auch Eulen nach Athen tragen, wollte ich einen Vergleich der ungarischen mit der deutschen Industrie aufstellen. Soviel möchte ich aber doch erwähnen, dass in Deutschland rund 40 Prozent der gesamten Erwerbsbevölkerung auf Industrie, Berg- und Hüttenwesen fällt, in Ungarn aber nur 14 Prozent, und dass *die gesamte ungarische industrielle und gewerbliche Produktion derzeit nicht grösser ist, als der Export Deutschlands in der Eisen-, Maschinen-, Elektrizitäts- und Textilindustrie.* Steht schon die österreichische Industrie der ungarischen gegenüber zumindest wie 8:1, so steht die deutsche wieder der österreichischen gegenüber etwa wie 5:1, wie würde Ungarn in einer solchen Situation mit seiner kleinen Industrie dastehen!

Dass dabei an eine weitere Förderung einer Industrie nicht gedacht werden könnte, darüber kann nicht einmal mehr gesprochen werden.

Nun kann aber Ungarn von der Förderung, ich möchte es doppelt unterstrichen haben, von einer grosszügigen Förderung seiner Industrie nicht Abstand nehmen, ohne die Gefahr zu laufen, seine vitalsten staatlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Interessen nicht opfern zu müssen. Denn die Landwirtschaft allein vermag die erfreulich zunehmende Bevölkerung von mehr als ein Prozent jährlich nicht zu ernähren, sollte sie noch so intensiv gefördert werden; die Landwirtschaft kann die Lasten des Staates nicht ertragen und hat Ungarn doch heute schon ein Jahresbudget von über zwei einviertel Milliarden Kronen, welches sich zufolge der enormen Kriegslasten unbeding auf fast vier Milliarden stellen wird. Ohne entsprechender Industrie müsste Ungarn mit seiner Staats- und Volkswirtschaft zurückfallen in die Lage früherer Jahrzehnte, die Auswanderung müsste wieder enorme Dimensionen annehmen, der Steigerung und dem Exporte der landwirtschaftlichen Produktion gegenüber müsste die Steigerung des industriellen Importes stehen, der schnurgerade Weg zur Verarmung der Nation. Worin findet es denn seine Begründung, dass der ungarische landwirtschaftliche Export allmählich zurückgeht? Neben der geringen Entwicklung der Landwirtschaft in der Idustrialisierung des Landes, in dem Anwachsen der Städte als natürliche Folge der Industrieförderung, und dieselbe Erscheinung in viel stärkerem Masse in Österreich. Dieselbe Ursache, dass der derzeitige deutsche Handelsvertrag in dieser Relation die an denselben geknüpften Hoffnungen nicht erfüllte; nicht Deutschlad ist — von einzelnen Ausnahmen abgesehen — Schuld daran, die Steigerung unseres eigenen und des österreichischen Konsums bildet die Erklärung dazu.

Mit der starken Förderung der Lanwirtschaft muss daher parallel eine grossangelegte Industrieförderung einsetzen, und in dem Masse, als deutsches Kapital und deutscher Unternehmungsgeist uns dabai zu Hilfe kommen wird, werden die Entfernungen immer geringer werden, welche die deutschen, österreichischen und ungarischen Wirtschaftsgebiete voneinander trennen.

Hierin liegt der Kernpunkt der Frage vom industriellen Gesichtspunkte. *Die grossen Unterschiede von heute müssen allmählig verringert werden, damit dieselben Schwierigkeiten morgen nicht mehr bestehen.* Wenn deutsches Kapital hier grosszügig eingreifen würde; wenn deutsches Wissen und Unternehmungsgeist der ungarischen Industrieförderung in wirklich grossem Style zur Hilfe käme; wenn deutsche Arbeit in der ungarischen Industrie in solchem Masse zur Geltung kommen wollte, dass sie die ungarische Volkswirtschaft industriell so befruchten würde, dass sie uns behilflich wäre unsere Bevölkerung mit industrieller Arbeit zu ernähren: dann würden die Hindernisse wirtschaftlicher Natur, welche heute einer Union im Wege stehen allmählig verschwinden, dann würde vom Standpunkte der gesamten ungarischen Wirtschaftspolitik die Zollunion eine allgemein erwünschte Lösung bedeuten.

Wenn es auch nicht bestritten werden darf, dass wir auch Industrien haben, welche aus einer Zollunion nur Nutzen ziehen könnten, muss doch demgegenüber festgestellt werden, dass diese Industrien verschwindend gering jenen gegenüber sind, welche der Konkurrenz der mächtigen deutschen Industrie nicht standhalten könnten. *Selbst die unvergleichlich stärkere österreichische Industrie fürchtet dasselbe, warum ist sie* — mit verhältnismässig wenigen ehrenwerten Ausnahmen — *gegen eine Zollunion. Ganz besonders möchte ich es hier betonen, dass in der Beurteilung der Frage der Zollunion die österrichische Industrie fürchtet dasselbe, darum ist sie* — mit *schen und ungarischen Agrarier,* — mit den erwähnten Ausnahmen — *absolut einig sind* und es nur tendenziöse Unterstellung ist, wenn behauptet wird — wie es leider schon geschah —, dass die Zollunion an dem Widerstand Ungarns scheitert.

Man möchte sich an manchen Stellen gerne als sehr bündnistreu hinstellen und einen Sündenbock in der Person Ungarns aufstellen, dem man alles in die Schuhe schieben kann. Das wird aber nicht gelingen, weil man in Deutschland nur zu gut weiss, *dass Ungarn absolut zuverlässig für das Bündnis ist, dass wir Ungarn es waren, die noch lange vor dem Kriege die Notwendigkeit einer wirtschaftlichen Annäherung mit dem Deutschen Reiche anregten, und dass Ungarn auch für die Zukunft die stärkste Stütze des Bündnisses sein wird,* denn für Ungarn bildet ein grosses, mächtiges Deutschland nicht nur jene Grossmacht, welche mit einer starken österreichisch-ungarischen Monarchie die grösste Gewähr für eine friedliche Entwicklung der Nation darstellt, *sondern für Ungarn ist dieses Deutschland auch die stärkste Garantie für seinen nationalen Bestand, dieses Ungarn wird daher alles aufbieten, was das Bündnis mit Deutschland zu festigen geeignet ist,* dieses Ungarn ist hierfür auch zu wirtschaftlichen Opfern bereit.

Aber auch trotz der erwähnten Bedenken vom industriellen Standpunkte könnten die wirtschaftlichen Schwierigkeiten beseitigt werden, wenn die ungarische Industrie desselben Schutzes innerhalb der Zollunion teilhaftig werden könnte, wie es die österreichische Industrie für sich beansprucht, namentlich wenn eine Zwischenzollinie auch zwischen Östereich und Ungarn mit derselben Abbautendenz und demselben Abbauzeitpunkt errichtet werden würde. In diesem Falle könnte von wirtschaftlichem Gesichtspunkte keinerlei Bedenken geltend gemacht werden, wobei natürlich die erwähnten wichtigen Fragen auch gelöst werden müssten, betreffs deren ich schon bemerkte, dass ihre Lösung zwar nicht leicht sein wird, aber prinzipieller Natur sind sie nicht. Um keiner Inkonsequenz beschuldigt werden zu können, muss ich bemerken, dass ich persönlich ein Anhänger des freien Verkehrs zwischen den zwei Staaten unserer Monarchie bin und dieses Verhältnis insolange aufrecht zu erhalten wünsche, bis die beiden Staaten ihre wirtschaftlichen Interessen dabei befriedigen können, aber wenn

innerhalb der Zollunion Zwischenzölle überhaupt errichtet werden sollten, wird sich dieser Standpunkt nicht behaupten lassen können.

Nebenbei möchte ich aber konstatieren, dass die Schwierigkeiten, welche der Verwirklichung einer Zollunion heute im Wege stehen, auch in Deutschland anerkannt werden. An der Tagung der mitteleuropäischen Wirtschaftsvereine zu Berlin (23.—24. Juli 1915) kamen diese Schwierigkeiten auch deutscherseits zum Ausdruck, ja es wurde dort von berufener Seite hervorgehoben, *das die Mehrheit der interessierten deutschen Kreise heute noch nicht für eine Zollunion sei;* die bisherigen Ergebnisse der Detailarbeiten des deutsch-österreichisch-ungarischen Wirtschaftsverbandes — welcher in Ungarn übrigens nicht besteht — auch „die sich auf die Mitwirkung fast aller grösseren deutschen Fachvereine und anderer zentraler Körperschaften stützten, lassen *die überwiegende Meinung der Interessenten* über die Neugestaltung unserer Handelsbeziehungen zu Österreich-Ungarn in ihren allgemeinen Umrissen dahin erkennen, dass die Schaffung eines Zollvereins . . . . . *durchaus untunlich und derzeit nicht erreichbar sei".*)

Zu demselben Resultat kam unter anderem die deutsche Schwerindustrie, welche sich trotz der sich ihr zufolge ihrer grossen Überlegenheit darbietenden Vorteile gegen die Zollunion aussprach und zwar aus Gründen, welche den Vertretern dieser Industrie nur zur Ehre gereichen, ihr hohes Niveau kennzeichnen, sie befürchten ungünstige Rückwirkungen auf das politische Bündnis, welches darunter leiden müsste, wenn die deutsche Konkurrenz die österreichische und die ungarische Industrie verdrängen würde, sie wollen keine Ursache von Misstimmungen werden.

Nun ist aber die Zollunion nicht die einzige Lösung einer wirtschaftlichen Annäherung, und mit Recht sagt Abgeordneter

*) Frankfurter Zeitung 17. Juli 1915.

Gothein: „aber dass für das eine (Festigung des Bündnisses), wie für das andere (Erhaltung der wirtschaftlichen Kraft der Monarchie) die Zollunion zwischen uns notwendig sei, ist nicht anzuerkennen. Ja sie könnte eher der politischen Freundschaft hinderlich sein".**)

Dieselbe Befürchtung hegen auch wir, *denen die Innigkeit unseres politischen Bündnisses als höchstes Ziel vorschwebt,* und weil wir der Ansicht sind, dass die wirtschaftliche Annäherung nicht nach Gefühlen, sondern auf Grund gegenseitiger wirtschaftlicher Interessen gelöst werden muss, um sich wirklich als Stärkung des Bündnisses erweisen zu können, empfehlen wir als Form der Annäherung jene Lösung, welche auch der deutsche Mitteleuropäische Wirtschaftsverein als alternative Lösungsmodalität vorschlug, welche auch der Deutsch-Österreichisch-Ungarische Wirtschaftsverband nach „sachlicher Prüfung der Frage" beantragt; welche die österreichischen und ungarischen Mitteleuropäischen Wirtschaftsvereine als zweckmässigste Form bezeichneten: *die gegenseitige Vorzugsbehandlung, das System preferentieller Zölle auf längere Dauer,* wie die Handelsverträge bisher abgeschlossen wurden, *in einer Form, welche die Inanspruchnahme dieser Vorzugszölle auf Grund der Meistbegünstigung für andere Länder ausschliesst.*

Um geschlossen nebeneinander für die Zukunft handelspolitisch tätig zu sein, sich gegenseitig in den wirtschaftlichen Interessen unterstützen und ergänzen zu können, *sollen Deutschland, Österreich und Ungarn künftig bei allen handelspolitischen Vereinbarungen mit anderen Staaten stets im Einvernehmen vorgehen und Handelsverträge gleichzeitig abschliessen.*

Damit wäre annähernd dasselbe erreicht, wie durch die Zollunion mit Zwischenzöllen. Jene Begünstigungen im gegenseitigen Verkehr, welche die Zwischenzölle enthalten sollen,

**) Vossische Zeitung 21. Juli 1915.

können wir uns in der Form der Vorzugszölle einräumen, diesbezüglich kann kein Hindernis bestehen und jene Vorteile, welche wir durch die Union als einheitliches, geschlossenes Handelsgebiet erzielen könnten, können wir uns — ohne allen damit verbundenen Schwierigkeiten — verschaffen, wenn wir bei Abschluss von Handelsverträgen mit anderen Staaten kooperativ, im gegenseitigen Einvernehmen vorgehen. Ganz anders stünde es natürlich mit der reinen Zollunion, hievon ist aber überhaupt keine Rede, obwohl nur diese Form der Union wirklich verständlich wäre.

Und um die wirtschaftliche Annäherung weiter auszugestalten, *müssten die drei Staaten nach möglichster Vereinheitlichung der wirtschaftlichen Gesetzgebung streben und diesbezüglich Verpflichtungen eingehen.* Auf diese Weise würde eine weitere wirtschaftliche Annäherung vorbereitet werden können; eine Annäherung, welche die wirtschaftlichen Interessen gegenseitig befriedigen würde und somit wirtschaftlich auch begründet wäre; eine Annäherung, welche unser Bündnis ergänzen und festigen könnte.

Ich verkenne die Schwierigkeiten des Systems der Vorzugszölle auch nicht. Aber ich halte sie für überwindbar, zumal sie nicht prinzipieller Natur sind. Allerdings hängt alles davon ab, wie dieses System in den Details durchgeführt werden soll. Da möchte ich es wieder ganz besonders betonen, das mir keine formelle Lösung vorschwebt, denn ich betrachte eine wirkliche wirtschaftliche Annäherung für eine unbedingte Notwendigkeit; dieser Lösung muss *ernster* Inhalt gegeben werden, wir müssen dem Deutschen Reiche für die Dauer die Möglichkeit bieten, in Öterreich und in Ungarn allen industriellen Import sich zu sichern, auf welchen wir überhaupt angewiesen sind, wie wir denn auch dasselbe von Deutschland für uneren Export verlangen, insofern wir die Importbedürfnisse Deutschlands decken können. Der Unterschied liegt darin, dass die deutsche Industrie bei uns fast alles ersetzen kann, was wir vom Auslande beziehen, wir aber den deutschen Bedarf nur in sehr beschränktem Masse.

Bei dieser Lösung habe ich auch unseren dritten Bundesgenossen im Kriege, die Türkei im Auge. Bei einem präferentiellen System könnten wir auch die Türkei mitnehmen, und wenn dann der alte grandiose bayrische Kanalplan auch zur Verwirklichung käme, die Donau mit dem Atlantischen Ozean zu verbinden, dann würden wirtschaftliche Zukunftsmöglichkeiten entstehen, welche dem Deutschen Reiche und auch Österreich und Ungarn, ja auch der Türkei wirklich zum Heile gereichen könnten: „Von Hamburg bis Bagdad" könnte erreicht werden.

III.

Ungarns Verhältnis zu Österreich und zu Deutschland.*)

Das Verhältnis Deutschlands zu Österreich und Ungarn *soll* inniger werden. Viel inniger, als es vor dem Kriege war. So innig im Frieden, wie es sich im Kriege erwies. Es *muss* so werden, denn es ist ein Gebot der unbedingten Notwendigkeit, sowohl für Österreich und Ungarn, als für das Deutsche Reich. Unsere beiden Monarchien sind nun einmal für ewige Zeiten aneinander gekettet, jetzt müssen unsere Völker den staatlichen Zusemmenschluss ergänzen, es muss zwischen uns eine starke Interessengemeinschaft entstehen, welche dann für alle Teile vom Vorteil sein wird. Da ist es von besonderer Bedeutung, dass wir uns und unsere Verhältnisse gegenseitig genau kennen lernen und bei der Beurteilung derselben alles vermeiden, was auf unser Verhältnis störend einwirken könnte. Wir müssen einander gegenüber mit voller Offenheit, ganz aufrichtig dastehen, alle drei Teile müssen von der Überzeugung durchdrungen sein, dass sie damit der Gemeinsamkeit einen Dienst erweisen.

Uns sind Deutschland und seine Verhältnisse ganz genau bekannt. In der Beurteilung derselben gibt es bei uns nur eine Stimme: die rückhaltlose Anerkennung seiner politischen, militärischen, wirtschaftlichen und kulturellen Grösse und Über-

*) „Nord und Süd" November 1916.

legenheit, berufen, die führende Macht in Europa zu sein. Wir und unsere Verhältnisse hingegen sind in Deutschland vielfach unbekannt und werden gar oft verkannt, sowohl betreffs des Verhältnisses der beiden Staaten der Monarchie untereinander, als auch speziell jene der einzelnen Staaten in ihrem Verhältnisse zu Deutschland, und da besonders jenes Ungarns. Bei der Behandlung der wirtschaftlichen Annäherung zwischen Deutschland, Österreich und Ungarn treten solche Erscheinungen wiederholt zutage. Hieraus können Misstimmungen entstehen, welche zu vermeiden wir alle bestrebt sein müssen, denen das im Kriege die Feuertaufe erhaltene Bündnis unserer Monarchien am Herzen liegt.

Es werden selbst von ganz hervorragenden Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens Deutschlands gewiss absichtslos, aber zufolge nicht entsprechender Kenntnis der Verhältnisse, Behauptungen in die Öffentlichkeit gebracht, welche zu ganz falschen Schlüssen führen müssen, wodurch die öffentliche Meinung Deutschlands unwillkürlich irregeführt werden kann. Muss es z. B. nicht tiefen Eindruck in Deutschland machen, wenn eine Pesönlichkeit, wie der hervorragende Rechtslehrer Prof. dr. Karl Freiherr von Stengel sagt: „Allerdings werden die Slawen und *Magyaren fürchten, dass ihre nationale Stellung durch* eine wirtschaftliche Einigung mit dem wirtschaftlich stärkeren Deutschland *werde gefährdet werden, und sich gegen eine solche Einigung mit allen Mitteln wehren,*" — oder weiter: „Obwohl Deutschland selbst ein grosses Interesse an einem engeren wirtschaftlichen wie politischen Zusammenschluss mit Österreich-Ungarn hat, so wäre es doch ganz verfehlt, wenn Deutschland in dieser Beziehung mit Angeboten und Anregungen vorangehen wollte, *da dies namentlich die Magyaren nur in ihrer ablehnenden Haltung bestärken würde*".*)

*) Zur Frage der wirtschaftlichen und zollpolitischen Einigung von Deutschland und Österreich-Ungarn. 1915. Seite 43—44.

Oder müsste folgende Behauptung desselben Autors nicht zu ganz falschen Schlüssen in der deutschen Öffentlichkeit führen, wenn sie daselbst Verbreitung fände: „Hier kann nur darauf hingewiesen werden, dass es sich vor allem darum handelt, *dass die Magyaren zur Einsicht kommen, dass ihre Bestrebungen, die Verbindung Ungarns mit Österreich immer mehr zu lockern und Ungarn schliesslich von Österreich gänzlich loszureissen, verfehlt sind* . . . Ungarn ist daher im Interesse seiner Selbsterhaltung auf die innigste Verbindung mit Österreich angewiesen. *Diese Tatsache dürfte der Weltkrieg auch den Magyaren zum Bewusstsein gebracht haben. In der Tat hat sich während des Krieges bei den Magyaren* in ihrer Gesinnung gegenüber den Österreichern, *wie auch gegenüber den Deutschen, ein Umschwung vollzogen.* Ob dieser Umschwung ein dauernder sein wird, muss freilich erst die Zukuntf zeigen".*)

Ungarn, beziehungsweise die Magyaren werden als Österreich und Deutschland gegenüber feindselig dargestellt, und nur der Krieg hätte in ihren Gesinnungen einen Umschwung herbeigeführt, ja, die Magyaren sollen Deutschland gegenüber mit den Slawen gleicher Gesinnung sein!

Und können unsere Annäherungsbestrebungen nicht nachteilig beeinflusst werden, wenn — ebenfalls absichtslos und aus Nichtkenntnis der Verhältnisse — die empfindlichste Seite Ungarns, seine Staatlichkeit, so behandelt wird, wie es unter anderem jüngst in einem deutschen Fachblatte geschah,**) wo über Ungarn als „österreichisches Kronland", „österreichischer Einzelstaat", über die ungarische Nation als „österreichisches Volk" gesprochen und ferner gesagt wird, dass, wenn Ungarn mit Österreich wirtschaftliche Fragen zu erledigen hat, dies „eine innere österreichische Angelegenheit" sei?

Aehnliche Unorientiertheiten kommen leider sehr oft vor,

*) Daselbst, Seite 42.

**) Zollwarte, 1915. Nr. 11/12.

ich verweise z. B. auf eine in Deutschland viel verbreitete Flugschrift neuesten Datums,*) wo es unter anderem heisst: „Österreichs schwierige Lage ist durch die Verschiedenartigkeit seiner *Volksstämme* bestimmt, aber es hat verstanden, deren oft entgegengesetzte Interessen immerhin soweit auszugleichen und sie alle *derart zu sammeln,* dass der Staat heute in der Stunde der Gefahr nach aussen als geschlossene Macht auftritt," ferner: „Auch hier zeigt sich wieder eine vollkommene Übereinstimmung in den Zielen deutscher, *österreichischer* und türkischer Politik" usw. Wenn auf der einen Seite in der deutschen öffentlichen Meinung falsche Begriffe über Ungarn und das Magyarentum Verbreitung finden, auf der anderen Seite hinwieder die ungarische Empfindlichkeit — wenn auch unwillkürlich — so gekränkt wird, da können sehr leicht störende Momente eintreten. Dies muss verhütet werden, dies möchte ich verhüten, indem ich der deutschen Öffentlichkeit in unsere einschlägigen Verhältnisse einen flüchtigen Einblick zu bieten versuche. Vorerst soll Ungarns Verhältnis zu Deutschland geklärt werden, hernach sein politisches, beziehungsweise staatsrechtliches Verhältniss zu Österreich.

Ungarn und das Magyarentum ist nicht nur nicht deutschfeindlich, *sondern gerade im Gegenteil deutschfreundlich,* und der wirtschaftlichen Annäherung mit Deutschland stehen wir nicht nur nicht feindlich gegenüber, sondern im Gegenteil: die erste Anregung zu dieser Annäherung, noch weit vor Kriegsausbruch, ging von Ungarn, vom ungarischen Mitteleuropäischen Wirtschaftsverein aus, und, abgesehen von einer ganz kleinen Minorität, *stehen sämtliche massgebenden Kreise und Faktoren Ungarns, politische wie wirtschaftliche, auf dem Standpunkt, dass diese wirtschaftliche Annäherung ein Gebot der Notwendigkeit ist, welches wir Ungarn auf's eifrigste fördern müssen.* Ungarn und das Magyarentum ist der grossen Konzeption des Grafen Julius Andrássy, welche zum deutschen Bündnis führte, treu geblieben und wird es auch fürderhand treu bleiben, wie es in der Vergangenheit die stärkste Stütze in der Monarchie des Zweibundes war. Und das ist auch ganz natürlich. Für Ungarn und das Magyarentum kann es keinen grösseren Feind geben als den Panslavismus, welcher für den nationalen Bestand des Magyarentums die natürliche Gefahr bildet. *Das Magyarentum kann daher nie einer Gesinnung mit den Slawen sein, kann nie eine politische Richtung mit dem Slawentum verfolgen; seine natürliche Stütze muss es im Deutschtum suchen, wie es denn auch innerhalb einer starken Österreichisch-Ungarischen Monarchie im Bündnis mit Deutschland die stärkste Garantie für seinen nationalen Bestand und dessen weitere Entwicklung erblickt.* Die grosse Konzeption des deutschen Bündnisses österreichischer- und ungarischerseits bestand eben in der richtigen Auffassung der Lage des Deutschtums in Österreich und des Magyarentums in Ungarn, diese beiden müssen die Grundpfeiler der Monarchie bilden. Dieser Ausgangspunkt des siebenundsechziger Ausgleichs musste durch das deutsche Bündnis eine Rückversicherung erhalten.

Jede wie immer geartete Schwächung des Deutschtums in Österreich muss aber notgedrungenerweise in ihren politischen Konsequenzen zur Schwächung der Stellung des Magyarentums führen, daher hat Ungarn ein ganz besonderes Interesse an der Stärkung des Deutschtums Österreichs; die engste politische Interessengemeinschaft besteht zwischen beiden.

Es soll nicht verschwiegen werden, dass es in ungarischen politischen Kreisen — innerhalb der achtundvierziger Unabhängigkeitspartei — eine Fraktion gibt, welche diese Auffassung nicht teilt, ja gegen das deutsche Bündnis war, deshalb aber nicht deutschfeindlich genannt werden darf; sie ist eben anderer politischer Ansicht. Jedoch ist diese Fraktion an Zahl so gering und selbst in ihrer eigenen Partei in ver-

*) Franz Köhler: Der neue Dreibund. München 1915. Seite 30 und 74.

ich verweise z. B. auf eine in Deutschland viel verbreitete Flugschrift neuesten Datums,*) wo es unter anderem heisst: „Österreichs schwierige Lage ist durch die Verschiedenartigkeit seiner *Volksstämme* bestimmt, aber es hat verstanden, deren oft entgegengesetzte Interessen immerhin soweit auszugleichen und sie alle *derart zu sammeln,* dass der Staat heute in der Stunde der Gefahr nach aussen als geschlossene Macht auftritt," ferner: „Auch hier zeigt sich wieder eine vollkommene Übereinstimmung in den Zielen deutscher, *österreichischer* und türkischer Politik" usw. Wenn auf der einen Seite in der deutschen öffentlichen Meinung falsche Begriffe über Ungarn und das Magyarentum Verbreitung finden, auf der anderen Seite hinwieder die ungarische Empfindlichkeit — wenn auch unwillkürlich — so gekränkt wird, da können sehr leicht störende Momente eintreten. Dies muss verhütet werden, dies möchte ich verhüten, indem ich der deutschen Öffentlichkeit in unsere einschlägigen Verhältnisse einen flüchtigen Einblick zu bieten versuche. Vorerst soll Ungarns Verhältnis zu Deutschland geklärt werden, hernach sein politisches, beziehungsweise staatsrechtliches Verhältniss zu Österreich.

Ungarn und das Magyarentum ist nicht nur nicht deutschfeindlich, *sondern gerade im Gegenteil deutschfreundlich,* und der wirtschaftlichen Annäherung mit Deutschland stehen wir nicht nur nicht feindlich gegenüber, sondern im Gegenteil: die erste Anregung zu dieser Annäherung, noch weit vor Kriegsausbruch, ging von Ungarn, vom ungarischen Mitteleuropäischen Wirtschaftsverein aus, und, abgesehen von einer ganz kleinen Minorität, *stehen sämtliche massgebenden Kreise und Faktoren Ungarns, politische wie wirtschaftliche, auf dem Standpunkt, dass diese wirtschaftliche Annäherung ein Gebot der Notwendigkeit ist, welches wir Ungarn auf's eifrigste for-*

*) Franz Köhler: Der neue Dreibund. München 1915. Seite 30 und 74.

dern müssen. Ungarn und das Magyarentum ist der grossen Konzeption des Grafen Julius Andrássy, welche zum deutschen Bündnis führte, treu geblieben und wird es auch fürderhand treu bleiben, wie es in der Vergangenheit die stärkste Stütze in der Monarchie des Zweibundes war. Und das ist auch ganz natürlich. Für Ungarn und das Magyarentum kann es keinen grösseren Feind geben als den Panslavismus, welcher für den nationalen Bestand des Magyarentums die natürliche Gefahr bildet. *Das Magyarentum kann daher nie einer Gesinnung mit den Slawen sein, kann nie eine politische Richtung mit dem Slawentum verfolgen; seine natürliche Stütze muss es im Deutschtum suchen, wie es denn auch innerhalb einer starken Österreichisch-Ungarischen Monarchie im Bündnis mit Deutschland die stärkste Garantie für seinen nationalen Bestand und dessen weitere Entwicklung erblickt.* Die grosse Konzeption des deutschen Bündnisses österreichischer- und ungarischerseits bestand eben in der richtigen Auffassung der Lage des Deutschtums in Österreich und des Magyarentums in Ungarn, diese beiden müssen die Grundpfeiler der Monarchie bilden. Dieser Ausgangspunkt des siebenundsechziger Ausgleichs musste durch das deutsche Bündnis eine Rückversicherung erhalten.

Jede wie immer geartete Schwächung des Deutschtums in Österreich muss aber notgedrungenerweise in ihren politischen Konsequenzen zur Schwächung der Stellung des Magyarentums führen, daher hat Ungarn ein ganz besonderes Interesse an der Stärkung des Deutschtums Österreichs; die engste politische Interessengemeinschaft besteht zwischen beiden.

Es soll nicht verschwiegen werden, dass es in ungarischen politischen Kreisen — innerhalb der achtundvierziger Unabhängigkeitspartei — eine Fraktion gibt, welche diese Auffassung nicht teilt, ja gegen das deutsche Bündnis war, deshalb aber nicht deutschfeindlich genannt werden darf; sie ist eben anderer politischer Ansicht. Jedoch ist diese Fraktion an Zahl so gering und selbst in ihrer eigenen Partei in ver-

schwindender Minorität, dass im Verhältnisse der erdrückenden Majorität der gesetzgebenden Körperschaften und der ganzen ungarischen Nation über die von ihr vertretene Richtung kaum gesprochen werden kann. Hoffentlich wird diese Fraktion durch den Krieg auch anders belehrt werden. Auch soll nicht geleugnet werden, dass in früheren Zeiten im magyarischen Bauernvolke eine sogenannte deutschfeindliche Gesinnung bestand, welche aber nicht die Reichsdeutschen betraf, sondern darunter wurde ausschliesslich Österreich verstanden. Dies geht aber in geschichtliche Zeiten zurück und hat mit der Gegenwart nichts zu tun, noch viel weniger mit der Zukunft.

Ungarn hat seine Kultur der grossen deutschen Weltkultur entnommen; es ist natürlich ernst bestrebt, sich eine nationale Kultur zu gründen, was ihm auch vollkommen gelungen ist; dabei schöpft es noch immer aus der deutschen Kultur. Die deutsche Sprache wird in *allen* — also auch staatlichen — Mittelschulen des Landes, ja zum Teil auch in den Volksschulen obligatorisch unterrichtet, und das Deutschtum Ungarns — die siebenbürgischen Sachsen, dieses biederste Volk aller nicht magyarischen Völker des Landes, die Zipser Sachsen und die Schwaben des südlichen Ungarns — ist mit dem Magyarentum verschmolzen, bildet einen wertvollen Teil der politischen Nation. Achthundert Jahre werden es, dass die siebenbürgischen Sachsen aus der Pfalz nach Ungarn einwanderten und trotz ihrer geringen Zahl von 220.000 bis 230.000 Seelen, umringt von einer magyarischen und rumänischen erdrückenden Mehrheit, konnten sie sich in ihrer deutschen Volkstümlichkeit ihren deutschen Sitten, in ihrem deutschen Glauben und in ihrer deutschen Sprache mit ihren deutschen Schulen als deutsches Volk in Ungarn erhalten. So wie Deutschland die natürliche Stütze des deutschen Österreichs und des Magyarentums Ungarns ist, bildet das Deutschtum in Ungarn den natürlichen Bundesgenossen des Magyarentums zur Sicherung des Bestandes der staatlichen Einheitlichkeit.

Kann da von einer Deutschfeindlichkeit die Rede sein?

Ungarn ist bestrebt, seine nationale Einheit zu wahren, aber ohne die Rechte seiner Nationalitäten zu schädigen, wie denn auch jede Mationalität des Landes ihre nationale Kirche und eigenen Schulen mit eigener Sprache gewahrt hat. Aber der Bestand und die Erstarkung der einheitlichen ungarischen Nation, des einheitlichen ungarischen Staates muss eben für Deutschland als absolute Grundbedingung gelten, denn nur so kann hier die slawische Überflutung aufgehalten, das Deutschtum in Österreich gestärkt und nur so die Österreichisch-Ungarische Monarchie erhalten werden. Dasselbe Interesse, welches das Magyarentum an der Anlehnung der Monarchie an Deutschland hat, hat das Deutsche Reich an der Erhaltung und Stärkung des Magyarentums und des einheitlichen ungarischen Staates. Eben der Krieg muss jedermann davon überzeugt haben, das innerhalb der Österreichisch-Ungarischen Monarchie ein nationales, einheitliches Ungarn die unbedingte Notwendigkeit darstellt und die stärkste Gewähr für die Aufrechterhaltung der Monarchie ist; es ist der natürliche Bundesgenosse des österreichischen Deutschtums und des Deutschen Reiches.

Jede Annäherung daher, welche das Bündnis mit Deutschland zu stärken geeignet ist muss dem Magyarentum und Ungarn willkommen sein, so auch die wirtschaftliche Annäherung, für welche wir bereit sind, — wenn nötig — auch Opfer zu bringen. Daraus, dass wir *als Form* der Annäherung eine Zollunion von politischem und staatsrechtlichem Gesichtspunkte als undurchführbar halten, wie es auch deutscherseits von vielen hervorragenden Fachleuten gehalten wird, wie auch alle massgebenden Faktoren Österreichs derselben Ansicht sind, darf nicht gefolgert werden, dass wir gegen die wirtschaftliche Annäherung wären. Nur *diese* Form ist nicht gangbar, jede andere Form findet in Ungarn den weitgehendsten Anhang. Nun darf aber das Wesen der Form nicht geopfert werden. Die Union ist nur eine Form, das Wesen ist die enge Verbindung selbst, welche wir ernstlich anstreben.

Und nun gehe ich auf das Verhältnis Ungarns zu Österreich ein, auf das Gebiet, welches zu so vielen Missdeutungen führt, zu Missdeutungen, welche ebenfalls nur auf Unkenntnis der Verhältnisse zurückzuführen sind.

Als Staatsgebilde steht die Österreichisch-Ungarische Monarchie in ihrer dualistischen Form einzig und allein da. Unter einem gemeinsamen Herrscher, der als Kaiser von Österreich eine ganz andere physische Persönlichkeit darstellt, wie als König von Ungarn, bilden die Monarchie zwei an sich voneinander ganz unabhängige, selbständige Staaten. Durch einen *unlösbaren* Vertrag, die sogenannte pragmatische Sanktion, ist Ungarn für ewige Zeiten mit seinem Herrscherhause und zum gegenseitigen Schutz mit Österreich *unlösbar* verbunden, die beiden Staaten bilden eine Doppelmonarchie. Jede der beiden hat ihre eigene, mit der anderen in keinerlei Connex stehende Gesetzgebung. Aus der gegenseitigen Verteidigungspflicht entstand im Laufe der Zeit die Gemeinsamkeit des Heereswesens, und aus dem gemeinsamen Monarchen folgt die Gemeinsamkeit der auswärtigen Vertretung. In diesen beiden Angelegenheiten hat keiner der beiden Staaten Selbständigkeit; diese werden gemeinsam verwaltet, und während sonst jeder der beiden Staaten seine eigene, voneinander ebenso ganz unabhängige Regierung hat, wie z. B. die Niederlande und Dänemark, bestehen für die Gemeinsame auswärtige Vertretung der Monarchie ein gemeinsamer Minister des Aeussern, für die gemeinsame Heeresverwaltung ein gemeinsamer Kriegsminister und für die Finanzverwaltung dieser beiden gemeinsamen Angelegenheiten auch ein gemeinsamer Finanzminister, welch letzterer auch die Verwaltung Bosniens und der Herzegowina insolange inne hat, bis die Zugehörigkeit dieser Gebiete geregelt sein wird. Die drei gemeinsamen Minister haben auf die inneren Angelegenheiten der die Monarchie bildenden zwei Staaten nicht die geringste Ingerenz, die beiden Regierungen aber auf die gemeinsamen Angelegenheiten eine gesetzlich festgelegte Einsprache. Österreich hat seinen eigenen

Reichsrat, mit seinem Abgeordnetenhause und Herrenhause, Ungarn seinen Reichstag ebenfalls mit seinem Abgeordnetenhause und Magnatenhause. Jede der beiden Regierungen ist ihrer eigenen Gesetzgebung verantwortlich; für die erwähnten gemeinsamen Angelegenheiten besteht aber eine ganz spezielle parlamentarische Einrichtung, die sogenannte Delegation, eine gemeinsame Kommission der beiden Häuser des österreichischen Reichsrates und wieder *separat* eine gleiche Kommission der beiden Häuser des ungarischen Reichstages. Die drei gemeinsamen Minister sind diesen Körperschaften, diesen parlamentarischen Kommissionen verantwortlich, denen legen sie ihre Kostenvoranschläge und Berichte von Jahr zu Jahr vor, diese Delegationen verhandeln abwechelnd in Wien und in Budapest *dasselbe* Material, die gleichen gemeinsamen Regierungsvorlagen voneinander ganz unabhängig, bringen ihre Beschlüsse jede für sich ganz selbständig, und sollten diese Beschlüsse voneinander abweichen, z. B. die eine Delegation votiert einen Posten des Kriegsbudgets, die andere hingegen nicht, so ist für solche Fälle vorgesehen, dass die beiden Delegationen hierüber, wenn auf schriftlichem Wege keine Einigung zustande gebracht werden könnte, ohne jedwede Verhandlung in gemeinsamer Sitzung abstimmen. Nie ist es aber noch dazu gekommen.

Die Ausgaben der solchermassen gemeinsamen Verwaltung, also des gesamten auswärtigen Dienstes, der gemeinsamen Armee und Kriegsmarine, werden durch die beiden Staaten gemeinsam bestritten; hierzu dienen in erster Reihe die Zolleinnahmen der einheitlichen Zollgrenzen, während der restliche, durch diese nicht gedeckte Teil durch Österreich und Ungarn nach einem ebenfalls zeitweise (bisher von zehn zu zehn Jahren) zu vereinbarenden Schlüssel quotenmässig zu decken sind. Kommt hierüber zwischen den beiden gesetzgebenden Körperschaften keine Einigung zustande, so bestimmt der gemeinsame Monarch die Quote; in diesem Falle aber immer nur für ein Jahr. Derzeit ist das Quotenverhältnis

63·6 Prozent für Österreich und 36·4 Prozent für Ungarn. Nebenbei sei bemerkt, dass ausser der gemeinsamen Armee alle beide Staaten ihre eigene Landwehr — in Ungarn „Honvéd" genannt — haben, deren Kosten jeder Staat ganz selbständig zu bestreiten hat.

Diese Grundbestimmungen der Verfassung sind im sogenannten Ausgleichsgesetz von 1867 niedergelegt, welches eine Vereinbarung zwischen Ungarn und seinem Könige darstellt und erst später in Österreich als Staatsgrundgesetz erbracht wurde.

Die wirtschaftlichen Angelegenheiten bilden zwischen Österreich und Ungarn keine grundsätzliche gemeinsame Angelegenheit, ja das ungarische Ausgleichsgesetz sagt in seinem Artikel 58 expressis verbis: „Die Gemeinsamkeit der Handelsangelegenheiten folgt auch nicht aus der pragmatischen Sanktion, nachdem im Sinne derselben die Länder der ungarischen Krone, als von den anderen Ländern des Herrschers rechtlich selbständige Länder, durch ihre eigene verantwortliche Regierung und Gesetzgebung verfügen und durch Zollinien ihre Handelsangelegenheiten regeln könnten." Doch erklärte sich die ungarische Gesetzgebung in diesem Ausgleichsgesetze bereit, sich mit Österreich von Zeit zu Zeit in den wirtschaftlichen Angelegenheiten zu verständigen und ein Zoll- und Handelsbündnis zu schliessen, wobei der Abschluss desselben „auf Grund gegenseitiger Verhandlungen so zu geschehen hat, wie zwei voneinander rechtlich unabhängige Staaten ähnliche Abkommen abschliesen." Dass eine solche Vereinbarung zustande kommen muss, dafür besteht keinerlei Bindung; nur die Verpflichtung besteht, miteinander hierüber in Verhandlung zu treten und eine Einigung zu Versuchen.

Bis 1850 hatten zwischen Österreich und Ungarn Zwischenzölle bestanden, in 1850 wurden diese beseitigt. Auf Grund des erwähnten Ausgleichsgesetzes kam zwischen den zwei Staaten der Monarchie ein Zoll- und Handelsbündnis zustande, welchem zufolge die beiden Staaten für die Dauer von zehn Jahren

ein gemeinsames Zollgebiet mit gemeinsamer Zollgrenze nach aussen bilden und mit fremden Staaten gemeinschaftliche Handelsverträge schliessen.

Dieses Bündnis wurde seit 1868 von zehn zu zehn Jahren immer erneuert, 1907 kam auf Grundlage des freien Verfügungsrechtes beider Staaten, unter Aufrechterhaltung des freien Verkehrs auf völkerrechtlicher Basis ein Vertragsverhältnis zustande, welches die beiden Wirtschaftsgebiete in eine Zollunion vereinigt, mit einem Vertragszolltaif für die Union, wobei aber Ungarn einen eigenen mit dem Vertragszolltarife identischen unbefristeten autonomen Zolltarif hat, welcher während der Unionsdauer naturgemäss nicht in Anwendung kommen kann. Auch dieser Vertrag ist für zehn Jahre geschlossen und läuft Ende 1917 automatisch ab. Die handelspolitische Vertretung dritten Staaten gegenüber obliegt dem gemeisamen Minister des Aeussern. In allen handelspolitischen Fragen hat aber eine Einigung der beiden Regierungen vor sich zu gehen, der gemeinsame Minister des Aeussern kann nur solche Verhandlungen führen, welche schon das Substrat solcher Einigung darstellen, ein unmittelbares Verfügungsrecht steht ihm nicht zu, ja das Ausgleichsgesetz verbietet den gemeinsamen Ministern jede wie immer geartete Einsprache in die internen Angelegenheiten der zwei Staaten, und die Handelspolitik bildet eine solche Angelegenheit.

Auch die Notenbank bildet keine grundsätzlich gemeinsame Angelegenheit der beiden Staaten; sie ist auf paritätischer Grundlage aufgebaut, auf Grund freier Vereinbarung der beiden Staaten gemeinsam, ebenfalls mit befristetem Ablaufstermin, dermalen auch bis Ende 1917.

Soweit das staatsrechtliche Verhältnis zwischen Österreich und Ungarn. Also ein Staatenbund im strengsten Sinne des Wortes, bei welchem in den eigenen Angelegenheiten jedes Staates der eigene Wille zur Geltung kommt, in den verfassungsmässig gemeinsamen oder vertragsmässig einverständlich zu erledigenden Angelegenheiten aber zweierlei

Wille zur Geltung kommen muss. Dass diese Struktur etwas kompliziert und schwerfällig ist, folgt aus dem Gebilde selbst. Dass hieraus oft Differenzen zwischen den beiden Staaten entstehen, ist eine nicht unnatürliche Folge des Verhältnisses, wie auch selbst in der glücklichsten Ehe Meinungsverschiedenheiten zutage treten, welchen man aber keine Scheidungsgründe zumuten darf; sie verschwinden so schnell, wie sie entstanden, und die friedliche Ehe besteht weiter. In mancher Ehe kommen solche Meinungsverschiedenheiten leider des öfteren vor und dies in der Regel dort, wo entweder der Ehevertrag nicht genug klar verfasst wurde, oder Eifersüchteleien die Eheparteien quälen oder gar vermögensrechtliche Fragen auftauchen. Leider sind im Eheverhältnisse Österreichs und Ungarns alle drei Fälle vorhanden, und daraus konnten in der Vergangenheit Differenzen entstehen, welche auf den nicht recht eingeweihten Aussenstehenden den Eindruck einer unglücklichen Ehe machen, während der Eingeweihte es ganz wohl weiss, dass auch dies nur Streitigkeiten sind, welche, wenn auch nicht angenehm und wünschenswert, so doch nicht so gefährlich sind und wieder beigelegt werden.

Die Ausgleichsgesetze haben leider nicht ganz identische Texte in Ungarn und Österreich; daraus entstanden immer staatsrechtliche Differenzen. Diese dürfte der Krieg für ewige Zeiten gebannt haben, denn die Wucht, mit welcher wir unsere Pflichten der gegenseitigen Verteidigung im Kriege erfüllen, die Einheitlichkeit im Schutze der Monarchie lieferte die schlagendsten Beweise dafür, dass die staatliche Selbständigkeit Ungarns innerhalb der Monarchie keine Schwächung derselben bedeute, dass solche Tendenzen Ungarn fern liegen. Hiermit wird eine grosse Reibungsfläche ausgeschaltet, denn die grössten Differenzen entstanden zwischen den beiden Staaten hieraus. Was daher im Ehevertrag unklar blieb, das korrigierte die Erfahrung, die Belastungsprobe der Ehe: der Krieg. Sie fiel glänzender, viel glänzender aus, als man auf der anderen Seite es erwartete, für Ungarn aber war das

Ergebnis nur ein natürliches, ein absolut selbstverständliches, denn unsere Auffassung hierüber war nie eine andere; sie konnte keine andere sein. Auch von der gegenseitigen Eifersüchtelei waren die beiden Eheparteien nicht verschont. Selbst diese Krankheit scheint überstanden zu sein, denn Ungarn sieht in der Forderung der österreichischen Landwirtschaft keine Tendenz gegen die ungarischen agrarischen Interessen, und in Österreich kam man zu der Überzeugung, dass die ungarische Industrieförderung keine Tendenz gegen Österreich hat, ja man anerkennt die Notwendigkeit dessen, dass sich auch Ungarn eine entsprechende Industrie schaffe, ohne welche das Land seinen staatlichen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Aufgaben nicht gerecht werden, ja seinen Verpflichtungen der Monarchie gegenüber nicht nachkommen könnte.

Und schliesslich kommen noch die vermögensrechtlichen Differenzen, einerseits die von Zeit zu Zeit festzustellende Quote, andererseits die bisher von zehn zu zehn Jahren geregelten wirtschaftlichen Vereinbarungen. Dass da Differenzen entstehen können, wer würde dies bestreiten? Sie entstanden in der Vergangenheit und sind auch nicht ausgeschlossen für die Zukunft. Dass sie aber nicht so tief einschneidend sind, wie die Aussenstehenden es glauben, beweist eben die Vergangenheit, in welcher es nie zu einem Bruch kommen konnte, und wieder der Krieg, wo alles, aber alles zurückgestellt wurde, was unsere Einigkeit auch nur im geringsten beeinflussen könnte. Dass aber auch diese Gegensätze nicht so gefährlich sind, als mancherseits angenommen wird, dafür liefert jener Umstand vielleicht den schlagendsten Beweis, dass die neuen wirtschaftlichen Ausgleichsverhandlungen zwischen den beiden Staaten jetzt im Kriege eingeleitet wurden, was gewiss nicht geschehen hätte können, und wäre, wenn die geringste Gefahr einer Spaltung bestünde.

Woher stammt die Verbreitung jener irrigen Ansichten, als ob in Ungarn Trennungsabsichten bestünden und dergleichen?

Der Ausgleich von 1867 befriedigte einen Teil der ungarischen Nation nicht. Die überwiegende Mehrzahl der Nation steht auf der Grundlage des Ausgleichs. Die mit demselben Unzufriedenen scharten sich in eine „Achtundvierziger Unabhängigkeitspartei", deren Grundprinzip eine *verfassungsmässige* Aenderung des Ausgleichsgesetzes ist, *aber auch da nicht eine Lostrennung von Österreich, daran denkt in Ungarn kein nur halbwegs vernünftiger Mensch,* am allerwenigsten politische Faktoren.

Zwar strebt diese Partei einen stärkeren Ausbau der staatlichen Selbständigkeit Ungarns an, *aber immer im Rahmen der Monarchie, nicht im Gedanken gegen die Monarchie.* In Verfolgung ihres Programmes wünscht diese Partei auch eine Zolltrennung oder zumindest eine Zwischenzollinie zwischen Österreich und Ungarn, um den wirtschaftlichen Interessen des Landes kräftigeren Schutz gewähren zu können. Diese Forderung wird übrigens vom grösseren Teile der ungarischen Industrie auch befürwortet, ohne Unteschied der politischen Parteistellung; eine Forderung, die aber, abgesehen von der prägnanteren Geltendmachung der staatlichen Selbständigkeit, ausschliesslich wirtschaftlicher Natur ist und mit einer Lostrennungstendenz nichts zu schaffen hat. Demgegenüber stehen die siebenundsechziger Parteien — und wir sind die überwiegende Mehrheit — in dieser wirtschaftlichen Frage auf dem Standpunkte, dass die Zollunion zwischen Ungarn und Österreich auch mit Rücksicht auf politische Gesichtspunkte insolange aufrecht zu erhalten sei, als die wirtschaftlichen Interessen des Landes auch auf dieser Grundlage befriedigt werden können. Und sie können es werden.

Die wirtschaftliche Annäherung mit dem Deutschen Reiche, welche wir alle ehrlich anstreben, bestärkt uns in unserem Standpunkte, wie der Krieg jene Auffassung rechtfertigte, dass die Österreichisch-Ungarische Monarchie eine Notwendigkeit darstellt; würde sie nicht schon bestanden haben, so müsste sie heute geschaffen werden.

Mit dieser Auffassung, welche — mit ganz geringen Ausnahmen — das ganze Land und vorallererst das ganze Magyarentum beherrscht, ist die Zumutung einer Deutschfeindlichkeit unverträglich, die Österreichfeindlichkeit unmöglich. Der Krieg brauchte in den Gesinnungen Ungarns und des Magyarentums keinen Umschwung herbeizuführen; diese Auffassung hatte schon vorher bestanden, und der Krieg bestärkte uns nur darin.

KÖNYVTÁR

IV.

Wirtschaftliche Verbindung mit Deutschland.

Der Krieg wirft Probleme auf, wie sie sonst nie gedacht worden wären, Probleme politischer, militärischer und wirtschaftlicher Natur.

Die neue Geographie, welche mit Schwertern erkämpft werden wird, muss naturgemäss neue politische Fragen zeitigen. Bei allen kriegführenden Staaten. Die polnische, die belgische und die ägyptische Frage nebst der der Kolonien werden die wichtigsten für die verbündeten Zentralmächte, beziehungsweise für den neuen Dreibund sein. Und in Verbindung mit der Kolonienfrage die Freiheit der Seewege, erzwungen durch unseren deutschen Verbündeten. Eine Reihe von Fragen grosser Weltbedeutung wird mit Kriegsende durch den Frieden zu lösen sein, welche in erster Reihe dem alten Europa ein neues Gepräge geben dürften. In Verbindung hiermit werden neue Allianzen entstehen, denn die derzeit neutralen Staaten werden sich schlüssig werden müssen, wie sie sich für die Zukunft stellen sollen. So wird die europäische Staatenordnung keinesfalls bleiben, wie sie vor dem Kriege war. Die grosse Fülle von politischen Problemen wird auf die

*) Flugschriften für Österreich-Ungarns Erwachen. Heft 6/7. Herausgegeben von Robert Strache, Warnsdorf.

militärische Lage der Staaten und in erster Reihe der Grossmächte nicht ohne schwerwiegende Konsequenzen bleiben können. War Europa schon bisher ein grosses Arsenal mit kontinuirlichem Betrieb, wird sich dessen Mass nach dem Kriege ins Unendliche steigern und liefere der schreckliche Krieg noch so viel Entsetzliches und Abschreckendes, koste er noch so viel Millionen Opfer an Menschenleben und noch so viele hunderte von Milliarden an Geldopfern, die eigentlichen Rüstungen werden erst nach dem Kriege beginnen, um einen neuen, noch schrecklicheren Weltkrieg, eine noch grössere Abrechnung vorzubereiten, oder aber einen langen Frieden zu sichern. Da müssen politische und militärische Probleme gelöst werden, welche die verbündeten Staaten für alle Eventualitäten sichern.

Der Krieg wirft aber auch gewaltige wirtschaftliche Probleme auf, in erster Reihe Probleme staatsfinanzieller Natur. Die hunderte von Milliarden der Kriegskosten müssen gedeckt und deren enorme Zinsenlasten ertragen werden können. Die Staatsschulden werden sich vervielfachen, selbst bei neutralen Staaten.

Aber auch grosse Probleme der landwirtschaftlichen und industriellen Produktion werden zu lösen sein, die Lehren des Krieges werden auch in dieser Richtung abgeleitet werden müssen. Insbesondere wird die industrielle Produktion neue Wege anzubahnen haben, und was bisher nur bei den Rüstungen der leitende Gedanke war, die *Kriegsbereitschaft* wird es auch bei der Industrie sein müssen. Alles, aber alles wird diesem Gedanken unterzuordnen sein, dem sich die industrielle Produktion eines jeden Landes anzupassen haben wird.

Und auch neue Probleme des wirtschaftlichen Weltverkehrs werden zu lösen sein, Fragen der internationalen Handelspolitik. Ein solches Problem bildet das gegenseitige wirtschaftliche Verhältnis Österreichs, Ungarns und des Deutschen Reiches nach dem Kriege. Ein Problem, welches zwar auch ohne den Krieg gelöst werden müsste, aber dessen Lösung

zufolge des Krieges nicht weiter aufgeschoben werden kann. Die vitalsten Interessen beider Grossmächte und die realen Interessen aller drei Staaten fordern dies gebietend. Ein schlagenderer Beweis dafür, dass die beiden Grossmächte auf einander angewiesen sind, als es eben dieser Krieg lieferte, ist nicht denkbar. Mag das Deutsche Reich noch so stark sein, ohne uns hätte es der Feindschaft einer Welt nicht Widerstand leisten können. Wir aber wären ohne Deutschland dem russischen Kolosse zum Opfer gefallen. Nur mit vereinten Kräften konten wir der schweren Situation Herr werden, nur vereint werden wir in der Zukunft standhalten können, wie politisch und militärisch, so auch wirtschaftlich. Eben deshalb muss unser Bündnis ergänzt werden. Politisch, militärisch und wirtschaftlich. Politisch muss es eine viel weitere Grundlage bekommen, denn es muss zum Ausgangspunkte künftiger internationaler Politik werden. In militärischer Beziehung soll eine entsprechende militärische Konvention die unumgänglich notwendige Grundlage für eine sichere Aussenpolitik bilden und wirtschaftlich müssen wir uns ergänzen, um der politischen und militärischen Verbindung als Stärkung zu dienen. All' dies aber nur mit dem Vorbehalte, *dass deren Lösung keinerlei Hoheitsrechte berührt und einschränkt, die Grenze der Lösung in jeder Beziehung muss eben die Unberührtheit der Hoheitsrechte sein.*

Wie das politische Bündnis auf der Grundlage realer Interessen zustande kam und mit den Jahren an Kraft immer gewann, bis es im Kriege als unlösbare Bande sich erwies, so muss deren Ergänzung auch auf Grund gegenseitiger Interessen beruhen. Die Macht gebietet zwar Ansehen, aber Sympathien verschafft sie keine. Die Kraft zeitigt Furcht, hat aber keine Anziehungskraft. Nur gegenseitige Interessen vermögen in internationalen Beziehungen Anziehungskraft auszuüben. Aus der Befriedigung der Interessen entsteht Sympathie. Vergebens sind aber platonische Sympathien, wenn ihnen kein reales Interesse zu Grunde liegt. Nur Gefühlsmomente, mit

realen Interessen verbunden, können zu gedeihlichen Ergebnissen führen. Selbst Abneigungen können überwunden werden, wenn es sich um reale Interessen handelt. Die Geschichte liefert hiefür zahlreiche Beispiele. Nie und nimmer konnten blosse Neigungen dauernd erhalten bleiben, wenn sie mit den realen Interessen in Widerspruch standen.

Unser Bündnis mit dem Deutschen Reiche konnte nur dadurch zu Fleisch und Blut der Nationen und Völker werden, weil darin neben den Gefühlsmomenten auch die gegenseitigen Interessen ihre Befriedigung fanden. Nicht nur jene der Staaten, sondern auch jene ihrer einzelnen Bürger. Und das ist das Wichtigste. Je stärker die einzelnen Interessen in ihrer Gesamtheit zur Geltung und Befriedigung kommen, umso stärker entwickeln sich die Gefühle, die Sympathien. Zwischen Gefühlen und Interessen muss eine möglichst enge Interessengemeinschaft entstehen. Diese wird sodann zur Macht. Eine solche Macht hat schliesslich auch Anziehungskraft.

Eine solche Interessengemeinschaft muss die wirtschaftliche Annäherung zwischen Deutschland, Österreich und Ungarn darstellen; nur auf solche Grundlage gestellt, kann sie das werden, was sie sein soll: die wirtschaftliche Stärkung aller drei Staaten und ihres Bündnisses. Nur auf diese Grundlage gestellt, kann sie unserem Bündnisse nützlich sein und es nicht nur ergänzen, sondern auch in Wirklichkeit stärken. Und weil sie auf diese Grundlage gestellt werden kann, darf diese für alle drei Teile hochwichtige Frage nur von diesem Gesichtspunkte aus behandelt werden. Politik darf dabei nur insofern mitspielen, als es sich um mitteleuropäische allgemeine Interessen handelt, in deren Dienst auch dieses wirtschaftliche Bündnis stehen soll; jeder andere politische Gesichtspunkt muss dabei sorgfältig vermieden werden. Die wirtschaftliche Annäherung darf kein Mittel für eventuelle Nebenzwecke sein, sonst erweckt sie Misstrauen, was der Sache wieder nicht förderlich sein kann. Auch darf sie nicht als einseitiges Interesse dahingestellt werden, als ob Deutschland

sie deshalb wünscht, weil es nach dem Kriege an Österreich und Ungarn zum Teil jenes Absatzgebiet zu erreichen sucht, welches an die feindlichen Länder zufolge des Krieges verloren wird.

Wie die Benützung dieser grossen Idee für politische Nebenzwecke, ist auch ihre Einstellung auf diesen Gesichtspunkt nur dazu geeignet, die an und für sich grossen Schwierigkeiten zu vermehren, ganz abgesehen davon, dass es ein falscher Gesichtspunkt wäre. Der Export Deutschlands nach den feindlichen Staaten und ihren Kolonien stellte sich 1913 — also im letzten Jahre vor Kriegsausbruch — auf rund vier Milliarden, was rund 40% des gesamten deutschen Exportes von 10·8 Milliarden darstellt.

Der gesamte industrielle Import Österreichs und Ungarns beziffert sich aber nur auf 1650 Millionen, wobei aber das Deutsche Reich schon bisher mit 900 Millionen beteiligt war. Demnach könnten wir im besten Falle, wenn Deutschland unseren gesamten industriellen Export an sich ziehen würde, nur für mehr 750 Millionen Ersatz bieten, was gegenüber einem eventuellen Exportausfall von vier Milliarden doch nicht als ausschlaggebend erachtet werden kann. Nun wird aber die ganze Exportfrage zufolge des Krieges stark überschätzt und es werden diesbezüglich Hypothesen aufgestellt, denen gegenüber zumindest starke Zweifel Berechtigung haben dürften. So würden wir es bezweifeln, dass die feindlichen Länder die deutsche Industrie ganz entbehren können, wenngleich dort eine Agitation eingesetzt hat mit dem Zwecke, Deutschland nach dem Kriege wirtschaftlich so einzukreisen, wie es vor dem Kriege politisch angestrebt wurde. Wir unterschätzen diese Agitation nicht, aber überschätzt darf sie auch nicht werden. Vergebens versucht England durch staatliche Unterstützung eine Teerfarbenindustrie sich selbst zu schaffen; so lange kann der Krieg nicht andauern, bis diese so erstarke, um den Import solcher Farbwaren aus Deutschland — im durchschnittlichen Werte von etwa 30 Millionen Kronen — verdrängen zu können. Vergebens alle Anstrengungen und der Hass gegen alles, was deutsch ist; die englischen, französischen und russischen Mütter werden ihren Kindern doch deutsche Spielwaren reichen müssen, denn die Kinder müssen spielen und die deutsche Spielwarenindustrie ist eben unübertreffbar. In späteren Jahren werden sie zwar ihren Kindern den Hass gegen Deutschland einimpfen können, in diesem Alter aber müssen sie ihnen deutsche Spielzeuge geben. Vergebens die Abneigung gegen alles, was deutsch ist; die deutschen Kalisalze wird kein feindlicher Staat entbehren können, denn das eigene Interesse wird doch immer stärker sein, wie der Hass gegen Deutschland. Die prädominierende Stellung der deutschen chemischen Industrie, — mit einem Export von fast 500 Millionen Kronen, — der deutschen Spielwarenindustrie, — mit einem Gesamtexport von rund 130 Millionen — am ganzen Weltmarkt ist so ausschlaggebend, dass wohl jede Besorgnis um deren Absatz unbegründet wäre. Und ist die deutsche Maschinenindustrie mit ihrer weitgehenden Spezifikation nicht in der Lage, jeder wie immer gearteten Konkurrenz die Stirne zu bieten, insbesondere bei gleicher handelspolitischer Behandlung, wie sie doch nach der heutigen Kriegslage auch seitens der feindlichen Staaten als gesichert betrachtet werden muss? Nun deckt aber die deutsche Maschinen- und elektrische Industrie allein fast einen vierten Teil — rund eine Milliarde — des fraglichen deutschen Exportes. Auch bis vor dem Kriege war es nicht Sympathie für Deutschland und seine Industrie, der zufolge England 1913 um fast 1·5 Milliarden Mark, Russland (mit Finnland) um fast 1 Milliarde und Frankreich um rund 800 Millionen aus Deutschland Waren importierten. Nein, nur die absolute Überlegenheit der deutschen Industrie vermochte sich dies zu erzwingen. Ganz zurück zu drängen wird also die deutsche Industrie in den Feindesländern auch nach dem Kriege nicht sein, mag der Deutschenhass in deren Bevölkerung noch so tiefe Wurzeln fassen. Im wirtschaftlichen Leben, dort, wo es sich um ma-

terielle Interessen handelt, verbleichen Stimmungen in ihren Wirkungen sehr bald; aus Sympathie für England wird der russische Konsument seinen Bedarf nicht lange viel teurer bezahlen, selbst der einheimische Engländer nicht. So ausgeprägt ist das Nationalgefühl nicht, dass es für die Dauer in dieser Richtung durchhalten könnte. Aber auch abgesehen hievon, bieten sich doch der deutschen Industrie für die Übergangszeit, während welcher dieser Stimmungswechsel vom nationalen Gefühle bis zur Tasche sich vollziehen dürfte, solche Ressourcen, welche einer Auffassung im angedeuteten Sinne widersprechen. Die innere Macht des Deutschen Reiches spielt dabei die wichtigste Rolle. Deutschland und seine Industrie haben es im Kriege bewiesen, dass sie eine Anpassungsfähigkeit besitzen, wie kein anderer Staat desgleichen. Nun, auch Deutschland hatte aus den feindlichen Ländern einen Import von über 900 Millionen; der deutschen Industrie wird es viel leichter sein, sich diesen anzueignen und durch eigene Produktion zu decken. Belgien mit seinem grossen industriellen Konsum muss bei Behandlung dieser Frage auch in Betracht kommen. Dort wird sich für die uns gegenüber feindlichen Staaten die gleiche handelspolitische Behandlung kaum ergeben. Deutschlands wirtschaftliche Vorzugsstellung wird der deutschen Industrie die Möglichkeit bieten, sich den dortigen industriellen Import zu sichern.

Das ist — unserer Ansicht nach — das Licht, welches diese Frage zu beleuchten geeignet ist, wobei nicht übersehen werden darf, dass auch der österreichische und ungarische Markt für die deutsche Industrie nicht gleichgültig sein kann, *ja sie muss ihm ganz besondere Bedeutung für die Zukunft beimessen,* wie auch der deutsche Markt für uns an Bedeutung stark zunehmen wird.

Die wirtschaftliche Annäherung zwischen uns darf daher nicht vom Gesichtspunkte einer wirtschaftlichen Übergangszeit beurteilt werden und am allerwenigsten darf bei uns in der

Monarchie die Ansicht Platz greifen, dass Deutschland diese Annäherung wünscht, um uns auszubeuten. Das wäre grundfalsch, und deutscherseits auch ganz verfehlt, ist doch eine starke österreichisch-ungarische Monarchie auch ein vitales deutsches Interesse und es kann keinen vernünftigen Deutschen geben, der es als deutsches Interesse ansehen sollte, Österreich oder Ungarn wirtschaftlich zu schwächen. Diese Schwächung müsste das Bündnis schwächen, denn stark kann es nur als Bündnis starker Teile sein, ein starker und zwei schwache Teile können kein starkes Ganzes bilden.

Die Annäherung muss daher von gemeisamem österreichischen, ungarischen und deutschen wirtschaftlichem Interesse und vom Gesichtspunkte des dauernden Bündnisverhältnisses beurteilt werden. Als solche stellt sie eine Notwendigkeit dar, welcher nicht mehr aus dem Wege gegangen werden kann, nicht gegangen werden darf. Diese Annäherung muss daher erfolgen, darüber kann kein Zweifel mehr bestehen. Wie politisch und militärisch, müssen wir trachten, auch wirtschaftlich ein möglichst enges Bündnis zu schliessen und einerseits einer wirtschaftliche Erstarkung Österreichs; dass es da nicht heisst, aber ein möglichst geschlossenes Wirtschaftsgebiet zu bilden, welches für alle Eventualitäten der Zukunft gewappnet dasteht.

Dieser Annäherung muss natürlich vorhergehen die *Verständigung Österreichs und Ungarns über ihr eigenes wirtschaftliches Verhältnis* von 1918 angefangen, nachdem doch bekanntlich der zur Zeit in Geltung stehende Vertrag mit Ende 1917 abläuft. Die Neuregelung unseres gegenseitigen Verhältnisses innerhalb der Monarchie im Sinne unseres Ausgleichsgesetzes von 1867 muss als Vorbedingung jeder Verhandlung mit anderen Staaten gelten.

Es kann nicht gezweifelt werden, dass diese Neuregelung unter günstigeren Umständen geschehen wird, wie die bisherigen, denn jenes störende Element, welches seit 1867 das gegenseitige Verhältnis unsere beiden Staaten so nachteilig beeinflusste und der Monarchie dadurch so viel Schaden zufügte,

dass es nie zu einer ganz aufrichtigen, rückhaltlosen Auseinandersetzung und Austragung der Differenzen kommen konnte, das gegenseitige Misstrauen dürfte durch den Krieg für ewige Zeiten vernichtet worden sein. Wenn es Beweise dafür gibt, das beide Staaten der Monarchie alle Ursache haben, sich mit vollem Vertrauen nicht einander gegenüber, sonder nebeneinander zu stellen, so lieferte diese der Krieg. Wenn es bisnun noch an Beweisen gefehlt haben sollte, dass Österreich und Ungarn aneinander gegenseitiges Lebensinteresse haben, dass das Wohlergehen des einen Staates das gleiche Interesse des anderen ist, so wird es hiefür nach diesem Kriege gewiss keiner weiteren Beweise mehr bedürfen. Und wenn je Zweifel betreffs der Lebensfähigkeit unserer Monarchie bestanden, hat der Krieg nicht nur schlagendste Beweise dieser Lebensfähigkeit geliefert, sondern auch bewiesen, dass, wenn dieser Staatenbund der Doppelmonarchie nicht bestanden hätte, er erst recht geschaffen werden müsste, nicht nur im vitalsten Interesse der beiden Staaten, sondern auch in jenem Europas.

Diese Erkenntnis wird hoffentlich künftighin auch im gegenseitigen Verhältnis unserer beiden Staaten zum praktischen Ausdrucke, zur praktischen Geltung kommen und die Erwachung der österreichisch-ungarischen Monarchie nach dem Kriege mächtig fördern. Diese Erkenntnis muss in erster Reihe jene Reibungsflächen ausglätten, welche durch ihre wirtschaftlichen Beziehungen unser gegenseitiges Verhältnis auch politisch störten; sie muss auch zu jener weiteren Erkenntnis führen, dass die industrielle Entwicklung Ungarns ein ebensolches Interesse der Monarchie darstellt, wie die landwirtschaftlichen Einkreisung dadurch verzubeugen, andererseits die wirtschaftliche Entwicklung des einen auf Kosten des anderen zu fördern, sondern dass die möglichste wirtschaftliche Erstarkung beider Teile ein gesamtes Interesse der Monarchie, ein Interesse der mitteleuropäischen Allianz, eine Notwendigkeit für die Zukunft ist, wollen wir für alle Eventualitäten als

ein geschlossenes, wohl ausgerüstetes, für alle Feinde gefürchtetes Bündnis dastehen.

Durchdrungen von dieser Überzeugung, müssen und werden die wirtschaftlichen Gegensätze unserer beiden Staaten für die Zukunft ausgeglichen werden und somit wird auch für die Annäherung an das Deutsche Reich jene Grundlage geschaffen werden, welche den Aufbau eines für alle drei Teile gedeihlichen Verhältnisses ermöglicht.

In allen ihren Einzelheiten kann die Verständigung zwischen den beiden Staaten der Monarchie vor Kriegsschluss, beziehungsweise vor Friedensschluss naturgemäss nicht erfolgen, denn eine ganze Reihe von Fragen muss offen bleiben, bis die neuen Gestaltungen nach Friedensschluss überblickt werden können, zumal diese auf einzelne Teile des wirtschaftlichen Lebens von ganz besonderer Bedeutung sein dürften. Aber in den wichtigeren prinzipiellen Fragen unseres gegenseitigen Verhältnisses muss eine Einigung zustande gekommen sein, ehe wir an die Regelung des Verhältnisses zum Deutschen Reiche herantreten.

Wie soll sich nun dieses Verhältnis gestalten, welche Form ist dafür wünschenswert und möglich? Das ist jene Frage, welche ohne Voreingenommenheit für die eine oder andere Lösungsform geklärt werden muss. Dies zu klären, wollen wir nun versuchen. Um dieser Aufgabe näher treten zu können, muss vor allem das wirkliche Ziel genau gesteckt werden. Was soll unter der wirtschaftlichen Annäherung verstanden und was damit erreicht werden? Ohne solcher Feststellung ist die Annäherung nur ein leeres Schlagwort, das manche benützen, weil es schön klingt, andere hinwieder, weil es für gewisse Nebenziele gut verwendbar zu sein scheint. Schlagworte mit schönem Klang haben wir aber hüben und drüben in Überfülle, zumeist Agitationszeug, aber mit wenig realem Wert. Genützt haben sie gar wenig, geschadet umso mehr. Deren Zahl zu vermehren, steht nicht in unserem Interesse. Nebenziele aber, seien diese politischer oder anderer Natur, mit

diesem Schlagworte betreiben zu wollen, könnte geradezu verhängnisvoll werden. Die grossen geschichtlichen, aber dabei schweren Zeiten, in welchen wir leben, sind zu solchen Dingen nicht geeignet und nach dem Kriege werden alle, aber alle Kräfte angespannt werden müssen, um über Schwierigkeiten hinwegzukommen, welche der Krieg naturgemäss zur Folge hat, um eine sichere, bessere Zukunft anzubahnen.

Was soll also das Ziel der wirtschaftlichen Annäherung sein, abgesehen davon, dass sie eine Stärkung für das politische Bündnis der beiden Zentralmächte bilden soll?

Die wirtschaftliche Ergänzung unserer drei Wirtschaftsgebiete einerseits, die möglichst einheitliche Handelspolitik anderen Staaten gegenüber anderseits und dadurch die gemeinsame Ausnützung der sich hieraus ergebenden Vorteile.

In der wirtschaftlichen Ergänzung ist die Geschlossenheit der drei Gebiete inbegriffen; Geschlossenheit in dem Sinne, dass wir gegenseitig trachten müssen, uns in Bezug auf unsere Bedürfnisse möglichst unabhängig von anderen Staaten zu machen. Ganz unabhängig werden wir uns auch so nicht machen können, aber das Möglichste muss versucht und das Abhängigkeitsverhälnis zu anderen Wirtschaftsgebieten möglichst eingeschränkt werden.

Aus dieser Geschlossenheit folgt, dass die wirtschaftliche Ergänzung damit gleichbedeutend sein muss, dass wir trachten müssen, die zwischen uns derzeit bestehenden Schwierigkeiten des Handelsverkehrs möglichst zu beseitigen und unseren gegenseitigen Verkehr zu erleichtern, also aus unserem gegenseitigen wirtschaftlichen Verhältnis alles sorgfältig auszumerzen, was zum Schutze der eigenen Produktion nicht unbedingt notwendig ist, mit einem Worte, *das diesbezügliche Ziel muss die möglichste Vereinfachung unseres gegenseitigen wirtschaftlichen Verhältnisses und Erleichterung unseres gegenseitigen Verkehrs sein.*

Wir müssen es erreichen können, dass für uns gegenseitig, also für Deutschland, Österreich und Ungarn, der gesamte

Konsum der rund 120 Millionen Menschen möglichst zur Geltung und die Entwicklung der Zukunft uns gemeinsam zu Gute komme, ja wir müssen eine Lösung anstreben, *welche uns durch Zuziehung unserer anderen Verbündeten die Möglichkeit der Eröffnung grosser neuer Wirtschaftsgebiete bietet,* um unsere wirtschaftliche Entwicklung in neue Bahnen leiten zu können.

Mit der möglichst einheitlichen Handelspolitik anderen Staaten gegenüber muss aber erreicht werden, dass Deutschland, Österreich und Ungarn einheitlich, geschlossen auftreten können, um bessere Handelsverträge zu erreichen, um die Möglichkeit zu haben, sich gemeinsam Vorteile zu erwerben, welche in dem Masse nie möglich sind, wenn sie voneinander getrennt, ohne gegenseitiger Kooperation, jeder für sich, mit anderen Staaten verhandeln.

Hiemit glauben wir das Ziel der wirtschaftlichen Annäherung gesteckt zu haben und möchten dies nur noch damit ergänzen, dass unter der Bezeichnung wirtschaftlicher Annäherung nicht nur eine handelspolitische Annäherung im gegenseitigen Zollverhältnisse enthalten ist, sondern ein die gesamte Wirtschaftspolitik umfassendes, wirtschaftliches Verhältnis, denn nur so kann unser politisches Bündnis wirtschaftlich ergänzt und gestärkt werden.

Welche Lösungen wären überhaupt möglich?

Die einfachste und radikalste Lösung wäre eine Zollunion, die Vereinigung der drei Wirtschaftsgebiete in *einen Zollverein,* die Erweiterung des heutigen deutschen Zollvereins in einen „Deutsch-Österreichisch-Ungarischen Zollverein", mit freiem Verkehr innerhalb der einheitlichen Aussenzollgrenzen des gesamten Gebietskomplexes. Dies wäre ein wirtschaftliches Ideal, eine mächtige Schöpfung, wie sie schöner nur so gedacht werden könte, wenn daraus eine ganze mitteleuropäische wirtschaftliche Vereinigung entstehen würde.

Als Ideal viel zu schön, um auch verwirklicht werden zu können.

Nicht so einfach, auch nicht so schön, aber in ihrer Verwirklichung vom rein wirtschaftlichen Gesichtspunkte doch etwas leichter wäre derselbe Zollverein mit Zwischenzöllen bis zu jener Zeit, als die derzeitigen grossen wirtschaftlichen Unterschiede der drei Wirtschaftsgebiete möglichst ausgeglichen werden können, also Zwischenzölle mit Abbau, um nachher die reine Zollunion zu ermöglichen.

Die dritte Lösung bietet ein weitgehendes wirtschaftliches Prefential-System, eine Art wirtschaftliches Bündnis so gedacht und konstruiert, dass es durch andere Staaten unter dem Titel der Meistbegünstigung nicht beansprucht werden könne. Diese Lösung ist wieder weniger schön als die erwähnte zweite, aber demgegenüber einfacher als jene und hat dabei den grossen Vorteil einerseits, späterer Zukunft einer eventuellen weiteren Annäherung als Grundlage dienen zu können, insbesondere, wenn sie als ein Verhätnis längerer Dauer gedacht ist, andererseits aber — und dies ist dabei das wichtigste — bietet es die Möglichkeit, in dasselbe auch andere Staaten, andere Wirtschaftsgebiete aufnehmen zu können, ein Vorteil, welcher keine andere Lösung zu bieten vermag. Dabei unterscheidet sie sich von der zweiten eigentlich nur dadurch, dass die Aussenzollgrenzen nicht gemeinsam sind, denn dasselbe, was in dieser Beziehung mit Zwischenzöllen erreicht werden will, kann auch auf diese Weise erreicht werden.

Schliesslich gibt es noch eine vierte Lösung für den Fall, dass sich mit der Meistbegünstigung Schwierigkeiten ergeben sollten, die aber keine wirtschaftliche Annäherung in diesem Sinne darstellt, wohl aber trotzdem so ausgestaltet werden kann (wenn es unbedingt notwendig werden sollte, uns mit dieser Lösung abzufinden), dass unser Bündnisverhältnis mit dem Deutschen Reiche darin zum Ausdruck gelange: ein verbesserter, auf längere Dauer abgeschlossener Handelsvertrag auf der heutigen Grundlage d. h. unter Berücksichtigung des bisherigen Meistbegünstigungs-Systems.

Ob das Meistbegünstigungs-System wohl nach dem Kriege

in seiner bisherigen Form und Ausdehnung aufrechterhalten werden wird oder nicht, darauf wollen wir hier nicht eingehen; die Ansichten hierüber sind sehr geteilt.

Die erste Lösung, eine reine Zollunion, scheint einfach abgetan zu sein, wenngleich sie die einzige *ganze* Lösung der Frage wäre, und nur allein eine Konzeption grossen Stils darstellt. Sie gäbe eine wirklich ideale Lösung, bei welcher die allerdings grossen wirtschaftlichen Schwankungen der Gegenwart durch eine mächtige Konsolidation der ferneren Zukunft ausgeglichen werden dürften. Sie ist aber einfach nicht möglich.

Mit dieser Lösung sich zu beschäftigen, wäre unnütz, sie ist auch ganz ausser Kombination gestellt, und so übergehen wir kurzweg auf die zweite Lösungsform, auf die Zollunion mit Zwischenzöllen. Das Ziel soll dasselbe sein, denn die Zwischenzölle sollen nur „übergangsweise" bestehen, doch für mehrere Jahrzehnte, um einerseits der österreichischen Industrie, anderseits der deutschen Landwirtschaft den nötigen Schutz bieten zu können.

Die erste Frage, welche bei dieser Lösungsform zu klären wäre, ist jene, *ob sie wohl auf völkerrechtlicher Grundlage lösbar ist,* denn staatsrechtliche Schwierigkeiten und Umwälzungen dürfen da nicht heraufbeschworen werden; für die wirtschaftliche Annäherung darf keine Lösung gewählt werden, welche mit politischen Schwierigkeiten verbunden ist. Wenn schon das wirtschaftliche Verhältnis zwischen Österreich und Ungarn auf völkerrechtlicher Grundlage gelöst ist, kann das Verhältnis zwischen Deutschland, Österreich und Ungarn auf keine andere Grundlage gestellt werden. Das muss als Grundprinzip gelten, von welchen nicht Abstand genommen werden kann. Ist aber eine Zollunion — sei es mit oder ohne Zwischenzöllen, denn von diesem Gesichtspunkt hat die Zwischenzoll-Linie keinerlei Bedeutung — zwischen zwei Grossmächten auf völkerrechtlicher Grundlage möglich?

Um hierauf antworten zu können, muss vorerst die Charakteristik der Zollunion genau gegeben werden.

„Nicht der vollkommen freie Verkehr zwischen den zollvereinten Ländern ist die Charakteristik der Zollunion, *sondern die einheitliche Zollgrenze* und die einheitliche Zollpolitik gegenüber dritten Staaten. Die Zollunion verlangt *also die Abdikation des selbständigen Verfügungsrechtes der einzelnen zollvereinten Staaten* bezüglich der auswärtigen Handelspolitik. Die Feststellung des Zolltarifes, der Abschluss von Handelsverträgen, ja seibst die diplomatische Vertretung von Handelsinteressen ist nunmehr gemeinsame Angelegenheit der zollvereinten Staaten."

„Der einzelne Staat der zollvereinten Länder abdiziert von seinem Rechte der souveränen Handelspolitik und unterwirft sich auch dem Willen der zollvereinten Länder. Der einzelne Staat des zollvereinten Gebietes ist handelspolitisch für dritte Staaten verschwunden und bildet einen Teil des als neues Individium auftretenden Zollvereines." *)

Die Richtigkeit dieser Charakteristik kann nicht bestritten werden. Die Zollunion zwischen Österreich und Ungarn war eben dadurch möglich, weil die beiden Staaten der Monarchie einen Staatenbund als Monarchie mit einem gemeinsamen Herrscher bilden, weil sie beide zusammen als Monarchie *eine* Grossmacht darstellen mit denselben auswärtigen Organen (welche auch dann berufen wären, die beiden Staaten in auswärtigen handelspolitischen Beziehungen anderen Staaten gegenüber zu vertreten, wenn die beiden Staaten untereinander keine Zollunion bilden würden, sondern mit anderen Staaten ihre handelspolitischen Beziehungen selbständig, abgesondert, regeln würden, wie es im ungarischen Ausgleichsgesetze von 1867 für den Fall vorgesehen ist, dass sich die beiden Staaten nicht einigen sollten.

Der deutsche Zollverein war auch nur auf staatsrechtlicher Grundlage möglich, auf völkerrechtlicher Grundlage

*) Alexander Matlekovits: „Neue Freie Presse", 24. April 1915.

hätte er so, wie er ist, nie zustande kommen können, denn handelspolitische Angelegenheiten der zollvereinten deutschen Einzelstaaten mussten dem Reiche und den Vertretern des Reiches übertragen, damit aber aus dem Wirkungskreise der auswärtigen Vertretungen der einzelnen Staaten ausgeschaltet werden; statt den Legislativen der Einzelstaaten musste die Kompetenz der Reichsgesetzgebung, des Reichstages, festgestellt werden. Auf völkerrechtlichem Wege wäre all' dies unmöglich gewesen. Die deutsche Reichseinheit brachte diese staatsrechtliche Lösung mit sich und in dieser Lösung kam die einheitliche Grossmacht, die Souveränität des Deutschen Reiches zum Ausdruck.

Wie aber zwischen zwei Grossmächten mit eigenen auswärtigen Vertretungen die unbedingt erforderliche Einheitlichkeit ohne politische und staatsrechtliche Umwälzungen möglich wäre, darauf fehlt noch jede Antwort.

Mit dieser Frage wollen wir uns daher nicht weiter beschäftigen, sondern glauben feststellen zu können, dass die wirtschaftliche Annäherung nur auf *völkerrechtlicher Grundlage* möglich ist. Die staatsrechtlichen Schwierigkeiten werden auch deutscherseits anerkannt, vom grössten Staatsmann seines Jahrhundertes, dem Fürsten Bismarck angefangen, der eine *solche* Zollvereinigung für „niemals durchführbar" erklärte, denn „eine ernsthafte, sachliche Behandlung im Detail wird darüber schwerlich einen Zweifel lassen".*) Bis heute finden hervorragende deutsche Parlamentarier und Wirtschaftspolitiker dieselben Schwierigkeiten; es seien nur Georg Gothein, Heinrich Osel, Dr. Hugo Boettger und Karl Diehl erwähnt, alle ansonsten Freunde einer wirtschaftlichen Annäherung.

Aber auch eine zweite Frage muss bei Behandlung dieser zweiten Lösungsform geklärt werden: die Frage der Zwischen-

*) Graf Bismarck an Graf Rechberg am 8. September 1864. „Österreichische Rundschau", 1. Juni 1915.

zölle. Sie scheint nicht prinzipieller Natur zu sein, hat aber die grösste praktische Bedeutung, u. zw. von so grosser Tragweite, dass von deren Lösung selbst die Realisierungsmöglichkeit einer Zollunion für den Fall abhängen würde, als es möglich sein sollte, die staatsrechtlichen und politischen Schwierigkeiten zu beseitigen.

Für die „Übergangszeit" sollen Zwischenzölle bestehen, nach deren automatischem Abbau dann die reine Zollunion mit freiem Verkehr innerhalb der einheitlichen Zollgrenzen entstehen soll. Das System ist nicht neuerfunden, es ist eigentlich der neuangewandte Gedanke des alten Bruck'schen Zollvereinsprojektes. Dass die Verhältnisse, die politischen und staatsrechtlichen Voraussetzungen damals ganz andere waren, dass Österreich damals Mitglied des deutschen Bundes war, dass daher damals keinerlei staatsrechtliche Schwierigkeiten bestanden, sei nur nebenbei bemerkt. Auch war dergleichen — wenn auch für kürzere Zeit — schon praktisch erprobt, aber die Zeitdauer spielt dabei keine entscheidende Rolle. Diese Zwischenzölle sollen für die Übergangszeit — wie schon erwähnt — diesseits der Industrie, jenseits der Landwirtschaft Schutz gewähren, um die Anpassung derselben an die gründlich geänderten Verhältnisse vorzubereiten. Der industrielle Schutz müsste naturgemäss in weitaus überwiegendem Masse der österreichischen Industrie zu Gute kommen, die unvergleichlich schwächere junge ungarische Industrie hätte gar wenig davon. Deshalb verlangt sie den gleichen Schutz für dieselbe Zeit und mit demselben Abbau für sich der österreichischen Industrie gegenüber, wie diese der deutschen Konkurrenz gegenüber geschützt werden soll. Bei einer reinen Zollunion mit freiem Verkehr würde die ungarische Industrie ebenfalls schwerer heimgesucht werden, wie die viel stärkere und dementsprechend auch widerstandsfähigere österreichische, aber da wäre das ganze zollvereinte Gebiet einheitlich, die natürlichen Konsequenzen dieser Vereinigung hätten alle Teile gleichmässig zu tragen. Wenn aber innerhalb des

Zollvereins überhaupt Zwischenzölle errichtet werden sollen, kann die Berechtigung der Forderung nach dem gleichen Schutz nicht abgesprochen werden, ja logisch begründet wäre nur eine solche Lösung. Diesem Wunsche muss daher Rechnung getragen werden und dies umsomehr, als es nicht denkbar wäre, dass es eine ungarische Regierung gäbe — stehe sie noch so fest auf dem Standpunkte des freien Verkehrs —, welche diese Forderung im erwähnten Falle nicht geltend machen müsste, sonst könnte sie ihren Platz nicht behaupten.

Diese Forderung wird aber nicht nur österreichischerseits, sondern auch deutscherseits ernstlich bekämpft; so z. B. äusserte sich der bekannte bayrische Abgeordnete Heinrich Osel hierüber folgendermassen: „Wir Deutsche dürfen aber bei aller jetzt gebotenen Reserve wohl konstatieren, dass von unserem Standpunkte aus ein zerrissenes österreichisch-ungarisches Wirtschaftsgebiet eine ganz ausserordentliche Verschlechterung schon mit unseren derzeitigen Beziehungen zur Donaumonarchie bedeutet";*) der berühmte Professor Lujo Brentano aber sagt: „Die Ungarn möchten bekanntlich zu diesem Zweck ihr Land am liebsten mit besonderen Zolllinien auch gegen Österreich umgeben; sie bedenken nicht, dass ein Absatzgebiet, wie Ungarn, für die Entwicklung moderner Grossindustie ebenso ungenügend ist, wie zur Zeit Friedrich List's Württemberg ein ungenügendes Absatzgebiet für die württembergische Grossindustrie gewesen wäre." **)

Der Standpunkt Osels ist vom deutschen Gesichtspunkte aus verständlich, denn es kann nicht geleugnet werden, dass ein freies, einheitliches Absatzgebiet von über 50 Millionen Menschen handelspolitisch wertvoller ist, als dessen Zweiteilung. Aber trotzdem sind die Bedenken übertrieben, zumal eine Zwischenzollinie nie so gedacht war, dass sie auf den

*) „Münchner Neueste Nachrichten". 6. August 1915.

**) „März" München, Heft Nr. 11.

deutschen Absatz Rückwirkungen haben sollte. Nur Verschiebungen des Zwischenhandels würden eintreten, welche aber im Endresultate für den deutschen Export nach Österreich und Ungarn ohne Nachteil wären.

Was ist aber die wirkliche Sachlage der Behauptung Prof. Brentanos gegenüber? Sie hat mit der Frage der wirtschaftlichen Annäherung an Deutschland eigentlich nichts zu tun und wird in dieser Beziehung stets nur ins falsche Licht gestellt. Seit Aufhebung der bis 1850 bestandenen Zwischenzollinie zwischen Österreich und Ungarn, beziehungsweise seit Wiederherstellung der ungarischen Verfassung 1867, gab es in Ungarn immer eine starke Strömung für das selbständige Zollgebiet, im Programme einer grossen politischen Partei — der Unabhängigkeitspartei — steht diese Forderung als Kardinalpunkt, selbst in den Parteien des 67er Bekenntnisses gibt es Anhänger dafür. Die überwiegende Mehrheit der 67er Parteien aber ist für die weitere Aufrechterhaltung des freien Verkehrs, wenngleich auch sie es nicht bestreiten, dass die industrielle Entwicklung des Landes so viel langsamer ist, als sie bei speziellem Zollschutz wäre. Aber im gesamten wirtschaftlichen und politischen Interesse glauben sie dieses Opfer insolange bringen zu sollen, bis die wirtschaftlichen Interessen des Landes auch auf dieser Grundlage befriedigt werden können. Und bei gegenseitigem guten Willen können sie es auch werden. Mit der Zollunionsfrage aber kann der erwähnte Standpunkt nur insofern in Verbindung gebracht werden, als für den Fall einer Zwischenzollinie innerhalt einer Zollunion die ungarische Industrie — wie schon erwähnt — einen ähnlichen Schutz für sich beansprucht, womit aber auch jeglicher Widerstand der ungarischen Industrie von ihrem Standpunkte gegen eine Zollunion fallen würde. In diesem Falle hätte die ungarische Industrie keine weitere Ursache, sich einer Zollunion gegenüber ablehnend zu verhalten. Wird aber die Frage der Zwischenzölle innerhalt der Zollunion nicht aufgeworfen, ändert sich die diesbezügliche Lage in Ungarn auch nicht; die

Anhänger des selbständigen Zollgebietes werden an ihrem Standpunkte weiter verharren wie bisher. Wir aber, die Freunde des freien Verkehrs, werden trachten, unseren Standpunkt auch für die Zukunft zur Geltung zu bringen, vorausgesetzt natürlich, dass die wirtschaftlichen Interessen des Landes auf dieser Grundlage entsprechende Berücksichtigung finden werden.

Und damit wollen wir in die Behandlung der angeregten Zollunion vom wirtschaftlichen Gesichtspunkte eintreten, vorerst in Bezug auf das gesteckte erste Ziel: auf die gegenseitige wirtschaftliche Ergänzung der drei Wirtschaftsgebiete.

In erster Reihe kommt hier die Verschiedenartigkeit der Produktionsverhältnisse in Betracht. Diese nach Möglichkeit auszugleichen, wäre Aufgabe der Zwischenzölle. Die Möglichkeit hiezu ist geboten, wenn es auch nicht so einfach ist, wie sich das manche vorstellen. Aber es kann auch nicht als unmöglich hingestellt werden. Wenn ein Zeitraum von 25 bis 30 Jahren oder gar noch mehr hiefür zur Verfügung steht*) und systematisch darauf hingearbeitet wird, so ist die Möglichkeit gegeben. Die grösste Schwierigkeit besteht lediglich in den durchaus verschiedenen Kräfteverhältnissen der deutschen, österreichischen und ungarischen Industrie.

Die deutsche Industrie ist zumindest viermal bis fünfmal so stark wie die österreichische, diese wieder sieben bis achtmal stärker der ungarischen gegenüber. Zusammenstellungen ganz verschiedener Art wurden diesbezüglich aufgestellt, aber ein einheitlicher Vergleich auf ganz gleichen Grundlagen ist nicht möglich. Nur aus einzelnen zur Verfügung stehenden Daten kann diesbezüglich geschlossen werden. Wir wollen es versuchen, solche in nicht allzugrosser Zahl anzuführen.

Die gewerbliche Bevölkerung betrug in

Ungarn (1910)	14%
Österreich (1910)	23%
Deutschland (1907)	40%

der gesamten Erwerbsbevölkerung.

*) Der deutsche Mitteleuropäische Wirtschaftsverein beantragte 40—50 Jahre.

Die industriellen Betriebe mit einer Arbeiterzahl über 50 betrug in

Ungarn (1900) . . .	1.100	mit 242.000	Angestellten
Österreich (1902) . .	6.100	„ 1,131.000	„
Deutschland (1907) .	27.400	„ 5,203.000	„

Die Kohlenproduktion (Stein- und Braunkohle zusammen) stellte sich 1913 in

Ungarn auf	10,274.051	Tonnen
Österreich auf . . .	43,838.220	„
Deutschland auf . . .	277,342.500	„

Aufgearbeitet wurde 1911 an *Eisenerzen* in

Ungarn	1,582,348	Tonnen
Österreich	3,834.665	„
Deutschland	46,394.913	„

Roheisen in

Ungarn	765.815	Tonnen
Österreich	1,702.160	„
Deutschland (1912) . .	16,775.324	„

Die Zahl der Baumwollspindeln betrug 1913 in

Ungarn	400.000
Österreich	4,900.000
Deutschland	10,900.000

Aufgearbeitet wurde 1913 an *Baumwolle* in

Ungarn	16.853	Tonnen
Österreich	193.002	„
Deutschland	486.156	„

Der Nettoimport an Schafwolle war 1913 nach

Ungarn	3.544	Tonnen
Österreich	41.119	„
Deutschland	200.715	„

Die Ausfuhr betrug an:

Eisen und Eisenwaren aus

Ungarn	93.395	Tonnen
Österreich	113.672	„
Deutschland	6,502.491	„

Maschinen, elektrische Industrie und Fahrzeuge aus

Ungarn	17.098	Tonnen
Österreich	32.758	„
Deutschland	838.514	„

Metall und Metallwaren aus

Ungarn	9.156	Tonnen
Österreich	35.275	„
Deutschland	349.447	„

Baumwollgarne und Gewebe aus

Ungarn	12.739	Tonnen
Österreich	37.446	„
Deutschland	61.429	„

Schafwollgarne und Waren aus

Ungarn	2.321	Tonnen
Österreich	7.647	„
Deutschland	43.034	„

Das eingezahlte Aktienkapital industrieller Aktiengesellschaften betrug 1912 in

Ungarn	982	Millionen Kronen
Österreich	2246	„ „
Deutschland	9764	„ „

Hiezu muss aber noch das Kapital der Genossenschaften mit beschränkter Haftung gerechnet werden, welches zu gleicher Zeit in Österreich 313, in Deutschland aber 2.830 Millionen Kronen betrug (in Ungarn besteht diese Gesellschaftsform noch nicht), so dass das Kapitalverhältnis eigentlich so steht:

Ungarn	982	Millionen Kronen
Österreich	2.559	„ „
Deutschland	12.607	„ „

Es wäre verfehlt besondere Schlüsse oder Konsequenzen aus diesen Vergleichsziffern ziehen zu wollen. Sie haben auch nicht diesen Zweck, sie sollten nur als Illustration dafür dienen, wie sich die industriellen Kräfteverhältnisse der drei Wirtschaftsgebiete im ganzen und grossen stellen.

Die Unterschiede sind enorm, ausgleichen lassen sie sich natürlich nie und nimmermehr, aber bei einem Zeitraum von 25 bis 30 oder noch mehr Jahren — wie eben der Abbau der Zwischenzölle geplant ist — können die Härten dieser Unterschiede entsprechend gemildert werden; es können Ausgleiche in der Industrie eingeleitet werden, welche ein erträgliches Verhältnis und normale Entwicklung ermöglichen. Von allen drei Seiten dem gemeinsam zu erstrebenden Ziele im gegenseitigen Einvernehmen zugesteuert, ist innerhalb eines so grossen Zeitraumes Grosses zu leisten möglich. Insbesondere könnte dies gelingen, wenn das deutsche Kapital und die deutsche Arbeit dabei ernstlich zur Hilfe kämen, um unsere wirtschaftliche Entwicklung zu fördern. In je grösserem Masse dies geschehen würde, umso leichter wäre das angestrebte Ziel erreichbar. Die Notwendigkeit einer solchen Übergangszeit kann vom industriellen Gesichtspunkt nicht bezweifelt werden. Wenn sie aber die österreichische Industrie für sich als unbedingt notwendig erachtet, um wie viel notwendiger ist sie für die verhätnismässig schwache, junge ungarische Industrie. Bei letzterer ist dabei noch deren weitere Förderung in Frage gestellt. Aber bei ernster, zielbewusster Arbeit muss der erwähnte Zeitraum auch hiefür genügend sein. Die staatliche Industrieförderung Ungarns weist bei Anwendung sehr geringer Mittel in einer kurzen Spanne Zeit von zehn bis zwölf Jahren eine Mehrproduktion durch neugeschaffene Industrien von rund 400 Millionen Kronen jährlicher Produktionswerte auf, ohne Rücksichtnahme auf das ebenfalls stark geförderte

Gewerbe. Die Möglichkeit einer Entwicklung ist gegeben, nur muss die Arbeit konsequent und in viel grösserem Stile fortgesetzt werden. Der ungarische Staat kann seiner Industrieförderung nicht entsagen, sie ist ein Gebot der Selbsterhaltung. Allerdings bietet der intensivere landwirtschaftliche Betrieb noch sehr viel Arbeitsgelegenheit für einen Teil der Bevölkerung, ist aber bei weitem nicht genügend, die stark zunehmende Bevölkerung ständig zu ernähren und dem Staate als finanzielle Grundlage zu dienen. Ohne Industrie könnte sich der Staat einfach nicht erhalten, er könnte seinen Aufgaben nicht gerecht werden. Aber abgesehen davon, die ungarische Industrieförderung steht der Entwicklung der deutschen und österreichischen Industrie auch nicht im Wege. Es ist doch eine allbekannte Tatsache — das Deutsche Reich, Grossbritannien und die Vereinigten Staaten von Nord-Amerika liefern hiefür die besten Beweise —, dass mit der Entwicklung der eigenen Industrie der industrielle Importbedarf steigt, was übrigens eine ganz natürliche Erscheinung ist. Ist nicht dieselbe Erscheinung zutage getreten im industriellen Verkehr zwischen Ungarn und Österreich? Hat die österreichische Industrie durch die ungarische Idustrieförderung eine Einbusse erlitten? Im Gegenteil, sie wurde ihr noch zum Vorteil, denn es entstanden durch sie neue Bedürfnisse, welche die ungarische Industrie nicht befriedigen kann.

Aber auch die Anforderungen der Kriegführung gebieten die möglichste territoriale Verteilung der Industrie innerhalb der Monarchie. Die für Frankreich und Russland im jetzigen Kriege so traurigen Erfahrungen müssen für uns auch in dieser Beziehung sehr lehrreich sein, wie wir überhaupt auch in Bezug der industriellen Produktion, der Richtungen unserer industriellen Förderung aus dem Kriege sehr wichtige Lehren abzuleiten haben werden.

Die Entwicklung der eigenen Industrie ist aber auch zur Förderung der eigenen Landwirtschaft unbedingt notwendig, denn sonst müsste sich die Landwirtschaft — wie es in Ungarn

vor seiner Industrieförderung der Fall war — fast ausschliesslich auf den Export stützen. Der Export ist auch notwendig, aber nur zur Förderung der inländischen Produktion; er ist ein Mittel zum Zweck, nicht aber Selbstzweck.

Damit kommen wir auf den anderen Zweig des wirtschaftlichen Lebens, die Ergänzung in wirtschaftlicher Beziehung, auf die Landwirtschaft zu sprechen.

Die Ergänzung in industrieller Beziehung wird sich automatisch vollziehen durch einverständliche Regelung der industriellen Produktion aller drei Wirtschaftsgebiete, durch Stärkung jener Industrien, für welche das eine oder andere Gebiet von besonderem Vorteile ist und durch das gegenseitige Bestreben, das Bestehende zu erhalten, den Konsum sich gegenseitig zu sichern. Die Industrie kennt gar manche wirksame Mittel hiefür, und wenn ihr eine entsprechende Übergangszeit zu Verfügung steht, dürfen auch vom Standpunkte der Industrie einer Zollunion keine unüberwindlichen Schwierigkeiten im Wege stehen.

Vom Standpunkte der Landwirtschaft aber überhaupt nicht, ja selbst vom Standpunkte der deutschen Landwirtschaft könnte gegen diese keine berechtigte Einwendung geltend gemacht werden. Die Situation der deutschen Landwirtschaft ist eben eine ganz andere der Landwirtschaft unserer beiden Staaten gegenüber, wie jene unserer Industrien der deutschen Industrie gegenüber. Die deutsche Landwirtschaft ist nicht nur nicht schwächer wie die ungarische und österreichische, ja Deutschland ist auch in dieser Beziehung stärker wie wir; die deutsche Landwirtschaft steht auf unvergleichlich höherer Stufe wie die ungarische und österreichische.

Ein Vergleich in dieser Beziehung ist schon leichter wie bei der Industrie; die Anführung einiger Vergleichsziffern dürfte ebenfalls nicht überflüssig sein.

Von den bewirtschafteten Territorien Deutschlands mit 54 Millionen Hektar fallen (1900) 48·6% auf Ackerbau; in Ungarn — dem ausgesprochenen Agrarstaate — (1913) nur

44% und in Österreich (1907) nur 35·4%. Und während in Deutschland auf den Kopf der Bevölkerung 1913 in den vier Hauptgetreidesorten (Weizen, Roggen, Gerste und Hafer) bei einer Bevölkerungsziffer von 65 Millionen Menschen 4·6 Doppelzentner Produktion entfallen, beziffert sich diese Produktion in Ungarn — bei einer Bevölkerungsziffer von 20 Millionen auf 4·8, in Österreich aber — bei 31 Millionen Einwohner — auf nur 2·8 Doppelzentner. Die landwirtschaftliche Produktion ist in Deutschland eine viel intensivere, wie dies aus folgenden Erntedurchschnitts-Ergebnissen ersichtlich ist. Im Jahre 1913 war das Durchschnittsergebnis in Doppelzentnern pro Hektar in

	Deutschland	Österreich	Ungarn
bei Weizen . . .	23·6	13·4	13·19
„ Roggen . . .	19·1	13·8	12·16
„ Gerste . . .	22·2	16·0	14·66
„ Hafer . . .	21·9	14·1	12·10

Und wenn wir auch die Kartoffelproduktion einem Vergleich unterziehen, so ergab diese im selben Jahre in Deutschland 138·6, Österreich 90·6 und Ungarn 78·90 Doppelzentner pro Hektar.

Bei den gleichen Ernteergebnissen, wie sie das Deutsche Reich aufweist, hätte Österreich und Ungarn 1913 aufweisen müssen bei

Weizen	um 14·2—,	beziehungsweise	35·8 Millionen
Roggen	„ 10·5—,	„	9·2 „
Gerste	„ 7·2—,	„	6·7 „
Hafer	„ 4·9—,	„	9·4 „
Kartoffeln	„ 86·7—,	„	56·2 „

mehr und da wäre Ungarn wieder zu einem agrarischen Exportstaat geworden, wie vor Jahren, Österreich aber hätte seinen Bedarf fast ganz allein decken können.

Nun kann aber Deutschland seine Landwirtschaft nicht so entwickeln, dass es seinen Bedarf allein decken könnte. Die

Jahre 1907—1913 weisen einen durchschnittlichen Import an Getreide von rund 61 Millionen Doppelzentnern auf, so dass die deutsche Landwirtschaft gegen eine Zollunion vom Gesichtspunkte ihrer Getreideproduktion keinerlei Ursache hätte, Stellung zu nehmen und dies umsoweniger, wenn sie sich für dieselbe Übergangszeit die Zwischenzölle sichern würde.

Und wie steht es mit dem Viehstand der drei Staaten, dem anderen wichtigsten Teil der Landwirtschaft? Da ist die Lage des Deutschen Reiches schon nicht so vorteilhaft, wie bei der Getreideproduktion, aber noch immer nicht ungünstig und kann mit dem Verhältnisse der österreichischen und ungarischen Industrie zur deutschen noch immer nicht verglichen werden.

Bei einem Stand von 7.319.121 Stück Hornvieh in Ungarn (1911) entfielen auf 2·01 Hektar ein Stück und auf 10.000 Seelen 350·4 Stück; in Österreich bei 9,160.009 Stück (1910) auf 1·20 Hektar ein Stück und auf 10.000 Seelen 321 Stück, während in Deutschland auf ein Stück Vieh 1·30 Hektar und auf 10.000 Seelen nur 310·8 Stück Vieh fielen. Bei Schweinen stellt sich die Lage Deutschlands — was das Verhältnis zur Seelenzahl anbelangt — wenigstens Österreich gegenüber viel besser, indem hier auf 10.000 Seelen bei einem Stand von 21,923.707 Stück 337·7 fallen, auf 1.94 Hektar aber ein Stück, während in Ungarn bei 7,580.446 Stück 362·9, beziehungsweise 1·19 Hektar, in Österreich aber bei 6,432.080 Stück nur 225 Stück, beziehungsweise 1·71 Hektar entfallen.

Auch in Bezug auf seinen Schlachtvieh-, beziehungsweise Fleischbedarf ist Deutschland auf grossen Import angewiesen. Im Durchschnitte 1907—1913 importierte es jährlich Rindvieh im Werte von rund 100 Millionen Kronen und Schweine im Werte von 50 Millionen.

Und welchen Zweig der Landwirtschaft wir immer betrachten, seien es landwirtschaftliche Nebenprodukte, Geflügel, Eier, Butter, Obst und Gemüse, oder sei es der Holzbedarf Deutschlands, in allen Zweigen ist es auf Import angewiesen,

seine eigene Produktion reicht zur Deckung seines Bedarfes nicht und kann auch nicht so gefördert werden, dass sie genügend sei. Von den Zolleinnahmen des Deutschen Reiches mit rund 1·1 Milliarden Mark 1913 entfallen 50·5%, also über eine halbe Milliarde auf Agrarzölle.

Um aber eine Ergänzung der drei Wirtschaftsgebiete diesbezüglich erzielen und den deutschen Importbedarf wenigstens in seinen Hauptzweigen decken zu können, bedarf die Landwirtschaft auch jener Übergangszeit, denn eine Mehrproduktion von heute auf morgen lässt sich nicht erzielen und der Viehstand wird auch viele Jahre benötigen, um aus der durch den Kriegskonsum noch gesteigerten Depekoration heraus zu kommen und einen Überschuss für Exportzwecke zu haben. Denn im Durchschnitte der Jahre 1911—1913 hatte Ungarn aus seiner Ernte, unter Hinzurechnung des vorjährigen Bestandes, an

Weizen	nur	27·11%
Roggen	„	26·14%
Gerste	„	18·35%
Hafer	„	11·97%

für Exportzwecke übrig, wovon aber nur 6·42% nach dem Zollauslande, während 93·58% nach Österreich exportiert wurden.*) Nun beträgt aber dieser Gesamtexport nicht mehr als rund 20 Millionen Doppelzentner, während der deutsche Import in denselben rund 60 bis 61 Millionen beträgt, daher Ungarn, wenn Österreich durch Erreichung der deutschen Ernteerdurchschnitte eventuell seinen Bedarf selbst decken würde, selbst in diesem Falle nur einen dritten Teil des heutigen deutschen Importbedarfes befriedigen könnte.

Bei einer Steigerung auf die deutschen Durschnittsergebnisse aber könnte Ungarn den gesamten deutschen Import — vielleicht nur mit Ausnahme der Futtergerste — vollkommen decken, *die wirtschaftliche Autarkie der Zentralmächte*

*) Dr. Friedrich Fellner: Die Landwirtschaft Ungarns und die wirtschaftliche Annäherung an Deutschland. 1915.

könnte auf diese Weise gesichert werden. Einzig und allein die Frage der überseeischen Rohprodukte bliebe noch offen.

Vom Standpunkte der Landwirtschaft steht daher einer Zolleinigung nichts im Wege; dieser Teil der Volkswirtschaft beider Staaten der Monarchie könnte daraus nur Vorteile ziehen und diese Vorteile wären umso ansehnlicher, je besser die Übergangszeit zur Förderung der Landwirtschaft ausgenützt werden würde.

Vom wirtschaftlichen Gesichtspunkte müsste aber *die möglichste Einheitlichkeit der wirtschaftlichen Gesetzgebung* in allen drei Wirtschaftsgebieten gefordert werden, ohne welche eine Zollunion überhaupt nicht möglich wäre.

Bei einer ehrlichen und nur halbwegs ernsten wirtschaftlichen Annäherung ist es doch nicht recht denkbar, dass in den drei Staaten z. B. *grundsätzlich* andere Prinzipien des Gewerbe- und Handelsrechtes, des gewerblichen Urheberrechtes, des unlauteren Wettbewerbes usw. bestehen. Es ist bei einem solchen Verhältnis doch nicht gut möglich, dass, was in dem einen Staate gestattet ist, in dem anderen als Vergehen geahndet werde, oder umgekehrt. Das will nicht so viel heissen, dass die wirtschaftliche Gesetzgebung in allen ihren Einzelheiten ganz gleich sein muss; so weit darf man in den Forderungen nicht gehen, denn damit wäre die Berücksichtigungsmöglichkeit eigener spezieller Verhältnisse genommen. Dies wäre aber ein Fehler. Die schlechten, sich im Leben nicht bewährten Gesetze stammen zumeist eben daher, dass sie in der Regel schlechte Kopien fremder Gesetze sind ohne Berücksichtigung der heimischen Verhältnisse. Aber in den Hauptprinzipien muss eine Einheitlichkeit bestehen, denn ohne einer solchen wäre eine Zollunion überhaupt nicht denkbar. Auch soweit darf man bei Aufstellung dieser Forderung nicht gehen, dass die Steuergesetzgebung in allen Teilen eines Zollvereines gleich sein müsse. Wünschenswert und anzustreben wäre dies schon — insbesondere müssten es Österreich und Ungarn anstreben, wo die Produktion mit Steuern viel stärker

belastet ist, als in Deutschland — aber es kann nicht behauptet werden, dass eine solche Gleichheit unbedingt notwendig wäre. Sowohl der deutsche Zollverein, als auch die österreichisch-ungarische Zollunion widersprechen einer solchen Behauptung, wenngleich es nicht geleugnet werden kann, dass die verschiedenen Steuerbelastungen auf die Produktionsbedingungen ganz erheblichen Einfluss auszuüben geeignet sind und die Konkurrenzfähigkeit stark fördern oder behindern können.

Ebenso verhält es sich mit der sozialpolitischen Gesetzgebung und den daraus sich ergebenden sozialen Lasten. Eine Einheitlichkeit muss zweifellos angestrebt werden, aber doch nicht in solch absoluter Form, wie dies mehrererseits behauptet wird, und am allerwenigsten darf hieraus ein prinzipielles Hindernis für eine Zollunion konstruiert werden. Die Möglichkeit dessen, dass z. B. in einem Staate zollvereinter Länder ein maximaler Arbeitstag für Erwachsene gesetzlich festgestellt ist, in einem anderen Staate aber die Arbeitsdauer frei sei und ähnlicher anderer Verfügungen ist zwar nicht wünschenswert, aber doch geboten. In Österreich und Ungarn besteht diese Verschiedenartigkeit ausserdem auch in der sozialen Belastung. Solche Differenzen werden eben durch die Verschiedenheit der Produktionsbedingungen ausgeglichen, wie wir dies aus eigener Erfahrung feststellen können. Österreich hatte z. B. schon längst eine obligatorische Unfallversicherung, ehe noch in Ungarn daran gedacht worden ist, und doch fand keine Benachteiligung der österreichischen Industrie innerhalb unserer Zollunion statt, es standen ihr andere Vorteile der ungarischen Konkurrenz gegenüber zur Verfügung, welche diese Benachteiligung ausgleichen konnten. Und es wird keinen vernünftigen Menschen geben, der die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie der österreichischen oder ungarischen Industrie gegenüber bezweifeln würde deshalb, weil die deutsche Industrie an Sozialversicherung viel grössere Belastungen zu ertragen hat, als Österreich und Ungarn. Welch andere Arbeitsleistung weist aber der gut versorgte deutsche

Arbeiter unseren Arbeitsleistungen gegenüber auf! Die Frage der sozialen Gesetzgebug und ihrer Lasten erledigt sich übrigens allmählig auch ohne eine Zollunion oder anderweitige wirtschaftliche Annäherung. Kein moderner Staat kann sich für längere Zeit den sozialpolitischen Anforderungen verschliessen. Folgt er dem Gebote der Gerechtigkeit nicht von selbst, werden ihn die Verhältnisse dazu schon zwingen. Ausserdem ist dies ein besonderes Gebiet internationaler Regelung, das künftighin hoffentlich in noch grösserem Masse gepflegt werden wird als bisher.

Prinzipielle Schwierigkeiten können auch in finanzpolitischer Beziehung nicht erhoben werden, obzwar einzelne dieser Fragen sehr schwer zu lösen wären. Es sei diesbezüglich nur auf die Aufstellung der Zolleinnahmen verwiesen, welche eine der allerschwersten Fragen darstellt, denn der vielleicht einzig gerechte Berechnungsschlüssel, der Konsum, ist nicht eruierbar. Die Monopols- und Verzehrungssteuer-Frage ist schon viel leichter, wenn auch nicht so einfach, wie vielerseits ebenfalls gedacht wird; hiefür bestehen aber schon gewisse Einrichtungen, welche wenigstens Anhaltspunkte für deren Lösung geben. Da erübrigt es wirklich nur Zeit, um eine entsprechende Lösung zu finden. Dasselbe gilt von der Valutafrage.

Und schliesslich stehen einer Zollunion auch vom verkehrspolitischen und technischen Gesichtspunkte keine prinzipiellen Hindernisse im Wege, denn die unbedingt notwendige Einheitlichkeit des Tarifsystems und der Tarifpolitik kann gesichert werden. Aber gesichert muss sie werden, weil sonst eine Zollunion prinzipiell unmöglich wäre. Das ist ein Gebiet, welches die weitestgehenden Möglichkeiten bietet, um Produktionsbedingungen auszugleichen oder umzustossen. Mit zielbewusster Handhabung der Tarifpolitik kann jede Zollpolitik vereitelt werden.

Das gesteckte erste Ziel hätten wir somit in seinen wichtigsten Punkten und ganz allgemein beleuchtet; in weitere Details einzugehen, wäre hier nicht am Platze. Als Ergebnis

dieser Betrachtungen kann festgestellt werden, *dass das anzustrebende erste Ziel, die gegenseitige wirtschaftliche Ergänzung durch eine so gedachte Zollunion, erreicht werden könnte und einer solchen Zollunion vom wirtschaftlichen Gesichtspunkte keine prinzipiellen Hindernisse im Wege stünden.*

Im Anschlusse hieran müssen wir uns aber die Frage stellen, ob diese Lösung zeitlich wohl möglich ist und ob die hiezu zur Verfügung stehende Zeit zur Lösung dieser Angelegenheit genügend wäre, ganz abgesehen hiebei von den schon erwähnten politischen und staatsrechtlichen Gesichtspunkten, welche dieser Form im Wege stehen.

Diese Frage muss unbedingt verneint werden. Zur Lösung jenes enormen Komplexes von wirtschaftlichen Angelegenheiten, welche im Obigen nur ganz flüchtig angedeutet wurden, sind Jahre notwendig, denn wir haben es nicht nur mit ganz verschiedenen Verhältnissen und Bedingungen zu tun, sondern auch mit drei Regierungen und Gesetzgebungen, und was das bei wirtschaftlichen Verhandlungen heisst, braucht im besonderen in unserer Monarchie nicht ins hellere Licht gestellt zu werden. Wer diese Materie nur halbwegs kennt, wird sich keinen Illusionen hingeben, dass die uns zur Verfügung stehende Zeit auch nur zur prinzipiellen Klärung eines Teils dieser Fragen genüge. Er wird uns darin zustimmen, dass nicht nur vom industriellen Standpunkte eine längere Übergangszeit Not tut, welche nebstbei die Landwirtschaft begünstigt, sondern dass eine solche nebstbei von diesem Gesichtspunkte unabweisbar ist.

Wenn dem aber so ist, drängt sich die Frage von selbst auf: welche Lösung ist nun geeignet, beziehungsweise möglich, das zu erstrebende Ziel, die gegenseitige wirtschaftliche Ergänzung, erreichen zu können?

Unserer Ansicht nach, die sich auch auf hervorragende deutsche und österreichische Meinungen stützt, *ist es das System preferentieller Behandlung auf möglichst weiten Gebieten des wirtschaftlichen Lebens, ein ganz spezielles, der*

KÖNYVTÁR EPVISELŐHÁZ

Eigenartigkeit unseres Bündnisses und unserer Verhältnisse angepasstes Vertragsverhältnis auf längere Dauer mit dem Bestreben, allmählich die Schranken der wirtschaftlichen Trennung überall aufzuheben, wo diese nicht unumgänglich notwendig sind. Was diesbezüglich mit Zwischenzöllen erreicht werden will, das können — wie schon erwähnt — auch Vorzugszölle leisten. Die gegenseitige Zollfreiheit, wo eine solche möglich ist, und wo der heutige Zollschutz ohnedies keinen Schutz mehr gewährt, ferner ermässigte Zölle mit Abbautendenz sollen das Grundprinzip sein, Zollerhöhungen aber nur ausnahmsweise eintreten, wo es eben unausweichlich ist. In einzelnen Beziehungen wird auch das nicht zu vermeiden sein. Nur so ist eine wirtschaftliche Annäherung gut denkbar. In der Gesamtheit der industriellen Produktion muss der Ausgleich industrieller Interessen gesucht und gefunden werden. Wie weit sich dieses System anwenden lässt, kann nur von Tarifposten zu Tarifposten bestimmt werden, da ist weitestgehende Detailarbeit notwendig. *Aber die preferentielle Behandlung darf sich nicht nur auf die Zölle beschränken, sie muss sich auf möglichst weite Gebiete des wirtschaftlichen Lebens erstrecken, ganz als ob eine Zollunion zwischen unseren Staaten bestände.* Vor allem auf das Verkehrswesen, auf die Tarifpolitik aller Staatseisenbahnverwaltungen, um eine möglichst einheitliche Tarifpolitik anzubahnen. Die Ungleichheit der wirtschaftlichen Gesetzgebung muss auch während der Dauer dieses Systems möglichst ausgeglichen werden und auf möglichst allen Gebieten des wirtschaftlichen Lebens müssen Abkommen abgeschlossen werden, welche ein Reziprozitätsverhältnis anbahnen und den gegenseitigen Verkehr erleichtern.

Nur ein solches Preferential-System ermöglicht eine ernste wirtschaftliche Annäherung auf völkerrechtlicher Grundlage und gewährleistet fast dasselbe, was mit einer Zollunion mit Zwischenzöllen geplant wird, ohne deren unüberwindliche politische und staatsrechtliche Schwierigkeiten, ohne Hoheitsrechte überhaupt zu berühren. *Es würde eine Art wirtschaftlichen Bündnisses darstellen mit Aufrechterhaltung voller staatsrechtlicher Selbständigkeit aller Teile.* Eine solche Annäherung kann dem politischen Bündnisse nur Vorteile bringen, denn sie stützt sich neben den Gefühlsmomenten auf gegenseitige Interessen, sie stellt die Verkörperung der Interessengemeinschaft dar und stösst auch auf keine zeitlichen Hindernisse.

Wir übergehen nun auf das zweite Ziel: *möglichst einheitliche Handelspolitik anderen Staaten gegenüber und die gemeinsame Ausnützung der sich hieraus ergebenden Vorteile.*

Auch diesbezüglich wäre eine Zollunion mit gemeinsamer Aussengrenze die einfachste und radikalste Lösung. Sie bedingt einen gemeinsamen Aussenzolltarif, gemeinsame Verhandlungen mit anderen Staaten und Gemeinsamkeit in der Gesetzgebung.

Der gemeinsame Zolltarif mag mit sehr grossen Schwierigkeiten verbunden sein, da die handelspolitische Grundtendenz einerseits in Deutschland, andereseits in Österreich und in Ungarn verschieden ist, doch kann das Zustandekommen eines solchen gemeinsamen Aussenzolltarifs nicht für unmöglich gelten. Im Interesse des grossen Zieles müssen die Gegensätze ausgeglichen werden und wenn man gegenseitig Garantien für die gesamten industriellen und landwirtschaftlichen Interessen schafft, müssen die Einzelinteressen in den Hintergrund treten. Ohne Opfer von rechts und links kann diese Frage natürlich nicht gelöst werden. Wollen wir aber das Ziel, müssen wir auch auf Opfer gefasst sein. Welche Form der Annäherung immer gewählt werden soll, ohne gegenseitige Opfer wird sie nicht möglich sein. Der Gemeinsame Zolltarif könnte daher kein Hindernis bilden und dies umsoweniger, als doch für den gegenseitigen Verkehr für die Übergangszeit Zwischenzölle zur Verfügung stehen würden.

Wie würde sich aber die Situation in Bezug auf die handelspolitische Gesetzgebung und auf die Bewegungsfreiheit

des Zollvereins gestalten? Im deutschen Zollverein sind diese Angelegenheiten sehr schön geregelt, konnten auch leicht geregelt werden, denn sie sind einfach zu Reichsangelegenheiten gemacht worden und damit war die Einheitlichkeit des ganzen Vorganges gesichert. Der autonome Zolltarif wird durch den Reichtstag festgestellt; die Handelsverträge mit anderen Staaten werden durch die Reichsregierung verhandelt und abgeschlossen. Deren Ratifikation bedingt nur die Annahme durch den Reichtstag und ihre Gültigkeit erstreckt sich damit auf das ganze zollvereinte Reich. Die Rolle des Bundesrates in allen diesen Stadien ist eine rein interne, somit für unseren Fall ohne besondere Bedeutung.

Ist eine solche Lösung im Verhältnis von zwei Grossmächten und dabei drei ganz selbständigen Staaten aber möglich, wo jeder einzelnen Staatsregierung und jeder einzelnen Gesetzgebung dasselbe Recht zusteht, wie im deutschen Zollverein der Reichsregierung und dem deutschen Reichstag? Ist unsere handelspolitische Bewegungsfreiheit in der Monarchie nicht eben deshalb schwerfällig, weil wir es mit zwei voneinander naturgemäss unabhängigen Regierungen und Gesetzgebungen zu tun haben? Für einen Bund von Staaten mit gemeinsamer Reichsorganisation war die Einheitlichkeit von sich selbst gegeben, aber wie ist dies für drei voneinander ganz unabhängige Staaten möglich? Hier begegnet der Unionsplan wieder einer staatsrechtlichen Schwierigkeit, deren Beseitigung nicht möglich ist. Die einzige konkrete Anregung, welche uns diesbezüglich bekannt ist, bezieht sich auf die Errichtung eines gemeinsamen Zollparlamentes, natürlich mit Majoritätsprinzip. Alle drei Gesetzgebungen der zollvereinten Staaten müssten ihres Rechtes entsagen, die staatliche Souveränität in dieser Beziehung auszuüben und müssten dieses Recht auf einen gemeinsamen Faktor übertragen, welcher Gesetze für die drei Staaten erbringen würde. Es kann nicht als ganz ausgeschlossen betrachtet werden, dass der Krieg hier und dort auch etwa staatsrechtliche Probleme aufrollen wird,

aber dass solche Umwälzungen möglich werden sollen, das dürfte nicht wahrscheinlich sein. Wenn es aber auch möglich wäre, wie würden sich dabei die Verhandlungen mit anderen Staaten praktisch gestalten? Da müssten doch drei Regierungen beschliessen. Was das aber heisst, wissen wir zu gut bei nur zweien.

Und wie würden sich hier die Hoheitsrechte gestalten? Es ist leichter, solche Pläne zu propagieren, als sie durchzuführen!

Ist es daher auch vom Gesichtspunkte des uns gestellten zweiten Zieles nicht entsprechender, die Form des erwähnten Preferentialsystems als Lösung zu wählen? Sie bietet allerdings nicht alle jene Vorteile, wie eine Zollunion, begegnet aber auch jenen Hindernissen nicht, welche dieser im Wege stehen. Dabei ist dieses System aber doch geeignet, jenes Ziel zu erreichen, dass die drei Staaten anderen Staaten gegenüber gemeinsam auftreten und sich gemeinsam Vorteile bei Abschluss von Handelsverträgen sichern, welche sonst nicht möglich wären, wenn sie miteinander nicht kooperieren würden.

Wie sollen diese Vorteile nun gesichert werden? Vor allem muss nach möglichst einheitlichen Zollschemas, einer möglichen Annäherung der autonomen Zolltarife und einheitlicher Zollgesetze getrachtet werden. Ist schon ein gemeinsamer Zolltarif nicht unmöglich, muss dies naturgemäss als viel leichter durchführbar gelten, denn in diesem Falle ist die absolute Einheitlichkeit nicht eben notwendig; nur grosse Abweichungen sollen möglichst vermieden werden. Eine besondere Schwierigkeit besteht daher nicht. *Dann muss vereinbart werden, dass wir Handelsverträge mit anderen Staaten nur gleichzeitig bei gegenseitiger Unterstützung, also im Einvernehmen abschliessen werden. Das bedeutet natürlich nicht so viel, dass, falls Deutschland z. B. mit einem exotischen Staat einen Handelsvertrag abschliessen will, weil es sein Interesse so fordert, wir aber keinerlei wie immer geartetes Interesse daran haben, auch einen solchen Vertrag abschliessen müssen.*

Nur wo Verträge abgeschlossen werden, soll es im gegenseitigen Einvernehmen, mit gegenseitiger Kooperation geschehen. Auf diese Weise bewahrt jeder Staat seine volle handelspolitische Selbständigkeit, es entstehen keine politischen Schwierigkeiten, und doch ist es möglich, nicht nur das ganze Gebiet von fast 120 Millionen Menschen sich gegenseitig zu sichern, sondern alle jene Vorteile zu erreichen, welche von einer Union mit vollem Rechte erwartet werden. Während aber die erwünschte und allerdings radikalste Lösung der Zollunion als nicht durchführbar erscheint, ist dieses Preferentialsystem realisierbar und damit die Möglichkeit geboten, eine wirtschaftliche Annäherung zu erreichen, welche beide mit derselben zu erreichende Ziele zu garantieren geeignet ist und welches überdies auch jenem Grundprinzip, das politische Bündnis wirtschaftlich zu ergänzen und zu stärken, entspricht.

Wir stehen mit dieser Ansicht nicht allein. Hervorragende deutsche und österreichische Berufs-, und Wirtschaftspolitiker, grosse wirtschaftliche Organisationen Deutschlands, Österreichs und Ungarns kamen bei genauer Prüfung der Frage, bei der Detailbehandlung der Materie zu demselben Resultate, darunter auch Meinungen, welche ursprünglich für eine Zollunion eintraten, schliesslich aber zur selben Überzeugung gelangten, dass unter den gegebenen Verhältnissen dieses Preferential-System das entsprechendste sei. Nicht nur weil seiner sofortigen Verwirklichung nichts im Wege steht; nicht nur, weil es auf gegenseitige Interessen aufgebaut ist und den derzeitigen wirtschaftlichen Verhältnissen am besten entspricht, sondern aus deshalb, weil es nach der Abbauzeit sämtliche Vorteile einer Union bietet, und dabei jegliche politische und staatsrechtliche Schwierigkeit ganz beseitigt und dabei noch den grossen Vorzug hat, — welche eine Union nicht zu bieten vermag, oder zu mindest viel schwerer — *in dieses System auch unseren dritten und vierten Kriegsverbündeten, die Türkei und Bulgarien aufzunehmen,* beziehungsweise es unter bestimmten, näher festzustellenden Bedingungen auch auf

diese Gebiete ausdehnen zu können. Damit aber eröffnen sich wirtschaftliche Möglichkeiten, welche sowohl für das Deutsche Reich, als auch für Österreich und Ungarn von ganz ausserordentlicher Bedeutung sind.

Ein ganz besonderer Vorteil dieses Systems besteht eben in seiner Ausdehnbarkeit. *Es kann politischen und wirtschaftlichen Gliederungen, welche der Krieg vermutlich zur Folge haben wird, angepasst werden, natürlich nur im gegenseitigen Einvernehmen, unter Berücksichtigung gegenseitiger wirtschaftlicher Interessen.*

Demgegenüber ist es aber an die Grundbedingung geknüpft, dass es andere Staaten unter dem Titel der Meistbegünstigung nicht in Anspruch nehmen dürfen; es ist daher als Ausnahme von der regelmässigen Meistbegünstigung gedacht. Dies kann auch als einzige Einwendung entgegen gestellt werden, indem es — bei allgemeiner Aufrechterhaltung des Meistbegünstigungs-Systems — nach manchen Auffassungen eventuell gewisse Schwierigkeiten bei Abschluss von Handelsverträgen mit anderen Staaten verursachen kann. Nun lässt sich aber diese Schwierigkeit — wenn sie bestehen sollte — in ihrer Wirkung sehr erheblich einschränken. Sämtliche Grossmächte der Welt — mit Ausnahme der Vereinigten Staaten von Nordamerika — stehen in Kriege verwickelt. Alle diese Grossmächte werden daher an den Friedensverhandlungen beteiligt sein, bei welchen den handelspolitischen Fragen unbedingt eine sehr grosse Rolle zufallen wird. Da dürfte die Möglichkeit gegeben sein, ins Friedensinstrument Verfügungen aufzunehmen, wonach unser handelspolitisches Verhältnis eine Ausnahme vom Meistbegünstigungs-System bildet. Schon die grosse Ausdehnung unserer gemeinsamen Grenze mit Deutschland, die keinem anderen Land gegenüber mehr erreicht wird, rechtfertigt dieses Verhältnis. Würden unsere Feinde aus dem Kriege siegreich hervorgehen, würden sie zumindest dasselbe Recht für sich beanspruchen. Gegen diese Forderung können sie daher keinen ernsten Widerstand leisten.

Und dies umso weniger, als dieses System sich eigentlich von einer Unionsform — abgesehen von der einheitlichen Aussengrenze — in seinem *wesentlichen* Inhalte nicht so stark unterscheidet, dass dagegen ernster Widerspruch erhoben werden könnte. Was aber andere, an den Friedensverhandlungen nicht beteiligte Staaten anbelangt, gibt es so viel Auswege in den Details, dass die Befürchtung einer Hemmung handelspolitischer Bewegungsfreiheit nicht voll begründet erscheint, wie denn auch gewichtige deutsche Stimmen dafür eintreten, dass diese Befürchtung unbegründet ist. Es soll diesbezüglich nur auf die jüngsten Publikationen des bekannten deutschen Nationalökonomen Prof. Dr. Julius Wolff verwiesen werden.*) Allerdings fehlt es auch an solchen nicht, die entgegengesetzter Meinung sind und zur Begründung ihres Standpunktes auf den Fall Deutschlands mit den Vereinigten Staaten wegen Canada verweisen, wo Deutschland seinen Willen auch nicht durchsetzen konnte. Doch liegt die Sache heute ganz anders und nach dem Kriege dürfte England mit seinen Kolonien dasselbe tun. Wir werden diesbezüglich nicht allein stehen, wie wir mit diesem System auch heute nicht allein stünden, denn es gibt hiefür schon genügende Präzedenzfälle, so dass es sich um kein Novum handeln würde. Und dann gibt es doch viele Möglichkeiten, der Meistbegünstigung aus dem Wege zu gehen. Von den vielen Möglichkeiten möchten wir hier nur eine ganz kurz gestreift haben, jene des Veredlungsverkehrs, eventuell die entsprechende Anwendung des sich im Deutschen Reich so sehr bewährenden Einfuhrschein-Systems.

Bei Behandlung dieser Frage begegnen wir oft der Entgegnung, dass Österreich und Ungarn im Verhältnisse zum Deutschen Reiche doch nur eine untergeordnete Rolle einnehmen, indem sie beim Exporte insgesamt nur 11·6%, beim

*) Die wirtschaftliche Verankerung des Bündnisses. Nord und Süd 1915. Oktoberheft und „Ein Deutsch-Österreichisch-Ungarischer Zollverband", München 1915.

Importe nur 7·8% repräsentieren, während die anderen Staaten 88·4%, beziehungsweise 92·2%. Diese Argumentation ist aber nicht stichhältig. Erstens wird sich dieses Verhältnis nach dem Kriege gründlich ändern, unsere Verhältniszifer im Exporte Deutschlands zu uns wird eine starke Steigerung erfahren. Aber abgesehen hievon, können die Staaten des Krieges nicht mitgerechnet werden, denn die Voraussetzung dieses Systems bildet doch eben unser entscheidender Sieg und damit in Verbindung der Umstand, dass die gegenseitig einzuräumende wirtschaftliche Vorzugsstellung durch die beteiligten Mächte im Friedensinstrument in entsprechender Form anerkannt werden soll. In diesem Falle entfallen aber im Exporte Deutschlands 43·3%, im Importe 44·6%, und dann bleibt kein Staat der ganzen Welt, bei welchem der deutsche Export so stark interessiert wäre, wie bei Österreich und Ungarn. Selbst der Export Deutschlands nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika ist nur 7·8%, den 11·6% nach der Monarchie gegenüber. Nur beim Import nach Deutschland stehen die Vereinigten Staaten mit 14·8% an erster Stelle.

Von welchen Staaten kann daher die Rede sein? Von England kaum, denn abgesehen von seiner Beteiligung an der Friedenskonferenz, wo diese Frage prinzipiell zu lösen sein wird, dürfte England, allem Anscheine nach, nach dem Kriege ein gleiches oder ein ähnliches System mit seinen Kolonien einführen. Auch von Russland kann keine Rede sein; auch dieser Teil der Frage muss bei den Friedensverhandlungen seine Lösung finden. Oder soll die Schweiz diesbezüglich Schwierigkeiten bereiten? Das ist kaum anzunehmen, zumal die wirtschaftlichen Interessen im gegenseitigen Interesse unserer zwei Staaten im Verkehr mit Deutschland ganz andere sind, als jene der Schweiz mit Deutschland und uns, und jenes enge Gebiet, wo ein Interessengegensatz entstehen könnte, leicht überbrückt werden kann. Alle anderen Staaten, mit Ausnahme der Vereinigten Staaten, sind mehr oder weniger untergeordneter Natur, bei einem Teil derselben bietet sogar

ihre geographische Lage die Möglichkeit von Handelsbeziehungen, welche durch unsere gegenseitige Vorzugsstellung nicht berührt werden. Was aber die Vereinigten Staaten anbelangt, sind es eben diese, welche das System der Meistbegünstigung längst durchlöchert haben, daher kein Recht zu Beanstandung des Vorzugssystems haben können. Andererseits muss mit einer weiteren Ausbreitung ihres bekannten handelspolitischen Systems den südamerikanischen Staaten gegenüber gerechnet werden, daher die Grundlage für einen Einspruch noch mehr fehlen dürfte, und zweitens muss es zumindest fraglich sein, ob der Krieg eben den Vereinigten Staaten gegenüber nicht eine ganz andere handelspolitische Situation schaffen wird, welche nicht so leicht von der Hand gewiesen werden könne, und zwar in erster Reihe eben von deutscher Seite. Denn nach dem Kriege werden alle an demselben mittelbar oder unmittelbar beteiligten Staaten mit einer fast unerträglichen Belastung dastehen, welche naturgemäss ihre industrielle Produktion am stärksten treffen, daher ihre Konkurrenzfähigkeit unbedingt beeinflussen wird. Demgegenüber werden die Vereinigten Staaten von Kriegsfolgen unberührt, ja von den Kriegsfolgen wirtschaftlich und finanziell enorm gestärkt dastehen; ungezählte Milliarden des Krieges befruchten die amerikanische Industrie und während die kriegführenden Staaten nach Friedensschluss auch noch die Schwierigkeiten der Rohmaterialbeschaffung zu bekämpfen haben werden, wird die amerikanische Industrie vollkommen gerüstet dastehen und Europa mit seiner Industrie einfach überfluten. Die Vorzeichen hiefür treten schon während des Krieges in Erscheinung. Ob unter solchen Umständen Deutschland — welches neben England durch diese Konkurrenz am stärksten berührt sein dürfte — nicht gezwungen sein wird, den Vereinigten Staaten gegenüber seine Handelspolitik einer Revision zu unterziehen, das möchten wir dahingestellt lassen.

Und drittens sei nochmals darauf verwiesen, dass es sich in unserem Bevorzugungssystem nicht bloss um Vorzugszölle

handelt, sondern um eine Bevorzugung auf dem gesamten wirtschaftlichen Gebiete, somit um ein wirtschaftliches Verhältnis, wie es ausserhalb der österreichisch und ungarischen Zollunion nirgends noch besteht; dass es eine Art wirtschaftlichen Bündnisses ist, auf welches keinerlei Meistbegünstigung Anwendung finden kann.

Schliesslich sei den erwähnten Bedenken gegenüber nochmal auf die grosse Anpassungsfähigkeit des Systems verwiesen, auch ein Umstand, welcher von solch grosser Bedeutung eben für Deutschland sein muss, dass demgegenüber die erwähnten Bedenken schwerlich zur Geltung kommen können.

Nur Licht ohne Schatten gibt es eben nicht. So hat dieses Preferentialsystem auch seine Schattenseiten. Wie gering sind aber diese den Lichtseiten gegenüber!

Dieses Preferentialsystem bildet daher — unserer Ansicht nach — jene Lösung der wirtschaftlichen Annäherung, welche unter den gegebenen Verhältnissen sowohl für Deutschland, als auch für Österreich und Ungarn als am entsprechendsten angesehen werden kann, und es wäre zu wünschen, dass sich alle politischen und wirtschaftlichen Kreise darin einigen, damit wir einig im Ziele, auch den dahin führenden Weg mit vereinten Kräften anbahnen und ebnen.

Nicht, was gewünscht wird, ist auf wirtschaftlichem Gebiet massgebend, sondern was möglich ist. Vergebens wünscht man mehr, wenn es nicht erreicht werden kann; damit werden höchstens Ansprüche erweckt, welche nicht befriedigt werden können. Es widerspricht aber auch den Anforderungen jeder Realpolitik, Ziele zu verfolgen, die nicht erreichbar sind. Das kann eventuell ein Bestreben der weiteren Zukunft bilden, aber keine Aufgabe der Gegenwart sein. Der Weg zur Zukunft kann doch nur durch die Gegenwart führen. Wer daher die Bedingungen der Gegenwart nicht befriedigt, kann den Weg zur Zukunft nicht finden. In der Politik gibt es auch ideale Ziele, deretwegen man der Gegenwart entsagt und die Vor-

bereitung der Zukunft anderen überlassen muss. Im wirtschaftlichen Leben aber haben nur reale Ziele Berechtigung. Ideale Ziele sind auch hier ehrenwert, jedoch ohne praktische Bedeutung. Die wirtschaftliche Annäherung an das Deutsche Reich ist aber von eminentem praktischen Wert, daher müssen wir uns auch nur auf praktische Mittel beschränken, wenn es da heisst, dieses Ziel zu erreichen.

Zwar ist es unsere feste Überzeugung, dass der Weg des erwähnten Bevorzugungssystems gangbar sein wird, und wir vereint mit Deutschland alle Schwierigkeiten beseitigen werden, welche sich dem in den Weg stellen können; glauben wir doch bei Behandlung der Frage alle Eventualitäten ins Auge fassen zu müssen und somit auch jene Möglichkeit, dass unsere Erwartungen in handelspolitischer Beziehung doch nicht so ausfallen, wie wir sie erhoffen und wünschen. Diese Eventualität könnte nur das Nichtgelingen der Meistgünstigungsbeschränkung sein. Auch für diese Eventualität müssen wir gewappnet dastehen, unvorbereitet darf uns auch diese nicht wahrscheinliche Eventualität keinesfalls treffen.

Für diesen Fall bliebe leider nur die vierte Lösungsform zur Verfügung: ein verbesserter Handelsvertrag. Wenn keine günstigere Lösung möglich sein sollte, werden wir gezwungen sein, uns auch mit dieser Form abzufinden. Bei ihrer Lösung wird getrachtet werden müssen, alle Möglichkeiten auszunützen, welche sich überhaupt nur darbieten, um auch dieser Lösung einen Inhalt zu geben, der dem Geiste einer engeren Annäherung entspricht und eine weitere Annäherung vorzubereiten geeignet ist.

Für diesen Fall muss es als erste Bedingung gelten, dass der abzuschliessende Vertrag sich schon durch seine Dauer von allen unseren anderen Verträgen unterscheide und dass schon in dieser Dauer zum Ausdrucke gelange, wie unser wirtschaftliches Verhältnis zu Deutschland ein ganz anderes ist, als zu allen anderen Staaten. Wenn Deutschland und wir mit anderen Staaten in der bisherigen Weise wieder zehn-

jährige Verträge abschliessen sollten, müsste unser Handelsvertrag für jene Zeitdauer abgeschlossen werden, die bei Durchführung eines kompletten Bevorzugungssystems in Frage gekommen wäre. Wir müssen der Welt auch in dieser Lage Beweise der Eigenartigkeit unseres Verhältnisses liefern.

Die möglichste Einheitlichkeit des Zolltarifes, des Zollschemas und der Zollgesetze, das Bestreben auf Einheitlichkeit der gesamten wirtschaftlichen Gesetzgebung, die verkehrspolitischen und tarifarischen Abmachungen, die veterinärpolizeilichen Begünstigungen usw. müssten ebenso geschehen, als wenn wir das Bevorzugungssystem in allen seinen Einzelheiten durchgeführt hätten. Dieses Gebiet des wirtschaftlichen Lebens fällt unter keinerlei Meistbegünstigung. Dasselbe Gebiet des wirtschaftlichen Lebens eröffnet sich auch für diesen Fall; nur in Bezug auf die Meistbegünstigungsfrage würden wir uns dabei anders einzurichten haben, als wenn das ganze Preferentialsystem in Anwendung stünde. Auch die finanzpolitischen Abmachungen und die Bedingung der Kooperation bei Abschluss von Handelsverträgen mit anderen Staaten und der gleichzeitige Abschluss derselben blieben dieselben. Nichts dürfte sich dabei ändern, nur eben bei den Zolltarifsposten müssten Einschränkungen vorgenommen werden vom Gesichtspunkte der Meistbegünstigung. *Da steht aber der Handelspolitik ein ganzes Arsenal von Mitteln zur Verfügung, wie es möglich ist, dass die Begünstigungen, welche wir uns gegenseitig einräumen, trotz der Meistbegünstigung von anderen Staaten kaum in Anspruch genommen werden können. Die Grenzbegünstigungen auf weite Gebiete erstreckt, weitgehende Spezialisierung und nähere Bezeichnungen einzelner Tarifposten, spezielle Streckenbegünstigungen, verschiedene Systeme von Veredlungsverfahren, das schon erwähnte Einfuhrscheinsystem* und noch andere Mittel gibt es in Fülle, welche wir in Anwendung bringen können, ohne Gefahr zu laufen, dass sie in das Meistbegünstigungssystem stossen.

Alle diese Mittel und noch viele andere stehen auch für

den Fall des Preferentialsystems zur Verfügung, ohne vom Gesichtspunkte der Meistbegünstigung bekämpft werden zu können. Sie bilden eingentlich auch kein handelspolitisches Novum, nur ihre Anwendung würde unseren speziellen Verhältnissen entsprechend geschehen. Die Eigenart dieses Verhältnisses ist es ja, für welche eine entsprechende wirtschaftliche Form gefunden werden muss und wir wollen es auch niemandem verhehlen, dass wir diese Form suchen und für alle Fälle anstreben. Die Eigenart dieses Venhältnisses ist unser Bündnis, zu dessen Stärkung wir die wirtschaftliche Annäherung, die Form unserer wirtschaftlichen Ergänzung suchen. Wir werden sie finden, weil wir sie finden wollen. Wir müssen sie finden, weil wir sie benötigen, um allen Eventualitäten der Zukunft gegenüber gewappnet dazustehen. Wie wir gegen den bewaffneten Überfall einer Welt mit unserem treuen Verbündeten politisch und militärisch vorbereitet dastanden, müssen wir allen Anfeindungen auch wirtschaftlich vereint die Stirne bieten können. Wie alle Anstösse an unerer vereinten militärischen Kraft zurückprallen, müssen auch alle wirtschaftlichen Versuche unserer Feinde scheitern an unserer wirtschaftlichen Organisation.

Der Krieg hat unsere feste Gegenwart bewiesen, der Frieden wird im Bündnis mit Deutschland gefestigt und wirtschaftlich gestärkt unsere unerschütterliche Zukunft bekunden.

*

V.

Mitteleuropa in ungarischer Beleuchtung.*)

Wir treten bereits in das dritte Viertel des zweiten Kriegsjahres und noch immer stehen wir fast erst in der Mitte dieses schrecklichen, aller Menschlichkeit und Kultur Hohn sprechenden Krieges, noch immer ist sein Ende nicht erforschbar. Mehr als drei Millionen tapferer Kieger-Leichen bedecken die Kriegsschauplätze, etwa ebensoviel kriegsunfähige, bis vor Kriegsausbruch gesunde Arbeitskräfte muss die Volkswirtschaft entbehren, weil sie zu Kriegskrüppeln geworden oder mit stark verminderter Arbeitskraft aus dem Krieg zurückgekehrt sind, über 180 Milliarden Kronen an Kriegskosten mussten geopfert werden, ungezählte Milliarden Werte mussten zu Grunde gehen und noch immer ist es nicht genug, der Krieg muss weiter gführt werden. Hass und Neid sind mit all' diesen schrecklichen Opfern noch immer nicht gesättigt, „Deutschland wird eher durch den ökonomischen als irgend einen anderen Druck von der Zwecklosigkeit, den Kampf fortzusetzen, überzeugt werden", so äusserte sich erst jüngst im englischen Unterhause der englische Handelsminister.

England hat den Krieg gewollt und Deutschland soll von dessen Zwecklosigkeit überzeugt werden müssen! Englands Hass und Neid ging so weit, dass, als ein berühmter Professor von Oxford vor etwa einem Jahre in einem öffentlichen Vortrag darüber sprach, dass die österreichisch-ungarische Monarchie und Deutschland verhungern müssen, dass also Frauen und

*) Vortrag gehalten am 6. Februar 1916 in Brassó, im evang. sächsischen Kriegsgemeindabend.

Kinder dem Hungertode ausgesetzt sind, die beim Vortrage anwesenden Damen aus den obersten Schichten der Gesellschaft, Marquisen und Herzoginnen jubelten und in die Hände klatschten.

Der Deutschenhass unterdrückte bei ihnen jedes menschliche Gefühl. Englands Hass und Neid fordert weitere Opfer an Millionenleben und weitere Milliarden an Kriegskosten, Englands Hasspolitik hindert die anderen Kriegführenden an der Suche nach einem Ausweg und doch soll Deutschland daran Schuld sein, dass das weitere Blutvergiessen kein Ende nehmen will.

Der Ausgangspunkt des Krieges verhindert dessen Beendigung. Hass und Neid brachen den Weltfrieden, derselbe Hass und Neid lassen den Frieden nicht wieder herstellen. Staaten und Völker wurden ins Verderben gestürzt, nicht die geringste Hoffnung einer Auferstehung kann für sie ohne dem Wohlwollen der Zentralmächte bestehen, ja neue Opfer werden herangezogen, aber das schrecklichste aller Weltunglücke darf kein Ende nehmen, bis Hass und Neid nicht befriedigt werden, bis deutsche Kultur und deutsche Arbeit nicht vernichtet darniederliegen. Was Millionenheere und alle Kriegstechnik nicht vermochte, Deutschland und Österreich-Ungarn auf den Schlachtfeldern zu bekämpfen, das soll wirtschaftlich errungen werden, Deutschland muss in seiner Macht gebrochen sein, die Waffen dürfen nicht gestreckt werden, ehe Deutschland nicht in voller Demütigung sich von England den Frieden erbittet. Das Volk der ruhigen Besinnung, das Volk der kaltblütigen Krämernatur wird auf einmal phantastisch. Auch eine ganz besondere Eigentümlichkeit in diesem Kriege, wie wir deren gar manche mitmachen konnten!

Welche Phantasie gehört dazu, glauben zu können und auch andere glauben machen zu wollen, dass ein Reich wie Deutschland mit dieser Kraftentfaltung niedergerungen werden kann! Welche suggestive Kraft ist dazu nötig, wie erschlafft muss jener Organismus schon sein, dem es beizubringen ist,

dass ein Volk wirtschaftlich besiegt und niedergerungen werden kann, welches im Kriege imstande ist aus eigenem Antriebe eine Milliarde Mark an Gold aus seinem privaten Eigentum der Bank zuzuführen, sein Gold, das heute teurer ist, als je, in Papier einzutauschen; ein Volk, welches jährlich sein Nationalvermögen um rund zehn Milliarden Mark vermehrt und für Kriegskosten innerhalb einer kurzen Spanne Zeit von anderthalb Jahren 36 Milliarden Mark spielend aufzubringen vermag, dabei aber seine Spareinlagen auch während des Krieges auf mehr als 20 Milliarden zu steigern vermochte! Welche Überhebung gehört dazu, ein Volk wirtschaftlich niederringen zu wollen, welches in diesem Kriege eine Manneszucht bewies, wie vielleicht kein anderes der Welt, indem es seinen Brotkonsum um mehr als die Hälfte einschränkte, von monatlich einer Million Tonne auf nicht ganz die Hältfe und dies freiwillig, ohne besondere Zwangsmassregel!

Wären unsere verbündeten Heere nicht auf allen Kriegsschauplätzen Herren der Situation, auch dann könnte von einer wirtschaftlichen Niederringung keine Rede sein; Nationen, wie die deutsche, die ungarische, oder Völker, wie die österreichischen, die eine solche Manneszucht entfalten, wie dies der Krieg bewiesen, können in ihren wirtschaftlichen Interessen geschädigt werden, sie werden es auch, aber wirtschaftlich niedergerungen können sie nicht werden.

Der Krieg an und für sich bedeutet schon eine ganz beträchtliche Schädigung wirtschaftlicher Interessen, auch ohne besonderes Hinzutun unserer Feinde, um wie viel stärker kann diese Schädigung zufolge der wirtschaftlichen Tendenzen des Krieges werden! Nicht betreffs der verderblichen Aushungerungstendenz, welche sich bisher als wirkungslos erwies und sich auch fürderhin so erweisen wird, sondern in den eigentlichen wirtschaftlichen Beziehungen. Hierüber dürfen wir uns keinen Illusionen hingeben. Ich verweise nur auf den völlig unterbundenen Auslandsverkehr, auf die Stockung des Warenaustausches und demzufolge auf die enorm zunehmende Passi-

vität der Handels- und Zahlungsbilanz, welche die Entwertung unseres Geldes zur Folge hat. Eine Erscheinung, welche in allen kriegführenden Staaten zu Tage tritt, am stärksten in Russland, am allerwenigsten, zufolge seiner Beherrschung der Seewege allerdings in England, welche aber selbst dort nicht ohne Wirkung blieb. Und wenn das Deutsche Reich auch einen Exportausfall von rund 5 Milliarden Mark, also fast 50 Prozent, seines Gesamtexportes im Kriegsjahre zu verzeichnen hat, wovon auf die feindlichen Staaten und ihre Kolonien allein 4 Milliarden entfallen, so steht demgegenüber die starke Beschäftigung der deutschen Industrie für Kriegszwecke, welche im ersten Kriegsjahre auf 8 Milliarden Mark geschätzt wird. Wie stellt sich aber die diesbezügliche Lage für England und Frankreich? Trotzdem England und mit ihm unsere Feinde die Meere beherrschen. weist der Export Englands einen montalichen Ausfall von 1200, der französische von 500 bis 600 Millionen Kronen auf und während in Deutschland der starke Exportausfall durch den inländischen Kriegsbedarf ausgeglichen wird, steht demgegenüber bei unseren Feinden die enorme Importzunahme amerikanischer Kriegsindustrie, welche im Kriegsjahre fast die Summe von 10 Milliarden Kronen erreichte.

Die wirtschaftlichen Schäden des Krieges haben alle kriegführenden Staaten zu verspüren, am allerwenigsten aber wir Zentralmächte, nachdem wir uns in unseren wirtschaftlichen Beziehungen gegenseitig ergänzen können. Diese Ergänzung im Kriege bildet den Ausgangspunkt für die fernere Zukunft für die Zeit nach dem Kriege, wo voraussichtlich unsere Feinde nichts unversucht lassen werden, um mit einem wirtschaftlichen Krieg einzusetzen. Ich halte zwar nicht viel von einem solchen Krieg und insbesondere nicht auf die Dauer, denn im wirtschaftlichen Leben, dort, wo es sich um materielle Interessen handelt, verbleichen Stimmungen in ihren Wirkungen sehr bald; aus Sympathie für England wird der russhische Konsument seinen Bedarf nicht lange viel

teuerer bezahlen, als bisher, ja, selbst der Engländer wird es nicht tun. So ausgeprägt ist das Nationalgefühl nirgents, dass es für die Dauer in dieser Richtung durchhalten könnte. So weit geht das Nationalgefühl der klingenden Münze nicht! Und vergebens der Hass und alle Anstrengungen gegen alles, was deutsch ist, die französischen, russischen und englischen Mütter werden zwar trachten, ihren Kindern mit der Muttermilch den Deutschenhass einzuprägen, aber trotzdem werden sie ihnen die deutschen Spielwaren nicht vorenthalten können, denn die Kinder müssen spielen und die deutschen Spielwarenindustrie ist unübertrefflich. Oder wird der englische Grossgrundbesitzer lieber einer reicheren Ernte entsagen, nur um keinen deutschen Kalisalzdünger verwenden zu müssen?

Nein, meine Damen und Herren, dieser wirtschaftliche Krieg nach dem Frieden ist nicht so ernst zu nehmen, so sehr uns heute unsere Feinde und insbesondere England damit bedrohen, höchstens wird sich daraus ein wirtschaftliches Dardanellen-Fiasko ergeben, wenn der englische Handelsminister — ähnlich den gewissen silbernen Kugeln — noch so sehr betont „es sei Englands Pflicht, bei diesem Prozesse Frankreich, Italien und Russland soviel wie möglich, zu helfen," ob es mit dieser Hilfe nicht so bestellt sein wird, wie es mit der dem unglückseligen Serbien zugesagten Unterstützung der Fall war, mag dahingestellt bleiben!

Sei es dem auch so, dürfen Übergangsschwierigkeiten doch nicht ganz unterschätzt werden, denn dass Versuche zu einem solchen wirtschaftlichen Kampfe unternommen werden dürften, kann keinem Zweifel unterliegen. Der Krieg wird naturgemäss schwere wirtschaftliche und insbesondere finanzielle Folgen haben, für diese müssen wir uns heute ebenso wappnen, wie wir im Frieden uns auf die Möglichkeit eines Krieges vorbereiten mussten. Dass der wirtschaftliche Kampf mit unseren Feinden die Situation — wenngleich nur übergangsweise — noch verschlechtert, ist selbstverständlich. Die Erkenntnis dieser Situation und die völlige Absperrung von

den überseeischen Produktions- und Absatzgebieten, die wirtschaftliche Einkreisung im Kriege zeitigte das Bedürfnis nach einer wirtschaftlichen Annäherung zwischen Ungarn, Österreich und dem deutschen Reiche, um sich wirtschaftlich zu ergänzen und für die Zukunft für eine eventuelle, nicht eben unwahrscheinliche neuere Heimsuchung eine wirtschaftliche Autarkie zu ermöglichen, die uns gegen alle erdenklichen Angriffe sichern soll.

Der Annäherungsgedanke entstand daher aus einem realen wirtschaftlichen Bedürfnis und wenn er auch anfänglich mit Gefühlsmomenten begründet wurde, wenn dabei mancherseits auch politische Gesichtspunkte mitspielten, so muss das auch als begreiflich erachtet werden, denn die innige Verbrüderung im Felde, der gemeinsame Kampf auf Leben und Tod mussten früher noch nie empfundene Gefühle erwecken. Nur dürfen diese Momente dabei nicht ausschlaggebend sein, denn Wirtschaftspolitik kann nur auf wirtschaftlichen Grundlagen beruhen, will sie die eigenen Interessen nicht gefährden.

Der Grundgedanke der Annäherung war ein möglichst inniges wirtschaftliches Verhältnis, ganz abweichend von dem mit anderen Staaten, abweichend vom bisherigen handelspolitischen Verhältnis mit Deutschland, gestützt auf unser politisches und militärisches Bündnis, das wirtschaftlich so ergänzt werden soll, dass wir anderen Staaten gegenüber gemeinschaftlich, im gegenseitigen Einverständnis vorgehen, dass wir in Zukunft einheitliche Wirtschaftspolitik betreiben.

Aus diesem Annäherungsgedanken entstand der Gedanke „Mitteleuropas". Neu in seiner heutigen Erscheinung, aber schon mit einer geschichtlichen Vergangenheit. Sein Grundstein wurde eigentlich durch den deutsch-österreichisch-ungarischen Bündnisvertrag gelegt und nur das Fehlen zwingender Umstände konnte seine volle Ausgestaltung Jahrzehnte hindurch hintanhalten.

Nicht als ob es zwingender Umstände bedürfte, um entsprechend ausgestaltet zu werden, gewiss nicht, die Grundlagen

waren dazu vom Anbeginne gegeben, ja das Bündnis ist hüben und drüben in Blut und Fleisch übergegangen, aber es liegt in der Natur der Dinge ebenso, wie der Menschen, ohne zwingende Ursachen grösseren Aenderungen aus dem Wege zu gehen. Der Krieg, dieser schrecklichste aller Kriege, welche die Weltgeschichte kennt, musste kommen, um das Problem Mitteleuropas wieder in den Vordergrund zu stellen.

Das Problem Mitteleuropas ist gleichbedeutend mit der Frage der germanischen Hegemonie in Zentraleuropa, beziehungsweise mit der Hintanhaltung der Überflutung Europas durch das Slawentum. In diesem Belange ist es eine eminent politische Frage und damit in engster Verbindung eine eminente Kulturfrage. Nicht als ob das Slawentum kein Kulturvolk wäre, sondern weil es gleichbedeutend wäre mit der Zurückdrängung der deutschen Kultur. Der Grundgedanke Mitteleuropas ist nichts anderes, als der Ausgangspunkt des deutsch-österreichisch-ungarischen Bündnisvertrages, nichts anderes, als das durch zwingende Not herbeigeführte Bedürfnis der weiteren Ausgestaltung dieses Bündnisses, dessen Rahmen für die Zukunft schon zu eng sind, will Deutschland und unsere Doppelmonarchie ihre Grossmachtstellung und ihren entscheidenden Einfluss auf die Gestaltung der Zukunft nicht gefährges? Einerseits die weitere Ausbreitung des Slawentums zu den. Was war aber der Ausgangspunkt schon bei der Gründung des deutsch-österreichisch-ungarischen Bündnisvertraverhindern, andererseits das Deutschtum sowohl im Reiche, als auch in Österreich und die Einheitlichkeit Ungarns zu sichern. Die beiden grossen Staatsmänner, die dieses Bündnis geschaffen, hatten mit weitem Blick in die Zukunft gesehen und die grosse Gefahr erkannt, welche kommen müsste, wenn sich Mitteleuropa nicht vereinigt. Die drohende Gefahr können wir in ihrer ganzen Grösse erst heute überblicken, wo sich die höchste Kultur, die überlieferte Konstitution, die radikalste Verfassung mit der reinsten Autokratie, mit dem wildesten Absolutismus vereinigt, unbekümmert darum, dass ihr Sieg

mit der Zertrümmerung hoher Kulturwerte gleichbedeutend wäre.

Im Festland Europas kämpfen seit jeher die germanische und die slawische Richtung mit einander. Auf der einen Seite ist Fortschritt und Freiheit, auf der anderen Autokratie und Unterdrückung. In dem Momente, wo das Slawentum den Sieg davonträgt, ist unsere Monarchie geliefert, Österreich würde in Teile zerrissen werden, Ungarn würde aufhören als einheitlicher Staat dazustehen, Deutschtum und Magyarentum würden der slawischen Überflutung ausgesetzt werden. Nicht minder alles, was nicht slawischer Verwandschaft ist.

Im deutsch-österreichisch-ungarischen Bündnisvertrage begegneten sich diese Interessen. Mit der Sicherung der Monarchie gegen den russischen Überfall wurde die Interessengemeinschaft einerseits zwischen Deutschland und unserer Doppelmonarchie, andererseits zwischen Deutschtum und Magyarentum festgelegt, eine Interessengemeinschaft, welche auch die Grundlagen des zu schaffenden Mitteleuropas bildet.

Mitteleuropa bedeutet aber in politischer Beziehung noch mehr, es bedeutet die Freiheit und Selbständigkeit der Balkanstaaten mit ihrem nationalen Bestande gegenüber der Unterjochung im Falle eines slawischen Sieges; Mitteleuropa ist daher ein eminentes Interesse auch dieser Nationen, Mitteleuropa bedeutet daher nicht nur Fortschritt, Kultur und Freiheit, sondern es bedeutet auch Frieden.

Mitteleuropa darf aber nicht etwa als ein eigenes Staatsgebilde gedacht werden. Es kann nur auf der Grundlage vollkommener Selbständigkeit der beteiligten Staaten aufgebaut werden, nicht als ein Bundesstaat, sondern nur als ein Bund der Staaten, auf derselben Grundlage, auf der unser derzeitiger Bündnisvertrag mit Deutschland beruht, nur mit erweitertem Inhalte, den veränderten Verhältnissen und Bedürfnissen entsprechend, mit der Möglichkeit des dauernden Anschlusses auch anderer Staaten, zumindest aber unserer derzeitigen weiteren Berbündeten, Bulgariens und der Türkei,

welche durch die Neugestaltung der Landkare Europas nunmehr in zusammenhängender Nachbarschaft mit uns stehen werden, so dass die unmittelbare Interessensphäre Mitteleuropas von Hamburg bis zum persischen Golf reichen würde.

Ein solches Mitteleuropa schaffen zu helfen, ein Glied eines solchen Mitteleuropas zu werden, muss unser eminentes Interesse sein, politisch wie wirtschaftlich, vorausgesetzt allerdings, was mir unzweifelhaft scheint, dass wir unsere Interessen innerhalb dieses Gebildes vollkommen wahren können.

Die politischen Interessen stehen ausser allem Zweifel, wie sie auch in der fast vierzigjährigen Vergangenheit des deutsch-österreichisch-ungarischen Bündnisses stets gewahrt wurden. Die politische Ausgestaltung des Bündnisses dürfte ebenfalls keinerlei Bedenken begegnen weder in Deutschland, noch bei uns in der Monarchie, die Notwendigkeit einer solchen Ausgestaltung desselben ist zum allgemeinen Bedürfnis geworden, sie wurde einfach zum Gemeinplatz.

Nicht so einhellig ist die Auffassung betreffs der wirtschaftlichen Ausgestaltung des Bündnisses. Da gibt es schon Gegenstimmen sowohl bei uns, wie auch in Deutschland. Nicht nur betreffs der Form der Annäherung, sondern auch in prinzipieller Hinsicht. Selbst bei ehrlichen Anhängern des politischen Bündnisses. Der eine Teil steht noch auf dem alten Bismarckschen Standpunkt, wonach auswärtige Politik mit der Wirtschaftspolitik nichts gemein hat, dass ein politisches Bündnis sich ganz wohl denken lässt, ohne dabei auf wirtschaftliche Interessen Rücksicht nehmen zu müssen. Diese Auffassung hat Anhänger sowohl in Deutschland, als auch in Österreich und in Ungarn.

Der andere Teil fürchtet wirtschaftliche Gegensätze, welche notgedrungener Weise auf das politische Bündnis zurückwirken müssten, das muss aber unter allen Umständen vermieden werden. Die Vertreter dieser Richtung sind überwiegend bei uns zu suchen. Ein dritter Teil wieder fürchtet handelpolitische Schwierigkeiten mit anderen Staaten, Nach-

teile für ihre wirtschaftlichen Interessen, welche die durch eine Annäherung erreichbaren Vorteile überwiegen. Derlei Stimmen sind in Deutschland stark hörbar, insbesondere in einzelnen industriellen Kreisen.

Alle diese Kreise stehen auf dem Standpunkt, dass es den beiderseitigen Interessen am besten entsprechen würde, wenn das bisherige wirtschaftliche Verhältnis zwischen Deutschland, Österreich und Ungarn zwar möglichst verbessert, ansonsten aber in der bisherigen Form erneuert werden würde.

Der alte Bismark'sche Standpunkt mag zu jener Zeit richtig gewesen sein und hat auch den damaligen deutschen Interessen entsprochen. Wir mussten aber seine Rückwirkungen an unserem eigenen Leibe verspüren; ich verweise nur auf unsere Verdrängung vom Balkan, aus Rumänien und Serbien, wo wir eben durch Deutschland, unseren Verbündeten, zurückgedrängt wurden. Allerdings nicht ohne unser Hinzutun!

Mag aber dieser Standpunkt vor dem Kriege richtig gewesen sein, heute ist er unhaltbar, denn wenn wir den feindlichen Staaten nicht gemeinsam, einverständlich die Stirne bieten werden, wie wir es mit den Waffen seit Kriegsausbruch tun, dann können wir ihnen gegenüber leicht unterliegen, zumal wir einzeln, gesondert, nicht jene Kraft entfalten können, als einverständlich, als Staaten mit fast 120 Millionen Menschen, die sich wirtschaftlich ganz anders Geltung verschaffen können, wenn sie gemeinsam auftreten. Denn es handelt sich bei der wirtschaftlichen Annäherung nicht nur um die gegenseitigen Absatzgebiete, sondern neben der wirtschaftlichen Ergänzung, neben der so wichtigen wirtschaftlichen Autarkie in erster Reiche um Geltendmachung der gegenseitigen Interessen allen anderen Staaten gegnüber, um eine einheitliche Handelspolitik nach Aussen hin. Da ist aber der erwähnte alte Standpunkt nicht mehr haltbar, auch abgesehen davon, dass es dem politischen Bündnisse nicht nützlich sein kann, wenn Bundesgenossen sich wirtschaftlich gegenseitig bekämpfen.

Wenn dieser Standpunkt in Deutschland Anhänger hat,

so ist das noch verständlich — wenn er auch unrichtig ist —, denn bei der gegenseitigen Bekämpfung ist der stärkere immer im Vorteile und dass Deuschland der Stärkere ist, braucht nicht besonders hervorgehoben zu werden. Dass es aber auch bei uns Anhänger hiefür geben kann, ist mir nicht recht verständlich, denn die Geltendmachung dieses Prinzipes ist für uns unter allen Umständen vom Nachteil.

Aber wird es möglich sein nach dem Kriege diesen Standpunkt aufrecht erhalten zu können? Ich glaube es kaum, wie ich auch die beiden anderen Bedenken nicht für stichhältig erachten kann. Wirtschaftliche Gegensätze kann es allerdings geben, aber diese müssen ohne Annäherung naturgemäss grösser sein, als sonst. Dort, wo es sich um materielle Interessen handelt, entstehen sehr leicht Gegensätze, denn der Einzelne ordnet seine Eigeninteressen nur sehr ungern der Gesamtheit unter. So unrichtig dies vom höheren Gesichtspunkte, vom Standpunkte der Gesamtheit ist, muss mit diesen Umständen gerechnet werden. Nun ist aber die Lösung solch grosser Probleme, wie es eben die Frage der wirtschaftlichen Annäherung, des wirtschaftlichen Inhaltes Mitteleuropas ist, ohne gegenseitige Opfer nicht möglich und wenn es sich einmal um Opfer handelt, so sind — meiner Ansicht nach — die unsererseits zu bringenden Opfer unvergleichlich geringer, wenn wir sie als Preis der Annäherung freiwillig bringen, als es jene wären, welche wir zu tragen haben würden, falls keine Annäherung in diesem Sinne zustande käme und wir bei unverändertem Bestande unseres politischen Bündnisses den Wettkampf mit der deutschen Produktion überall aufnehmen müssten. Und könnte diese Benachteiligung dem Bündnisse nicht ebenfalls schädlich sein, eventuell in noch höherem Masse?

Wenn eine Verständigung herbeigeführt werden soll, wird der Weg dazu auch gefunden werden können, nur wenn es da heisst, dass Differenzen zu befürchten seien, weil man die Annäherung selbst fürchtet, werden diese Differenzen auch wirklich entstehen.

Und was das dritte Bedenken, die Erschwerung der handelspolitischen Bewegungsfreiheit anbelangt, so handelt es sich dabei mehr um die zu wählende Form der Annäherung, als um die Annäherung selbst. Würde die Annäherung in Form einer Zollunion geschehen, entfielen diese Bedenken, welche überwiegend von Anhängern der Union ins Treffen geführt werden. Eine Union ist aber unmöglich, sie stösst auf unüberwindliche staatsrechtliche und politische Hindernisse, sie müsste unbedingt die Sphäre von Hoheitsrechten berühren, dies kann aber weder dem Deutschen Reiche, noch uns entsprechen, dies müsste dann wirklich auf das politische Bündnis zurückwirken, wenn es überhaupt Aussicht auf Verwirklichung hätte.

Die Annäherung kann und darf nur auf völkerrechtlicher Grundlage erfolgen, *Mitteleuropa kann auch in wirtschaftlicher Beziehung nur aus selbständigen, voneinander auch sonst ganz unabhängigen Staaten geschaffen werden,* die sich gestützt auf ihre wirtschaftliche Interessengemeinschaft als Ergänzung ihres politischen Bündnisses *in ein wirtschaftliches Bündnis vereinigen.* Nicht die Zollschranken trennen Wirtschaftsgebiete, ja es kann Zollunionen zwischen Staaten mit Zollschranken an ihren Binnengrenzen geben, sondern die Verschiedenheit ihrer Handels- und Wirtschaftspolitik und das ist es, was nach dem Kriege möglichst vermieden werden muss.

Wie in politischer Beziehung, muss sich aber Mitteleuropa auch in wirtschaftlicher Richtung in entsprechender Form und Ausdehnung zumindest auch auf unsere anderen Verbündeten, auf Bulgarien und der Türkei erstrecken. Nicht nur die politische, sondern auch die wirtschaftliche Interessensphäre dieses Mitteleuropas muss von der Ostsee, bis zum persischen Golf reichen, nur so kann die wirtschaftliche Autarkie wenigstens in ihren Hauptbedingungen erreicht werden. Und da greift die Frage auch näher in unsere hiesigen und überhaupt siebenbürgischen Spezialinteressen ein. Das alte, Jahrhunderte hindurch behauptete Levantegebiet würde sich uns wieder in gesteigertem Masse eröffnen, wieder kämen wir mit unserer Industrie dem uns wohlvertrauten Orient näher, wieder wären die Bedingungen neuer Entwickelungsmöglichkeiten geboten, die Geschichte wurde sich für unsere siebenbürgische Grenzindustrie wiederholen.

Damit komme ich auch auf die Frage näher zu sprechen, wie es sich mit der wirtschaftlichen Annäherung und überhaupt mit Mitteleuropa vom speziell ungarischen Gesichtspunkte verhält? Ich will auch diese Frage nur in ihren Hauptzügen behandeln, in Details einzugehen, wäre nicht am Platze.

Den politischen Gesichtspunkt berührte ich schon kurz, nunmehr will ich mich auf die wirtschaftlichen Gesichtspunkte beschränken. Da kommen drei Gruppen in Betracht: die allgemeinen finanziellen, die landwirtschaftlichen und die industriellen Interessen.

Das allgemeine finanzielle Interesse muss entschieden für eine möglichst innige Annäherung sprechen. Wenngleich der Krieg mit seinen glänzend gelungenen Kriegsanleihen ganz überraschende finanzielle Erscheinungen zeitigte, indem wir eine finanzielle Kraft an den Tag legten, wie wir sie selbst nie geahnt hätten, kann es doch keinem Zweifel unterliegen, dass Ungarn in seiner wirtschaftlichen Entwickelung auf fremdes Kapital angewiesen sein wird, nach dem Kriege mehr, denn je. Der heutige Geldüberfluss soll uns nicht irre führen. Es ist nur eine vorübergehende Erscheinung, welche mit dem Kriege nicht nur bald schwinden, sondern sogar von einer grossen Geldknappheit abgelöst werden wird. Denn die flüssigen Gelder, welche heute der Landwirt, der Kaufmann und der Industrielle in so ansehnlichen Summen zur Verfügung hat, werden sehr bald nach dem Kriege aufgezehrt sein, der Landwirt muss mit Investitionen einsetzen, seinen Viehbestand ersetzen, der Kaufmann seine leeren Lager ergänzen und der Industrielle Rohmaterialien sich beschaffen, dann sind noch Schulden in sehr ansehnlichen Summen an das Ausland zu zahlen, welche durch den Krieg gestundet werden konnten,

aber nach Friedensschluss fällig werden; die Gelder, welche heute als Einlagen den Geldmarkt sättigen, müssen in Waren umgetauscht werden und was an überflüssigen Geldern noch da sein wird, das wird der Staat im ausgiebigsten Masse für sich, für seine enormen Bedürfnisse beanspruchen. Welche Ansprüche aber der Staat an den Geldmarkt nach dem Kriege stellen wird, darüber wollen Sie nur aus der einen Tatsache sich ein Bild machen, dass sich unsere effektiven Kriegslasten bis Ende Januar, also in anderthalb Jahren auf rund 7 Milliarden Kronen bezifferten — nur jene Ungarns — hievon aber aus Kriegsanleihen nicht mehr als 4·2 Milliarden gedeckt sind, also schon bis heute warten rund drei Milliarden Kronen auf eine Umwandlung in eine konsolidierte Staatsschuld. Und wo sind wir noch vom Friedensschluss, wie viel Milliarden an Kriegskosten sind noch zu gewärtigen!

Aber nicht nur die Staatsfinanzen kommen da in Betracht, unsere ganze Volkswirtschaft benötigt fremde Kapitalien, unsere eigene Kapitalkraft ist unzureichend, wenn es sich da um eine intensivere Volkswirtschaft handelt, sei es auf landwirtschaftlichem oder auf industriellem Gebiet. Von wo soll aber unsere Volkswirtschaft diese Kapitalien bekommen? Unseren Geldüberschuss wird der Staat vollkommen in Anspruch nehmen, ja dieser wird nicht einmal in seiner Gesamtheit fur die enormen Bedürfnisse genügen. Die Länder, von wo wir unseren Kapitalbedarf vor dem Kriege deckten, werden uns lange Jahre hindurch nicht zur Verfügung stehen, denn zum Teile sind sie Feinde, zum Teile sind sie für ihre eigenen Bedürnisse stark in Anspruch genommen. Von den grösseren Geldmärkten wird es Deutschland allein sein, auf welches wir in dieser Beziehung rechnen können. Allerdings dürften für die erste Zeit des Friedens auch an Deutschland in dieser Richtung keine besonderen Erwartungen geknüpft werden, da Deutschland seine Kapitalien für sich selbst benötigen wird, denn sei es finanziell noch so stark, ist es doch eine bedeutende Aufgabe, Kriegslasten von 40 und noch mehr

Milliarden Mark — nur einen zweijährigen Krieg angenommen — zu tragen. Trotzdem aber wird Deutschland, das an Barersparnissen jährlich rund 7 Milliarden aufweist, doch in verhältnismässig kurzer Zeit fähig sein auch Ansprüche in dieser Richtung zu befriedigen und da dürfen wir wohl hoffen, wass wir auf unseren treuen Verbündeten auch in dieser Beziehung rechnen können. Je näher wir da wirtschaftlich zu einander stehen, umso berechtigter dürfte diese Hoffnung sein. Demgegenüber wird angeführt, dass das Kapital sich nicht nach Sympathien oder Antipathien richtet, sondern nur seine gute Verzinsung sucht. Auch dieser Standpunkt hat Berechtigung. Aber dass das Kapital leichter jene Richtung nimmt, wo auch politische Interessen dabei bestehen, das kann nicht bestritten werden, das Verhältnis zwischen Frankreich und Russland bietet schlagende Beweise hiefür. *Vom finanziellen Gesichtspunkte kann daher eine wirtschaftliche Annäherung nur erwünscht sein.*

Die zweite Gruppe, von deren Gesichtspunkt die Annäherung beurteilt werden muss, bildet die Landwirtschaft. Diesbezüglich hat der Annäherungsgedanke bei uns in Ungarn schon eine Vergangenheit. In den achtziger und in den neunziger Jahren des vorigen Jahrhundertes war eine Zollunion mit dem Deutschen Reiche ein Wunsch unserer Agrarier. Allerdings spielte damals die amerikanische Gefahr eine grosse Rolle dabei und die einschlägigen Verhältnisse haben sich seither sehr stark geändert. Damals mussten wir um unseren Export besorgt sein, denn unsere Ernteergebnisse überstiegen den eigenen und den österreichischen Bedarf, heute werden wir gesucht, wenn wir einen Überschuss haben, ja wir sind gar oft auf Import angewiesen, wenn es da heisst, den eigenen und den österreichischen Bedarf zu decken. Die Grundlagen bei Beurteilung der Frage haben daher eine starke Aenderung erfahren: unsere Landwirtschaft ist vom Gesichtspunkte des zollausländischen Exportes nicht mehr leistungsfähig. Insgesamt haben wir — im Durchschnitte der letzteren drei Wirt-

schaftsjahre — nur 12·43 Prozent unserer gesamten Produktion in den wichtigeren Getreidearten (Weizen, Roggen, Gerste, Hafer und Mais) für die Ausfuhr rund 23 Millionen Doppelzentner, wovon aber 93·58 Prozent nach Österreich gehen und nur 6·42 Prozent anderweitig, auch dessen überwiegender Teil nach Bosnien und der Herzegowina, also auch nicht nach dem Zollauslande.

Kann daher Ungarn von landwirtschaftlichem Gesichtspunkte ein besonderes Interesse an der wirtschaftlichen Annäherung haben und insbesondere wie wird sich die Stellung Ungarns in Mitteleuropa diesbezüglich gestalten, wenn der wirtschaftlichen Interessensphäre auch Bulgarien und die Türkei zugezogen werden sollten? Ein flüchtiger Blick auf die Konsumverhältnisse Deutschlands und auf unsere Produktionsverhältnisse gibt hierauf eine unwiderlegliche Antwort. Deutschland hat einen jährlichen Getreideimportbedarf von rund 60 Millionen Doppelzentnern im Werte von rund einer Milliarde, selbstverständlich bei normalen Friedenspreisen und nicht die Kriegspreise als Grundlage genommen. Der Weizenimport allein beläuft sich auf rund 400 Millionen Mark. Ungarn hingegen ist mit seiner Produktion so stark rückständig, dass es den deutschen Erntedurchschnitten gegenüber *bei der gleichen Fläche* an Weizen um 36 Millionen Doppelzentner, an Roggen um 9·2 Millionen, an Gerste um 6·7 Mllionen und an Hafer um 9·4 Millionen Doppelzentner weniger erzeugt, als es erzeugen könnte und müsste, wenn es seinen Boden so intensiv bearbeiten würde, wie Deutschland. Bei denselben normalen Friedenspreisen übersteigt dies im Werte eine Milliarde.

Was bei Deutschland daher fehlt, könnte Ungarns Landwirtschaft bieten, die wirtschaftliche Autarkie wäre daher in landwirtschaftlicher Beziehung gesichert, eine Aushungerungspolitik der Feinde, wie sie in diesem Kriege einsetzte, wäre dadurch für immer ausgeschlossen. Was das aber bedeutet, braucht eben heute nicht eingehender erläutert zu werden!

In dieser Beziehung stellt Ungarn in Mitteleuropa eine

unentbehrliche Notwendigkeit dar, Ungarn würde die grosse Vorratskammer Mitteleuropas werden, eine der stärksten Stützen künftiger Gestaltungen: die intensivere Betreibung unserer Landwirtschaft ist eine zwingende Notwendigkeit nicht nur für uns, als Mittel zur Steigerung unseres Nationalvermögens, sondern auch für das Deutsche Reich als Garantie für alle Eventualitäten der Zukunft. Bei Beurteilung der Annäherungsfrage in landwirtschaftlicher Beziehung müssen diese beiden Gesichtspunkte massgebend sein. Nachdem ich aber die ganze Frage diesmal nur vom ungarischen Standpunkt behandle, will ich mich auf die mitteleuropäischen Gesamtinteressen nicht weiter einlassen und möchte nur darauf hingewiesen haben, welch' grosse Bedeutung diese Frage auch von diesem Standpunke hat, beziehungsweise wie wichtig die Förderung der ungarischen Landwirtschaft vom deutschen Gesichtspunkte ist, welch' grosses Interesse Deutschland daran haben muss, will es sich gegen künftige eventuell noch schwerere Schädigungen seitens feindlicher oder zumindest nicht besonders freundlicher neutraler Staaten sichern.

Wie steht aber die Frage vom landwirtschaftlichen Gesichtspunkte bei einem eventuellem Anschlusse Bulgariens und der Türkei? Auch diese Frage muss geklärt werden. Vor allem möchte ich es doppelt unterstrichen betonen, dass Form und Inhalt der Annäherung zwischen Deutschland und den zwei Staaten unserer Monarchie ganz anders sein muss, als der Anschluss unserer anderen zwei Verbündeten. Wir mit dem Deutschen Reiche wollen allerdings nur auf völkerrechtlicher Grundlage und unter Wahrung vollkommener staatlicher Selbständigkeit ein möglichst inniges wirtschaftliches Bündnis miteinander schliessen, in welchem wir auch unsere auswärtige Handelspolitik gemeinschaftlich, im gegenseitigen Einverständnis führen. So weit können wir mit unseren zwei anderen Verbündeten nicht gehen, die gegenseitigen Interessen sind ganz andere.

Bulgarien und die Türkei müssen durch ihren politischen

und wirtschaftlichen Anschluss an die Zentralmächtegruppe Garantien für ihre wirtschaftliche Entwickelung bekommen, was meiner Überzeugung nach ohne jedwede Schädigung unserer landwirtschaftlichen Interessen geschehen kann. Belgien mit seinem grossen Weizenimportbedarf in die Konsumberechnungen einbezogen, entsteht ein solch grosser Importüberschuss, dass von einer Schädigung unserer landwirtschaftlichen Interessen — in Bezug auf Getreide — nicht einmal gesprochen werden kann. Dabei möchte ich nebenbei bemerken, dass eine solche Befürchtung umsomehr als unbegründet erscheinen muss, als Deutschland gar nicht daran denkt, seine Getreidezölle derzeit zu ermässigen, demzufolge auch bei uns davon keine Rede sein kann. In Bezug auf Getreide kann es sich daher in den Balkanbeziehungen nur um die zollfreie Einfuhr jener Quantitäten handeln, welche in Form von Mehl exportiert werden, um gewisse Grenzbegünstigungen, welche die einschlägigen Interessen der Balkanstaaten zu befriedigen geeignet sind, ohne unsere landwirtschaftliche Interessen zu schädigen. Auch die Vieheinfuhrfrage wird ohne Schädigung eigener Interessen gelöst werden können und wenn wir über diese zwei wichtigsten Agrarfragen hinweggekommen sein werden, dann ist die ganze Agrarfrage in ihren Balkanrelationen gelöst,

Vom landwirtschaftlichen Gesichtspunkte steht der wirtschaftlichen Annäherung nicht nur nichts im Wege, ja von diesem Standpunkte ist sie nur erwünscht, ein enormer Aufschwung unserer ganzen Landwirtschaft muss ihre Folge sein und was das vom gesamtwirtschaftlichen Interesse des Landes bedeutet, braucht nicht eingehender erörtert zu werden.

Die dritte Gruppe, von deren Standpunkt die Frage behandelt werden muss, bildet die Industrie.

Da gestaltet sich die Lage schon ganz anders. Während bei der Landwirtschaft die Interessen Deutschlands keinerlei Benachteiligung erfahren können, denn die deutsche Landwirtschaft ist weder heute in der Lage, noch wird sie über-

haupt je in die Lage kommen, den deutschen Bedarf decken zu können, kann unsere Industrie eventuell sehr stark gefährdet werden, wenn bei der Annäherung ihren Interessen nicht entsprechend Rechnung getragen werden würde. In noch grösserem Masse würde dies die österreichische Industrie betreffen, welche in manchen Beziehungen zehn—zwölfmal, im allgemeinen aber zumindest fünfmal so stark ist, wie die ungarische Industrie. Mich mit der Rohstoff-Frage nach dem Kriege befassend, machte ich jüngst eine Aufstellung über den jährlichen Bedarf der industriellen Rohstoffe beider Staaten der Monarchie und kam dabei zu dem Ergebnisse, dass der jährliche überseeische Bedarf rund 1·5 Milliarden K beträgt, wovon etwa 300 Millionen auf Ungarn entfallen und mehr als 5-fache auf Österreich. Bei einzelnen wichtigeren Industrien gestaltet sich das Verhältnis viel schlechter, so stehen z. B. bei der Baumwolle einem Bedarf von 28 Millionen Kronen in Ungarn 330 Millionen, also das zwölffache in Österreich gegenüber; bei Schafwolle 12 Millionen hier, 162 Millionen, also fast das 14-fache dort, bei Kautschuk 3·7 Millionen da, 30·5 Millionen, also das neunfache dort usw. Vom industriellen Gesichtspunkte ist daher Österreich unvergleichlich näher betroffen als wir, wobei aber nicht übersehen werden darf, dass die österreichische Industrie eben zufolge ihrer höheren Entwicklung ebenso unvergleichlich grössere Widerstandfähigkeit besitzt, als unsere junge ungarische Industrie, andererseits aber wir ein weiteres grosses Interesse an der künftigen Entwicklung unserer Industrie, an unserer Industrieförderung haben.

Bei der Frage der wirtschaftlichen Annäherung muss daher auf die in vielen Beziehungen divergierenden industriellen Interessen entsprechend Rücksicht genommen werden, im Interesse des politischen Bündnisses darf keine Lösung gewählt werden, bei welcher die schwächeren österreichischen und ungarischen Industrien unterliegen, oder überhaupt die industriellen Interessen eine Schädigug erleiden könnten. Dies darf aber nicht so gedeutet werden, als ob wir für die Annähe-

KÉPVISELŐHÁZ KÖNYVTÁR

rung keine Opfer zu bringen hätten. Ohne Opfer lässt sich die grosse Idee von Mitteleuropa nicht verwirklichen, Opfer muss jeder Teil bringen, Deutschland wird sie in seiner handelspolitischen Bewegungsfreiheit zu erbringen haben, wir mit Österreich auf intustriellem Gebiete. Doch darf dadurch weder das Deutsche Reich in seinen wirtschaftlichen Gesamtinteressen geschädigt werden, noch wir in unseren industriellen Gesamtinteressen. Es ist dies auch nicht notwendig, es bieten sich Lösungsmodalitäten, bei welchen dies vermieden werden kann. Und wenn einzelne Industrien übergangsweise in ihren Interessen gechädigt werden sollten, — was bei der meinerseits propagierten Lösung zwar nicht wahrscheinlich ist, aber doch nicht als ausgeschlossen betrachtet werden kann — so muss der Staat entsprechend einsetzen und es verstehen, den überwiegenden wirtschaftlichen Vorteilen gegenüber, welche sich aus dem neuen Verhältnis für die Leistungsfähigkeit unserer Landwirtschaft, ja sogar für viele Industrien ergeben werden, diese Schädigungen auszugleichen. Wenn aber diesen Opfern die Entwickelungsmöglichkeiten der Zukunft gegenübergestellt werden, welche sich durch den Anschluss Bulgariens und der Türkei unbedingt ergeben werden, dann *kann auch vom Standpunkte der Industrie gegen eine solche Lösung kein ernstliches Bedenken geltend gemacht werden,* umsoweniger, als eine Lösung gewählt werden soll, welche den derzeitigen verschiedenen Produktionsverhältnissen vollständig Rechnung tragen und die Annäherung so verwirklichen will, dass der Industrie entsprechende Zeit fur die Anpassung an neue Verhätnisse bleibe.

Die gegenseitigen wirtschaftlichen Interessen müssen einen Ausgleich im neuzuschaffenden Wirtschaftsverhältnis finden, welches nicht nur auf Gefühlsmomente aufgebaut werden darf, sondern seine Pfeiler in den gegenseitigen Interessen haben muss. Nur so kann dieses Bündnis entstehen, aber auch nur so bestehen.

Welches ist nun die geeigneteste Form hiezu, was ist

möglich und wodurch dürften die geringsten Nachteile für alle Beteiligten entstehen?

Eine gegenseitige Vorzugsbehandlung auf dem ganzen wirtschaftlichen Gebiete, also Zölle, wirtschaftliche Gesetzgebung, Verkehrswesen und alles, was damit in Verbindung steht, eine Vorzugsbehandlung, welche keinem anderen Staate zustehen kann, dürfte diese Form sein. Hieran schliesst sich an die gemeinsame Handelspolitik anderen Staaten gegenüber, das einheitliche, einverständliche Vorgehen in dieser Beziehung, aber institutiv gesichert, um sich gegenseitig alle Vorteile zu verschaffen, welche errungen werden können, wenn Staaten von 120 Millionen Seelen ihre wirtschaftlichen Interessen im Einverständnis, gemeinsam vertreten.

Eine solche Lösung der wirtschaftlichen Annäherung kann natürlich nicht auf zehn Jahre geschlossen werden, diese Zeit wäre viel zu kurz, um die natürlichen Konsequenzen des Krieges in dieser Beziehung ableiten zu können, neue Wege müssen da angebahnt werden, um diese Wege auch auszubauen, dazu braucht es nicht nur Konzeption und Energie, sondern auch Zeit.

So denke ich mir Mitteleuropa vom ungarischen Gesichtspunkte.

Wie muss es sich aber gestalten von deutschem Gesichtspunkte?

Die Antwort hierauf erteilte der grosse Begründer des Deutschen Reiches, Fürst Bismarck in seinen „Gedanken und Erinnerungen", als er dort erklärte „Die Erhaltung der österreichisch-ungarischen Monarchie als einer *unabhängigen starken Grossmacht* ist für Deutschland ein Bedürfnis des Gleichgewichts in Europa. für das der Friede des Landes bei eintretender Notwendigkeit mit gutem Gewissen eingesetzt werden kann."

So muss das Deutsche Reich Mitteleuropa in Bezug auf Österreich und Ungarn auch heute auffassen, will es seine eigenen Interessen nicht gefährden. Nicht nur wir sind auf

Deutschland angewiesen, sondern Deutschland ebenso auf uns. Nicht nur für uns ist das Bündnis mit Deutschland eine Notwendigkeit, ganz so ist es auch für Deutschland, hätte dieses Bündnis nicht schon bestanden, müsste es heute geschaffen werden — auch im deutschen Interesse. Mit unserer wirtschaftlichen Erstarkung steigt unsere politische Kraft. Mit unserer gesteigerten politischen Kraft aber unsere Bedeutung für das politische Bündnis. So gestaltet sich unsere politische und wirtschaftliche Interessengemeinschaft mit dem Deutschen Reiche.

Opfer hiefür muss auch Deutschland bringen, die Opferwilligkeit muss eine gegenseitige sein.

Die Opfer, welche wir heute gegenseitig bringen, sind Investitionen für die Zukunft. Der Weg der Zukunft führt aber durch die Gegenwart. Wenn die Zukunft sich so schön und so erhebend gestalten wird, wie es die Gegenwart ist, wenn Deutschland, Österreich und Ungarn auch in der Zukunft so eng miteinander verbunden an der Friedensarbeit stehen werden, wie sie im Kriege stehen, dann wird Mitteleuropas Friedenswerk ebenso mächtig dastehen, wie unsere Waffenerfolge des Krieges.

Zum Heile der Menschheit und zum Wohle seiner eigenen Völker!

VI.

Das Problem der Schaffung „Mitteleuropas" vom Gesichtspunkt der ungarischen Interessen.*)

Seit den vierziger Jahren des vorigen Jahrhunderts taucht die Frage Mitteleuropas zeitweilig immer wieder auf. Als es eigentlich bestand, konnte es nicht gehalten werden. Da es aufhörte zu sein, wollte es immer wieder neugeschaffen werden. Die Interessengegensätze zwischen Preussen und Österreich zerstörten es, die Interessengemeinschaft zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn sollen es wieder schaffen. Allerdings in anderer Form und mit anderem Inhalt. Statt der inneren Kämpfe *um* die Macht, soll dis Macht *für* Kämpfe gegen äussere Einflüsse und Gefahren geschaffen werden. Die durch Einigkeit gestählte Kraft der Zukunft soll die durch Uneinigkeit hervorgerufene Schwäche der Vergangenheit ersetzen. Was nationale Bestrebungen nicht zu halten vermochten, sollen internationale Gestaltungen bringen. Mitteleuropa als staatliche Einheit mit Bundesstaaten war nicht möglich, Mitteleuropa als Staatenbund mit selbständigen souveränen Einzelstaaten wird notwendig. Sowohl im Einzelinteresse, als vom Standpunkte der Gesamtheit. Im nationalen Interesse ebenso, wie im politischen und im wirtschaftlichen. Das nationale Interesse ist identisch mit dem politischen. Das wirt-

*) Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik. Band 43. Heft 1.

schaftliche soll beide ergänzen und eine Beeinträchtigung dieser verhüten.

Kein neues Staatengebilde soll Mitteleuropa werden, sondern ein Gebilde *aus* Staaten soll es sein, *aus Staaten mit unbeschränkter Souveränität, deren nationale, politische und wirtschaftliche Interessen sie aneinander knüpft. Aus Staaten mit vollkommener Selbständigkeit soll es bestehen, welche alle ihre Eigenart an sich bewahren, nur gemeinsam ihre identischen Interessen verfolgen.* Aus Staaten muss es bestehen, deren Lebensinteresse es erfordert, sich einander anzuschliessen, *deren Zusammenschluss nicht nur Selbstzweck ist, sondern eine Weltnotwendigkeit darstellt:* die möglichste Sicherung eines dauernden Friedens.

Das Problem der Schaffung eines solchen Mitteleuropa vom Gesichtspunkt der ungarischen Interessen kurz zu behandeln soll hier meine Aufgabe sein.

Bei Erörterung dieser Frage muss ich vor allem auf geschichtliche Zeiten zurückgreifen. Auf die ersten Anfänge des heute zu schaffenden Mitteleuropa und auf die Grundsteinlegung dieses Mitteleuropa, — immer nur vom Gesichtspunkte ungarischer Interessen.

Die ersten Anfänge der mitteleuropäischen Bestrebungen reichen in die schon erwähnten vierziger Jahre des vorigen Jahrhunderts zurück. Zwischen Österreich und Ungarn hatten damals Zwischenzölle bestanden. Eigentümlicherweise wollte damals Österreich diese nicht aufgeben, es glaubte sie zum Schutz seiner wirtschaftlichen Interessen zu benötigen. Gegen das wirtschaftlich auch damals schwächere Ungarn. In Wirklichkeit vom ganz und gar falschen Prinzip geleitet, Ungarn wirtschaftlich nicht aufkommen zu lassen, durch ein Prinzip, welches sich bis in die neuesten Zeiten in der österreichischen Politik Geltung verschaffen konnte in allerneuester Zeit aber glücklicherweise liquidiert wurde; heute sieht auch Österreich ein, dass ein wirtschaftlich starkes Ungarn nicht nur nicht gegen österreichische Interessen ist, sondern im Gegenteil,

Österreich hat daran ein ganz besonderes Interesse, denn ohne ein wirtschaftlich starkes Ungarn gibt es keine starke österreichisch-ungarische Monarchie. Dasselbe Interesse muss naturgemäss auch Ungarn an einem wirtschaftlich gestärkten Österreich haben, diese zwei Staaten sind einmal miteinander *für ewige Zeiten in der Doppelmonarchie verbunden* und es kann keinen vernünftigen Menschen geben, der diesen Bund der beiden Staaten und damit die Grossmachtstellung der österreichisch-ungarischen Monarchie lockern wollte. Es kann Meinungsverschiedenheiten über staatsrechtliche Formen der Verbindung der zwei Staaten geben — es gibt deren auch —, aber nicht über jenes Grundprinzip, dass diese beiden Staaten für ewige Zeiten miteinander verbunden sind, verbunden miteinander leben müssen; *denn bestünde dieser Staatenbund als Doppelmonarchie nicht, müsste er heute* — als grosse Lehre eines Weltkrieges — *geschaffen werden.* Im beiderseitigen Interesse, aber auch im europäischen Interesse.

Österreich wollte in den vierziger Jahren dem deutschen Zollverein beitreten, die Zustimmung Ungarns war dazu notwendig, es sollte ein einheitliches deutsch-österreichisch-ungarisches Wirtschaftsgebiet geschaffen werden, eine grosse mitteleuropäische Zoll- und Wirtschaftsunion.

Ludwig Kossuth erhob Einwendungen dagegen und bekämpfte diesen Plan aufs schärfste. Er leitete eine starke Pressfehde dagegen ein. Die wirtschaftliche Gemeinschaft mit Österreich befürwortete er, aber in der Zollunion mit den deutschen Staaten erblickte er für Ungarn eine grosse Gefahr. Nicht wirtschaftlich, sondern politisch, beziehungsweise national. Der ungarische Staat war zu jener Zeit national noch nicht ausgebaut, eine Volksverfassung bestand zurzeit nicht, das engere Ungarn war noch der reinste Feudalstaat, im damals noch abgesonderten Siebenbürgen bestanden noch drei Nationen, die Székler, die Magyaren und die Sachsen; im staatlichen Leben fehlte jegliche Einheitlichkeit; er befürchtete, dass der nationale Charakter des Landes durch reichsdeutschen Ein-

fluss gefährdet, dass die junge ungarische Kultur von der alten und mächtigen deutschen beeinträchtigt werden könne, während er all das von dem national nicht einheitlichen Österreich nicht befürchtete und es für natürlich hielt, dass die Länder des gleichen Herrschers eine Zollgemeinschaft bilden.*)

Der Zollbund zwischen Österreich und Deutschland kam nicht zustande, Bismarck wollte es nicht, er wieder fürchtete den preussischen Einfluss von Österreich, hielt dabei einen Zollbund auch niemals für möglich,**) und damit schliesst die erste Periode der mitteleuropäischen Bestrebungen — vom ungarischen Gesichtspunkte.

Ich übergehe die Zwischenstadien, denn ich habe keine Geschichte zu schreiben, sondern soll von der Zukunft sprechen und darf mich der Geschichte nur insofern bedienen, als es eben zur Beurteilung der Frage unbedingt notwendig ist. So komme ich zum Abschluss des deutsch-österreichisch-ungarischen Bündnisvertrags, des grossen Werkes Bismarck-Andrássy, in welchem die Kossuths Ansichten ganz entgegengesetzte Richtung zum Ausdrucke kommt: politische und nationale Interessen Deutschlands, Österreichs und Ungarns ergaben diesen Bündnisvertrag, mit welchem der Grundstein Mitteleuropas niedergelegt wurde. Während Kossuth gegen eine Zollunion mit den deutschen Staaten politische und insbesondere nationale Bedenken hatte, suchte Andrássy in einem Bündnisse mit Deutschland gerade nationale Garantien. Für Österreich so wie für Ungarn. Die Voraussetzung des Ausgleichs von 1867 — zwischen Österreich und Ungarn, die neue Grundlage der Verfassung Österreichs und Ungarns — war die Herrschaft des Deutschtums in Österreich und des Magyarentums in Ungarn. Deutschtum und Magyarentum sollten jene Pfeiler sein, auf welchen die österreichisch-ungarische Mon-

*) Pesti Hirlap, 1842.

**) Bismarcks Brief an Graf Rechberg vom 8. September 1864.

archie beruht, Österreich mit seiner Gliederung in einzelne Königreiche und Länder, aber unter deutscher Führung, Ungarn als einheitlicher Staat, als *eine* politische Nation, beide zwar voneinander unabhängige Staaten, aber mit gewissen gemeinsamen Angelegenheiten. Dieses Grundprinzip des Ausgleichs von 1867 konnte nur gesichert werden, wenn dafür gesorgt wurde, dass Russland seine Interessensphäre nicht bis über de Grenzen Österreichs und Ungarns auszubreiten vermöchte, wenn das Deutschtum in Österreich und das Magyarentum in Ungarn nicht durch eine slawische Überflutung bedroht würde. Denn in Österreich war schon damals das slawische Element in der Überzahl, nur bildete es zufolge der abweichenden politischen Interessen keine Einheit, in Ungarn hingegen drohte die Gefahr, dass es mit den anderen Nationalitäten eine Verständigung herbeiführt, welche die staatliche Einheit beeinflussen könnte. Diese Gefahr musste beseitigt werden, das Bündnis mit Deutschland war das geeignete Instrument dazu und so wurde es zur nationalen Garantie des Deutschtums in Österreich und des Magyarentums in Ungarn. Leider dauerte diese Richtung in Österreich nicht lange an. Die fortwährenden Differenzen zwischen Österreich und Ungarn, der ewige Hader zwischen den beiden aufeinander angewiesenen Staaten konnte nicht ohne Rückwirkung auf die österreichischen inneren Verhältnisse bleiben, die Gefährdung der Monarchie wurde nicht mehr in der immer stärker zunehmenden slawischen Strömung erblickt, sondern wurde in den sogenannten Selbständigkeitsbestrebungen Ungarns gefürchtet, denen gegenüber die deutschen Interessen zurückgestellt wurden. Der Krieg lieferte nun die schlagendsten Beweise dafür, dass diese Selbständigkeitsbestrebungen für die Monarchie nicht die geringste Gefahr in sich bergen; Ungarn ist zwar sehr empfindlich, was seine selbständige Staatlichkeit anbelangt, aber will diese nur *innerhalb* der Monarchie und nicht zur Schwächung derselben zur Geltung bringen. So wendete sich Österreich allmählich vom Grundprinzipe des 1867er

Ausgleichs ab und damit verlor auch das Deutschtum dort die Herrschaft. Damit aber wurde die eine wichtige Voraussetzung des Ausgleichs und des deutsch-österreichisch-ungarischen Bündnisvertrages hinfällig. Nicht der Bismarck-Andrássy'sche Vertrag ist daran schuld, diese beiden grossen Staatsmänner sahen klar in die Zukunft, sie erblickten klar die drohende Gefahr, welche eintreten musste, wenn der slawischen Überflutung keine Grenzen gesteckt werden; die inneren Verhältnisse der Monarchie führten dahin, dass die nationale Garantie dieses Vertrages in der erwähnten Richtung nicht zur Geltung kommen konnte.

Auch betreffs Ungarns fehlte es nicht an Versuchen; nur erwies sich die Schöpfung der Einheitlichkeit des ungarischen Staates als viel widerstandsfähiger, alle Versuche, diese staatliche Einheit zu gefährden, mussten daran scheitern, dass Ungarn an dem Ausgleich von 1867 festhielt und die führende Rolle des Magyarentums unter Berücksichtigung der berechtigten Ansprüche der Nationalitäten als das höchste Interesse der Monarchie zu wahren verstand. Jetz im Kriege zeigt es sich erst, wie wichtig dies vom Standpunkt der Monarchie war; wie würde die Monarchie ausgesehen haben, wenn die zersetzenden Bestrebungen durchgedrungen wären!

So wurde der Ausgleich von 1867 und der deutsch-österreichisch-ungarische Bündnisvertrag eine nationale Garantie für Ungarn, jene Garantie, welche Graf Julius Andrássy in der Hintanhaltung der slawischen Expansion erblickte.

Der Krieg rechtfertigte diese Auffassung und lieferte unwederlegbare Beweise dafür, dass die Zukunft der österreichisch-ungarischen Monarchie nur auf dieser Grundlage gesichert werden kann. Das will keinesfalls so viel bedeuten, als ob gerechte Ansprüche anderer Nationalitäten nicht vollkommene Berücksichtigung finden sollen. Gegen eine solche Zumutung müsste Verwahrung erhoben werden. Die tatsächlichen Verhältnisse beweisen dies zur Genüge. Das Deutschtum in Ungarn bildet eine natürliche Stütze des Magyarentums, wie

denn auch die Deutschen Ungarns sich nicht den Nationalitäten, sondern dem Magyarentum anschlossen und in deren politischen Parteien Platz finden. Die Interessengemeinschaft, welche zwischen Deutschland und Ungarn, beziehungsweise der Monarchie besteht, kommt innerhalb des Landes auch zwischen Magyarentum und Deutschtum zum Ausdruck. Diese geht in manchen Beziehungen soweit, dass z. B. die Erhaltung der siebenbürgischen Sachsen, dieses an Zahl kleinen, aber an Tugenden grossen deutschen Volkes geradezu als ein ungarisches Interesse, als ein Staatsinteresse betrachtet werden muss. Dieses kleine Volk von nicht mehr als 220.000—230.000 Seelen konnte sich in seiner reinen deutschen Volkstümlichkeit achthundert Jahre hindurch inmitten einer erdrückenden magyarischen und insbesondere rumänischen Mehrheit unversehrt erhalten. In manchen Beziehungen wird es rumänischerseits schon stark bedroht, mit dem Magyarentum vereint bildet es aber einen festen Schutzwall gegen östliche Bestrebungen.

Auch die Rumänen haben keine Ursache, über ihre Lage in Ungarn Klage zu führen. Dass sie es doch oft tun, ist noch kein Beweis der Berechtigung. Sie bildeten im Lande nie eine Nation, wie die Sachsen im alten Siebenbürgen, hatten keine Privilegien, wie die Sachsen und Deutschen, besassen auch keine historischen Rechte. wie diese, trotzdem sind sie ihnen gleichgestellt, haben ihre nationale Kirche mit eigenem Ritus, ihre nationalen Schulen mit eigener rumänischer Unterrichtssprache, in Gemeinden mit rumänischer Bevölkerung eine rein rumänische Gemeindeverwaltung. Dasselbe gilt für alle andern Nationalitäten, wie denn auch in Ungarn die Rechte der Bürger nicht nach ihrer Sprache bestimmt werden, sondern alle Völker des Landes gleichberechtigte Teile der einheitlichen ungarischen politischen Nation sind.

Wie die Rechte der Nationalitäten berücksichtigt werden und welches Entgegenkommen der ungarische Staat seiner nichtmagyarischen Bevölkerung gegenüber bekundet, dafür möge hier einiges ganz kurz vorgebracht werden.

Staat und Kirche sind in Ungarn vollkommen getrennt voneinander. Sämtliche Konfessionen geniessen vollkommene Freiheit, nur die staatliche Aufsicht kommt ihnen gegenüber zur Geltung, aber auch diese nur insofern, als die Wahl der Bischöfe — die Kirchen wählen sie selbst, nur die katholische Kirche bildet eine Ausnahme; deren Bischöfe werden vom obersten Patronatsherrn, dem Könige ernannt — der Bestätigung des Königs bedarf; ansonsten ist jede Konfession autonom ohne jeglichen staatlichen Einfluss. Der Staat regelte nur gesetzlich die Minimalgehälter der unteren Geistlichkeit und kann eine Konfession diese Minimalgehälter nicht erschwingen, so werden diese von Staats wegen ergänzt. Auf diese Weise zahlte Ungarn an Kirchen für Geistlichengehälter ausser den allgemeinen Unterstützungen, welche die Konfessionen als solche zur Förderung ihrer kulturellen Aufgaben erhalten, über sieben Millionen Kronen in 1914, wovon z. B. auf die beiden rumänischen Kirchen — griechisch-orthodox und griechisch-katholisch — fast vier Millionen entfielen.

Die Freiheit der Kirche in sprachlicher Beziehung kennzeichnet vielleicht nichts so prägnant, als der Umstand, dass von 11.070 selbständigen Kirchengemeinden des Landes insgesamt nur in 4406 die Predigten in ungarischer Sprache gehalten werden, also 5017 Kirchen ausschliesslich in anderen Sprachen, und in 1548 Gemeinden mit gemischtsprachiger Bevölkerung abwechselnd in ungarischer und anderer Sprache.

Wie betreffs der Kirche besteht in Ungarn auch betreffs der Schule weitgehende Freiheit. Jeder Kirchengemeinde und jeder Kommune steht das Recht zu, eigene Schulen zu erhalten mit *eigener Unterrichtssprache,* nur wird der obligatorische Unterricht der Staatssprache auch gefordert. So bestanden in Ungarn 1913/14 kommunale und konfessionelle Volksschulen *mit fremder, also nichtungarischer* Unterrichtssprache 3321, Lehrlingsfortbildungsschulen 17, Bürgerschulen 16, Lehrer- und Lehrerinseminare 11, Höhere Handelsschule 1, Gymnasien und Realschulen 17, also zusammen 3383 Schulen mit nicht-ungarischer Unterrichtssprache. Der überwiegende Teil dieser Schulen ist rumänisch — 2170 — natürlich mit rumänischer Unterrichtssprache, deutsch hievon sind 449, natürlich mit deutscher Unterrichtssprache.

Es würde zu weit führen, mich hier eingehender auf die Nationalitätenfrage einzulassen, ich darf es auch nicht tun, ohne von meinem Gegenstand zu stark abzuweichen, nur das eine möchte ich aber als Ergänzung noch erwähnen, dass in Ungarn ähnlich der Geistlichkeit auch die Minimalgehälter der nicht-staatlichen Lehrer von Gesetzes wegen festgestellt sind und dort, wo die Kirchengemeinden oder Kommunen dies nicht leisten können, werden diese Gehälter von Staats wegen ergänzt, wofür das Staatsbudget in 1913/14 noch besonders mit über 2·6 Millionen Kronen aufzukommen hatte.

Der ungarische Staat erfüllt daher auch seinen Nationalitäten gegenüber seine Pflichten in liberaler Weise und lässt ihrer kulturellen Entwicklung freien Spielraum.

Der Charakter des Landes ist aber ein einheitlicher, nicht nach Nationalitäten geteilter, wie jener Österreichs. Innerhalb dieser Einheitlichkeit sollen die Rechte und die Eigenartigkeit der Nationalitäten auch künftighin gewahrt werden, ja in manchen Beziehungen kann ihnen noch mehr Entgegenkommen bewiesen werden, aber immer nur bis zu jener Grenze, welche diese Einheitlichkeit nicht gefährdet, wie auch Österreich zu dem Grundprinzipe des 1867er Ausgleichs und des deutsch-österreichisch-ungarischen Bündnisvertrags, zum deutschen Charakter des Staates zurückkehren muss, soll die Monarchie in ihrer Kraft als unabhängige Grossmacht erhalten werden.

Mitteleuropa wird der Weg hiezu sein. Eine engere Verbindung mit dem Deutschen Reiche — immer nur als Verbindung von selbständigen Staaten verstanden — muss in erster Reihe diese Folge für die Österreichisch-Ungarische Monarchie, für Österreich und für Ungarn haben.

Ungarn muss daher an der Schaffung eines solchen Mitteleuropa ein wichtiges nationales und politisches Interesse haben,

wie denn auch *das Deutsche Reich aus dem Kriege die Lehre ziehen muss, dass ihm der einheitliche ungarische Staat mit magyarischer Führung, also die einheitliche ungarische Nation eine ebensolche Notwendigkeit im Bündnisse mit Österreich-Ungarn ist, wie der starke österreichische Staat mit der Führung der Deutschen in Österreich.*

Nur ein solches Mitteleuropa kann lebensfähig sein, nur ein solches Mitteleuropa vermag der slawischen Expansion Widerstand zu leisten und in politischer Beziehung muss dies der wichtigste Zweck Mitteleuropas sein. Hierin begegnen sich die politischen Interessen des Deutschen Reichs und Österrech-Ungarns, zu diesem Zwecke müssen sie sich politisch so eng wie nur möglich einander angliedern.

Die nationale Garantie, welche sich Ungarn durch das so zu schaffende Mitteleuropa, durch seine politische Interessengemeinschaft mit dem Deutschtum sichert, ist aber nicht das einzige politische Interesse Ungarns an demselben. Vom ungarischen Gesichtspunkt — und auch von dem der österreichisch-ungarischen Monarchie — hat der Balkan, die Gestaltung der dortigen Verhältnisse ganz besondere Bedeutung. Ungarn grenzt im Süden und Osten unmittelbar an Balkanländer, wie es denn überhaupt — abgesehen von seinen österreichischen Grenzen — nur mit diesen Ländern in unmittelbarer Nachbarschaft ist; an seinen südlichen Grenzen Serbien und Montenegro, an den östlichen Rumänien und voraussichtlich in der Zukunft auch Bulgarien. Da kann es für Ungarn nicht nur nicht gleichgültig sein, ja es muss als ein vitales Interesse betrachtet werden, wie sich die Balkanpolitik gestaltet, welche Stellung die Balkanstaaten in der Zukunft einnehmen werden.

Bulgarien ist unser Bundesgenosse geworden, sein Volk ist ebenso thuranischer Abstammung, wie das magyarische, mit Bulgarien dürfte die Zukunft nur innigere Verhältnisse zeitigen. Das Schicksal Serbiens und Montenegros kann für uns nur im Einverständnis mit dem Deutschen Reiche so entschieden werden, wie es unsere Interessen erheischen, und was Rumänien anbelangt, kann wieder nur ein starkes Mitteleuropa die Garantie des dauernd guten Verhältnisses bieten, denn einem solchen Bündnisse sich anzuschliessen, muss auch ein rumänisches Interesse sein. Vergebens müssen alle Künsteleien und Agitationen in Rumänien werden, endlich und schliesslich muss dieses entwickelungsfähige Königreich wieder zur Politik seines ersten und grossen Königs Carol zurückkehren, wie dies bekanntlich auch der Auffassung seines Nachfolgers Königs Ferdinand entspricht, will es seine Zukunft gesichert haben.*)

Die Attraktion der Nachbarstaaten für ihre Stammverwandten in Ungarn muss aber einmal aufhören, die innere Ruhe und Sicherheit des Landes fordert dies gebieterisch, wir müssen uns nach dem Kriege diese Ruhe um jeden Preis verschaffen. Innerhalb Mitteleuropas, in einer politischen, militärischen und wirtschaftlichen Verbindung mit dem Deutschen Reiche wird dies allerdings viel leichter und beständiger sein, denn ein solches Mitteleuropa muss nach dem Kriege die Attraktion für die Balkanstaaten bieten, ihre vitalsten Lebensinteressen, ihr staatlicher und nationaler Bestand wird es von ihnen gebieterisch fordern, sich diesem Mitteleuropa anzuschliessen, diesem Bündnisse der Zentralmächte beizutreten. Damit aber wird der dauernde Friede am Balkan gesichert, denn wenn es gelingen würde, die Türkei, Bulgarien, Rumänien und Griechenland in ein Bündnis zusammenzubringen — Serbien und Montenegro werden nach dem Kriege wahrscheinlich aufgehört haben, und wenn sie als selbständige Staaten in einer Form eventuell doch bestehen sollten, wird für ihre Unschädlichkeit gesorgt werden — und sie Mitteleuropa in entsprechender Form anzugliedern, dann ist der Friede am Balkan endlich gesichert. Und damit komme ich auf ein weiteres Interesse Ungarns und der Monarchie an Mitteleuropa, denn was Balkanunruhen für uns bedeuten, das haben wir seit fast einem Jahrzehnt, insbesondere aber während

*) War fast ein Jahr vor dem rumänischen Krieg geschrieben.

der Annexion Bosniens und der Herzegowina, wie während der zwei letzten Balkankriege sehr empfindlich zu spüren bekommen. Ungarn und die Monarchie konnten politisch und militärisch nicht zur Ruhe kommen, wirtschaftlich aber wurden sie äusserst empfindlich geschädigt, ihr Export nach dem Balkan wurde Jahre hindurch unterbunden, was wieder zur wirtschaftlichen Schwächung beider Staaten der Monarchie stark beitrug.

Mit der Schaffung eines solchen Mitteleuropa wird das seit Jahrzehnten schwebende Problem der germanischen Hegemonie auf dem europäischen Festlande gelöst werden können, denn einem solchen Block von Staaten, welcher von der Nord- und Ostsee bis zur Adria, dem Mittel- und Schwarzen Meer reicht, wird sich der moskowitische Strom nicht entgegensetzen können, kein Staatenbund wird die Macht haben, diesen Block zu bekämpfen. So wird dieser Block die stärkste Garantie zur Erhaltung des europäischen Friedens. Und da Ungarn geographisch im Mittelpunkte dieses Blocks stehen würde, da die ungarische Kultur sich von jeher der grossen deutschen Weltkultur anschliesst und aus dieser schöpft, muss *Ungarn an dem Zustandekommen eines solchen Mitteleuropa ein ganz besonderes Interesse haben.*

Die öffentliche Meinung in Ungarn ist auch vollkommen durchdrungen von der Notwendigkeit des so auszugestaltenden Bündnisses mit dem Deutschen Reiche, beziehungsweise der Schaffung eines *solchen* Mitteleuropa. Die parlamentarischen Parteien des Landes stehen seit jeher auf diesem Standpunkte, das Bündnis mit Deutschland ist in Ungarn in Fleisch und Blut des Volkes übergegangen. Nur eine Gruppe der Unabhängigkeitspartei ist anderer Ansicht, wie es denn von jeher in dieser Partei eine Fraktion gab, welche dem deutschen Bündnisse nicht eben freundlich gegenüberstand, ja es sogar parlamentarisch bekämpfte. Aber die grosse Mehrheit selbst dieser Partei und alle andere Parteien in ihrer Gänze — welche auf der Grundlage des Ausgleichs von 1867 stehen

und die überwiegende Mehrheit des Landes bilden — stehen rückhaltlos auf dem Standpunkte des Bündnisses und werden zufolge des Krieges, in welchem dieses Bündnis sich so glänzend bewährte, noch entschiedener auf diesem Standpunkte beharren. Ein ernster Widerstand gegen dieses Mitteleuropa kann daher in Ungarn nicht aufkommen, wie es auch seit Bestand des deutsch-österreichisch-ungarischen Bündnisses trotz vielen Versuchen, nie gelingen konnte, gegen dieses Bündnis in Ungarn Stimmung zu machen.

Ich erwähnte die ungarischen Parteien. Es dürfte angezeigt sein, sie nach ihren Programmen kurz zu kennzeichnen, um jenen, denen die ungarischen Verhältnisse nicht bekannt sind, — und das wird die Mehrheit sein — einen flüchtigen Überblick über die ungarischen parlamentarischen und politischen Verhältnisse zu ermöglichen. Es ist dies auch deshalb notwendig, um für die Behandlung der wirtschaftlichen Seite Mitteleuropas schon die entsprechende Orientierung zu bieten.

Die ungarischen politischen Parteien gruppieren sich in ihren Hauptzügen nach staatsrechtlichen Prinzipien. Dies ist kein Vorteil für das Land, weil es einem beträchtlichen Teil der Berufspolitiker die Möglichkeit nimmt, auf Grund ihrer Prinzipien an der Regierung teilnehmen zu können. Der eine Teil der Parteien steht auf der Grundlage des Ausgleiches von 1867 — es gibt deren derzeit drei, von denen zwei oppositionell sind —, auf der Grundlage der dualistischen Monarchie mit Anerkennung der mit Österreich pragmatisch gemeinsamen Angelegenheiten — auswärtige Vertretung und Gemeinsamkeit des Heereswesens —, der andere Teil, die sogenannte Unabhängigkeitspartei, bekämpft die erwähnte Gemeinsamkeit, welche sie auf gesetzlichem Wege abändern will und das Verhältnis zu Österreich — ohne Lockerung der Monarchie — auf die Grundlage der Personalunion stellen möchte, also ohne gemeinsame Angelegenheiten, welche nach ihrem Wunsche in beiden Staaten selbständig zu sein hätten. Diese letztere Partei wünscht auch *prinzipiell* eine Trennung des derzeit einheitli-

chen Vertragszollgebietes, also selbständige Zollgebiete für beide Staaten, während die sogenannten siebenundsechziger Parteien diesbezüglich auf dem Standpunkte stehen, dass die wirtschaftlichen Interessen des Landes auch bei Aufrechterhaltung des freien Verkehrs zwischen beiden Staaten befriedigt werden können, wobei aber auch diese an dem gesetzlich gewährleisteten Rechte des Landes festhalten, für den Fall eine selbständige Handelspolitik betreiben zu können, dass eine Einigung mit Österreich auf wirtschaftlichem Gebiete nicht gelingen sollte. Denn während die Gemeinsamkeit der auswärtigen Vertretung und des Heeres pragmatisch gemeinsam ist, beziehungsweise die gegenseitige Verteidigung so geregelt ist, besteht in dem wirtschaftlichen Verhältnisse der beiden Staaten der Monarchie keinerlei Bindung; die Regelung dieses Verhältnisses ist einer von Zeit zu Zeit vorzunehmenden gegenseitigen Vereinbarung vorbehalten, wobei die beiden Staaten miteinander so verhandeln, wie zwei voneinander unabhängige Staaten. ,

Ausser diesen zwei grossen Parteigruppen — von welchen die letztere in der Minorität ist — besteht im ungarischen Reichstage noch eine kleine Gruppe einer Demokratenpartei und eine kleine Gruppe von Nationalitäten-Vertretern, Rumänen und Slowaken. Sozialdemokraten haben im ungarischen Reichstage noch keinen Sitz.

Ich musste mir diesen kleinen Ausflug auf das Gebiet der ungarischen politischen Parteiverhältnisse erlauben, denn ohne Kenntnis dieser könnten in meinen Darstellungen Unklarheiten bestehen, welche ich vermeiden möchte.

Doch will ich zu Mitteleuropa zurückkehren und die ungarischen Interessen weiter anführen, um von diesem Gesichtspunkte ein möglichst klares und ganzes Bild zu bieten.

Die politischen und nationalen Gesichtspunkte hätte ich erledigt, jetzt will ich auf die wirtschaftliche Seite der Frage übergehen, denn Mitteleuropa kann nicht nur politisch und militärisch geschaffen werden, es muss auch wirtschaftlich so

ausgestaltet sein, dass es eine möglichst ganze Schöpfung darstelle. Mit dem alten Bismarck'schen Prinzip, wonach auswärtige Politik und Handelspolitik miteinander nichts zu tun haben und die politische Freundschaft nicht unbedingt auch mit wirtschaftlicher Freundschaft verbunden sein muss, muss nach den seitherigen Erfahrungen gründlich aufgeräumt werden. Aber auch abgesehen hievon, muss diese Lehre aus dem Kriege abgeleitet werden; wollten wir es selbst nicht, werden uns dazu unsere Feinde zwingen. Nicht Ungarn, sondern die Zentralmächte überhaupt. Ungarn hätte feindliche wirtschaftliche Massnahmen am wenigsten zu fürchten, einerseits zufolge seines wirtschaftliches Charakters als weitaus überwiegender Agrarstaat, andererseits zufolge seiner leider zu geringen unmittelbaren Auslandsverbindungen. Als Agrarstaat hat Ungarn in Österreich noch sehr lange seinen sicheren Absatz, seine gesamte Getreideausfuhr noch dem Zollauslande beträgt nicht mehr, als jährlich 1·66%*) seiner Gesamtproduktion, ist also ganz belanglos, seine junge Industrie hat um so weniger Ursache zu einer Befürchtung, als sie kaum 30—35% des Gesamtkonsums des Landes aus eigener Produktion zu decken vermag, und der überseeische Rohstoffbedarf derselben — leider — ein verhältnismässig sehr geringer ist, kaum 300 Millionen Kronen im Jahre, also die Abhängigkeit der industriellen Produktion eine unvergleichlich geringere ist, als jene Österreichs oder gar des Deutschen Reiches. Dazu kommen noch die ebenfalls unvergleichlich geringeren Exportinteressen der ungarischen Industrie, welche ausser in Deutschland und am nahen Balkan kaum in Betracht kommen können. Auch diesbezüglich spielt für Ungarn der österreichische Markt die Hauptrolle, wie denn überhaupt Österreich 80—85% des gesamten ungarischen Exportes aufnimmt und 85—90% des gesamten ungarischen Importes aus Österreich stammen, beziehungsweise durch

*) Dr. Friedrich Fellner: Die Landwirtschaft Ungarns und die wirtschaftliche Annäherung zum Deutschen Reich.

Österreich vermittelt werden. Überhaupt muss festgestellt werden, dass Ungarn als Agrarstaat in den wirtschaftlichen Folgen des Krieges in verhältnismässig geringerem Masse getroffen werden dürfte; die Natur der wirtschaftlichen Konstruktion bringt dies mit sich, der Bodenbesitz wird im Kriege am geringsten in Mitleidenschaft gezogen und wird auch nach dem Kriege die verhältnismässig geringsten Lasten und Opfer zu ertragen haben. Allerdings hat dies auch seine grossen Schattenseiten, insbesondere vom Standpunkte der Staatsfinanzen, an denen die Landwirtschaft den geringeren Anteil nimmt, zumal die Landwirtschaft in Ungarn nicht nach den wirklichen Erträgnissen, sondern nach einer alten Kataster-Klassifikation besteuert wird, die gesamte ungarische Bodensteuer ist mit 75 Millionen Kronen limitiert, eine Summe, welche mit dem Grundwerte von rund 20 Milliarden*) und dem Brutto-Erträgnisse von rund 8 Milliaden in kleinerlei Verhältnis steht. Bei den enormen Kriegslasten, welche sich für den Staat ergeben werden, dürfte nach dem Kriege diese Steuerleistung auch einer gründlichen Revision unterzogen werden!

Wenngleich Ungarn daher gemäss seiner geographischen Lage und seiner wirtschaftlichen Verhältnisse durch feindliche wirtschaftliche Massnahmen unvergleichlich weniger betroffen werden kann, als Österreich oder Deutschland kann und darf die wirtschaftliche Ausgestaltung Mitteleuropas selbst vom ungarischen Interesse nicht von diesen Gesichtspunkten beurteilt werden. Es wäre dies eine sehr grosse Kurzsichtigkeit, welche sich sehr bald rächen könnte, denn es müsste eine Ausschaltung Ungarns aus dem internationalen Verkehr zur Folge haben, Ungarn müsste einfach auf jede weitere wirtschaftliche Entwicklung verzichten. Das kann aber kein ungarisches Interesse sein. Im Gegenteil, Ungarn muss eine wirtschaftliche Aus-

*) Dr. Friedrich Fellner: Das Nationalvermögen Österreichs und Ungarns.

gestaltung anstreben, welche es ihm ermöglicht, die normalen Lasten eines Kulturstaates und die enormen Lasten des Krieges ertragen zu können, welch letztere sich nur bei einem zweijährigen Kriege — diese kurze Dauer ist aber leider nicht mehr möglich — auf fast eine Milliarde Kronen beziffern wird, was eine Mehrbelastung der Staatsfinanzen um mehr als 40% des derzeitgen Staatsbudgets bedeutet und dabei die gesamten direkten und indirekten Steuereinnahmen des Staates weit übersteigt. Um das leisten zu können, muss Ungarn mehr, viel mehr erzeugen als bisher, landwirtschaftlich sowohl als auch industriell, denn nur eine entsprechend gesteigerte Produktion wird die enorm steigenden Lasten erschwingen können. Da kann aber die Schaffung eines Mitteleuropa, die möglichst enge wirtschaftliche Verbindung einerseits mit dem Deutschen Reiche, andererseits zunächst mit Bulgarien und der Türkei für Ungarn nicht gleichgültig sein, in ersterer Richtung für seine gesteigerte Agrarproduktion, in letzterer Beziehung für die Entwickelung seiner Industrie. Und noch ein Gesichtspunkt soll hier erwähnt werden: das Verhältnis Ungarns zu Österreich in seinen wirtschaftlichen Beziehungen. Österreich ist bestrebt, seine Landwirtschaft zu fördern, wie es Ungarn mit seiner Industrie zu tun trachtet. Nur sind die österreichischen Erfolge diesbezüglich unvergleichlich grösser, als die ungarischen. Innerhalb der letzten dreissig Jahre vor Kriegsausbruch steigerte Österreich seine Produktion in den vier Hauptgetreidearten: Weizen, Roggen, Gerste und Hafer, in viel grösserem Masse wie Ungarn, bei Weizen mit 20·72% gegenüber 17·55 in Ungarn, bei Roggen mit 39·39% gegenüber 31·5, bei Gerste mit 58·41% gegenüber 27·37, bei Hafer mit 74·07 gegen 49·75% und nur bei Kartoffeln erreichte Ungarn eine grössere Steigerung: 22·46% gegenüber jener Österreichs von 7·86%, aber auch hier steht die österreichische Produktion mit ihrem Ernteergebnisse von 90·6 Doppelzentnern pro Hektar in 1913 höher als Ungarn, wo das Ernteergebnis nur 78·90 Doppelzentner ergab. Nach dem Kriege wird auch Österreich grössere An-

strengungen machen, seine Landwirtschaft noch stärker zu fördern, um auf geringeren Import an Brotgetreide angewiesen zu sein. Schon heute stellt sich der Importbedarf Österreichs gegenüber einer eigenen Produktion an Weizen und Roggen von durchschnittlich 45 Millionen Doppelzentnern nur mehr auf höchstens 20 Millionen, was einem Konsum von etwa 220 Kilogramm pro Kopf entspricht und wenn in Betracht gezogen wird, dass Österreich in den erwähnten dreissig Jahren bei Weizen von 13·2 Millionen es auf 16·2, und bei Roggen von 19·8 auf 27·1 Millionen brachte, aber den deutschen Durchschnittsergebnissen gegenüber ebenso rückständig ist wie Ungarn, bei der gleichen Anbaufläche bei Weizen um 14·3, bei Roggen aber um 10·5 Millionen Doppelzentner, also etwa um seinen ganzen derzeitigen Importbedarf: so muss angenommen werden, dass Österreich seine Getreideproduktion nach dem Kriege noch erheblich steigern wird können und damit dürfte sich die Lage der ungarischen Landwirtschaft innerhalb der Monarchie zumindest nicht verbessern. Allerdings darf dabei nicht übersehen werden, dass auch der österreichische Konsum mit der Industrialisierung des Landes und mit der Zunahme der Bevölkerung steigen wird, daher eine eventuelle eigene Mehrproduktion in erster Reihe zur Deckung dieses Mehrkonsums notwendig werden wird; ferner muss auch ein eventueller Gebietszuwachs durch Russisch-Polen oder eines Teiles desselben berücksichtigt werden, welches bekanntlich mit mehr als 25% seines Bedarfes an Brotgetreide passiv ist, daher von einer Gefährdung der ungarischen Produktion nicht die Rede sein kann. Aber in Rechnung gezogen müssen auch diese Umstände werden, verbessern werden sie die Lage Ungarns innerhalb der Monarchie keinesfalls. Demgegenüber steht für Ungarn die zwingende Notwendigkeit, seine landwirtschaftliche Produktion erheblich zu steigern, so dass in absehbarer Zeit auf dem österreichisch-ungarischen Vertragszollgebiet wieder ein Getreideüberschuss sich ergeben dürfte, ja die Landwirtschaft muss so weit gefördert werden, dass sich ein erheblicher

Überschuss ergebe. Sowohl für Ungarn als Produzenten ist dies eine Lebensfrage, wie für Mitteleuropa als Konsumenten. Und damit gehe ich auf die für Ungarn wichtigste wirtschaftliche Frage bei Beurteilung Mitteleuropas über: wie verhält es sich mit Mitteleuropa vom ungarischen landwirtschaftlichen Gesichtspunkte?

Der Umstand, dass Ungarn bei normalen Ernten nicht mehr als 1·66% seiner gesamten Getreideproduktion für den Export ins Zollausland zur Verfügung hat, beantwortet die aufgestellte Frage vom heutigen Stand der Landwirtschaft in dieser Beziehung. Nun hat aber die Landwirtschaft auch andere Zweige, auf welche ich noch zurückkomme und dabei darf die Antwort nicht nur vom heutigen Standpunkte erteilt werden, vielmehr muss auf den schon angedeuteten Umstand Rücksicht genommen werden, dass Ungarn seine landwirtschaftliche Produktion möglichst erhöhen muss. Und wenn da berücksichtigt wird, dass Ungarn gegenüber den deutschen Ernteergebnissen bei seiner Anbaufläche bei Weizen um rund 36, bei Roggen um 9·2, bei Gerste um 6·7, bei Hafer um 9·5, und bei Kartoffeln um 56·2 Millionen Doppelzentner rückständig ist, dass von den vier Hauptgetreidesorten auf den Kopf der Bevölkerung in Deutschland 4·6 Doppelzentner Produktion entfällt, in Ungarn aber nur 3·5; wenn ferner auch die Qualität des Bodens in Betracht gezogen wird, welcher in Ungarn viel besser ist, wenn auch demgegenüber gewisse klimatische Nachteile für Ungarn bestehen: so besitzt die ungarische Landwirtschaft doch für die fernere Zukunft sehr verheissungsvolle Entwickelungsmöglichkeiten. Aber nur für die fernere Zukunft, denn zur Verwirklichung einer grösseren Produktion braucht es Zeit, es sind grosse Investitionen notwendig, ein Viehstapel muss aufgezogen werden, die ganze Art und Weise der Bodenkultut muss manche Aenderungen erfahren und was ich an erster Stelle hätte erwähnen sollen, eine Bodenreform in demokratisch-sozialer Richtung ist vorerst notwendig, um eine intensive Landwirtschaft betreiben zu können, welche bei den

heutigen Bodenbesitzverhältnissen des Landes unmöglich ist, wo 94 Latifundienbesitzer über einen Grundbesitz von über zwei Millionen Hektar, die katholische Kirche und ihr Studienfond fast eine Million, die Kommunen fast eine Viertelmillion Hektar Ackerboden besitzen, darunter Güter von 100.000—300.000 Hektar und auch darüber.

Ein enges wirtschaftliches Bündnis mit dem Deutschen Reiche, also Mitteleuropa muss diesbezüglich auf die Verhältnisse günstig einwirken, durch rationellen und intensiven Betrieb der Landwirtschaft muss eine Steigerung der Erträgnisse derselben erfolgen, hieraus aber eine Steigerung der Bodenpreise, was alsdann schon selbst einen Anreiz für eine Bodenbesitzreform bilden muss, welche ich meinerseits auch ganz unabhängig hievon von Staats wegen fordere. Der Staat muss hier eingreifen wie es unter anderen auch Preussen in die Wege leitete, das in seinen sechs östlichen Provinzen durch die Ansiedelungskommissionen und die Generalkommission innerhalb der letzten dreissig Jahre 408.000 Hektar Fläche in Bauerngüter umwandelte und damit nicht nur 32.000 deutschen Familien eine Existenz schuf, sondern gleichzeitig auch zur Förderung seiner Landwirtschaft beitrug.

Könnte aber die erhöhte ungarische Getreideproduktion sich auf Mitteleuropa stützen und fände sie darin eine sichere Garantie für die hiefür notwendigen grossen Investitionen?

Ein flüchtiger Blick auf die landwirtschaftlichen Produktions- und Importverhältnisse des Deutschen Reiches erteilt hierauf die Antwort. Durch die eigene Produktion ungedeckt ist in Deutschland im Durchschnitte der Jahre 1906—1913 ein Import an Weizen von rund 383 Millionen Mark, hievon den Durchschnitt derselben Jahre an Roggenexport mit 90 Millionen abgerechnet, benötigt Deutschland jährlich Brotgetreide im *normalen* Werte von rund 300 Millionen Mark. Der Gersteimport derselben Jahre betrug 336 Millionen Mark. Kann es daher zweifelhaft sein, dass das Deutsche Reich die Mehrproduktion Ungarns aufnehmen kann? Die Vorbedingung

hiefür ist natürlich die Vorzugsstellung Ungarns, beziehungsweise Ungarns und Österreichs am deutschen Markte allen anderen Staaten gegenüber, über deren Form die Ansichten geteilt sein können, deren Notwendigkeit aber nicht bezweifelt werden kann; denn wenn die Vereinigten Staaten von Nordamerika, Russland, Argentinien, Britisch-Nordamerika, Rumänien und Australien, als die bedeutendsten Getreideexport-Staaten nach Deutschland derselben Behandlung teilhaft werden, dann hat Mitteleuropa für Ungarn — und für Österreich — in dieser Beziehung keinen besonderen Wert, dann kann auch von einer Sicherung der Abnahme der ungarischen Mehrproduktion keine Rede sein. Ganz ähnlich gestaltet sich das Verhältnis mit dem Bedarf des Deutschen Reichs an Schlachtvieh und anderen landwirtschaftlichen Produkten, von denen ich nur als Beispiel das Bau- und Nutzholz mit einem Nettoimporte der oben erwähnten Jahre von 215 und den Eierimport von 165 Millionen Mark erwähnen möchte, um nicht zu viel Ziffern anzuführen. Mit dem Viehbestande wird es Ungarn in den allernächsten Jahren nicht besser ergehen, als mit dem Getreideüberschuss, denn der Krieg richtete in unserem Viehbestande starke Verheerungen an. Aber unser Viehstock ist gesund, innerhalb einiger Jahre wird Ungarn wieder exportfähig sein und da der deutsche Markt einen Importbedarf an Hornvieh von über 70, an Schweinen fast 50 Millionen Mark hat, kann dieses Absatzgebiet für Ungarn auch nicht gleichgültig sein.

Ich will es unterlassen, weitere Beispiele anzuführen und möchte in landwirtschaftlicher Beziehung nur noch eine, vom Gesichtspunkte Ungarns nicht unwesentliche Frage aufwerfen, jene des wirtschaftlichen Anschlusses unserer weiteren Verbündeten, Bulgariens und der Türkei an Mitteleuropa. Dieser Frage muss eine ganz besondere Wichtigkeit beigemesen werden, denn von deren Beantwortung muss einerseits die Stellungnahme der ungarischen — und auch der österreichischen — Landwirtschaft abhängig sein, andererseis hängt von diesem

Anschlusse die Möglichkeit einer Kompensation auf industriellem Gebiete ab und ohne diesen Anschluss könnte auch die vom mitteleuropäischen Gesichtspunkte unbedingt notwendige wirtschaftliche Autarkie nicht erreicht werden.

Auch in dieser Beziehung kann nur von einer späteren Zukunft die Rede sein, denn heute ist die bulgarische und die türkische (asiatische) landwirtschaftliche Produktion noch so gering, dass von einer Konkurrenz gar nicht gesprochen werden kann, und zwar weder auf dem Gebiete der Getreideproduktion, noch was den Viehimport anbelangt.

Mitteleuropa wird aber für Bulgarien und insbesondere für die enormen Gebiete der asiatischen Türkei einen Aufschwung wirtschaftlicher Investitionen bringen, die zum grossen Teil landwirtschaftlicher Natur sein werden, diesbezüglich wird es daher notwendig sein, die Interessen der ungarischen — und der österreichischen — Landwirtschaft zu wahren, wobei übertriebene, ungerechtfertigte Forderungen natürlich nicht berücksichtigt werden dürfen, denn die wirtschaftliche Politik, welche Österreich und Ungarn seit mehr als einem Vierteljahrhundert den Balkanstaaten gegenüber verfolgte, muss für die Zukunft einer Revision unterzogen werden, die Balkanpolitik der Vergangenheit kann nicht weiter so betrieben werden. Hiezu ist die Schaffung Mitteleuropas wieder von ganz besonderer Bedeutung, denn die Absperrungstendenzen dem Balkan gegenüber gingen seinerzeit von Deutschland aus, Österreich und Ungarn gaben nur den agrarischen Druck nach dem Osten weiter, welchen sie vom Westen bekamen. Dass die Weitergabe sich stärker gestaltete, als der eigene Druck, ist keine seltene Erscheinung im wirtschaftlichen Leben.

Ich kann somit vom ungarischen landwirtschaftlichen Gesichtspunkte — wie ich diesen beurteile — ein abschliessendes Urteil über die mir gestellte Frage fällen: *die Schaffung Mitteleuropas kann der ungarischen Landwirtschaft nur nützlich und erwünscht sein.*

Absichtlich vermied ich bei Behandlung dieser Frage Deutschlands künftige Beziehungen zu Russland, denn die Voraussetzung der Schaffung eines Mitteleuropas ist — wie ich es flüchtig schon erwähnte — die gegenseitige Vorzugsstellung in einer oder anderen Form, welcher kein anderer Staat, also auch Russland nicht teilhaftig werden darf. Mit dieser Bedingung steht und fällt eben dieses grosse Problem!

Die zweite grosse Gruppe des wirtschaftlichen Lebens, welches durch Schaffung Mitteleuropas berührt wird, ist die Industrie. Wie gestaltet sich nun diese Frage vom ungarischen Gesichtspunkte? Da tauchen schon mehr Bedenken auf, deren Berechtigung bis zu einer gewissen Grenze nicht bestritten werden kann. Die weitaus grösseren Interessen hat hier Österreich, dessen Industrie unvergleichbar stärker ist, als die ungarische. Dessen ungeachtet dürfen die diesbezüglichen ungarischen Interessen auch nicht unterschätzt werden. Sie bewegen sich in zwei Richtungen: die Erhaltung der bestehenden Industrie muss als erstes Ziel dabei ins Auge gefasst werden und die Schaffung einer möglichst starken, lebensfähigen neuen Industrie für die Zukunft darf nicht unmöglich werden. Betreffs des letzteren gehen die Auffassungen in Österreich und in Deutschland sehr auseinander, indem die ungarische Industrieförderung vielerseits sehr unrichtig, ja ganz falsch beurteilt wird. Mit dem bekannten Argument, Ungarn möge der Agrarstaat bleiben, welcher nur seine Landwirtschaft entwickeln und die Brotkammer Mitteleuropas sein soll, kann ich sehr kurz fertig werden. Wäre das Deutsche Reich je zu einer solchen Macht geworden, wenn es während des letzten halben Jahrhunderts und insbesondere während der letzetn drei Jahrzehnte keine solche industrielle Tätigkeit entfaltet hätte? Besteht die grosse Kraft Deutschlands heute nicht eben darin, dass es ein doppeltes Wirtschaftssystem sich eingeführt hat, neben einer blühenden Landwirtschaft eine mächtige Industrie? Könnte Deutschland seine enorm zunehmende Bevölkerung erhalten, wenn es auf die Landwirtschaft allein,

oder auch nur zum überwiegenden Teil auf die Landwirtschaft angewiesen wäre? Hätte die deutsche Auswanderung, welche schon drohende Dimensionen anzunehmen begann, in diesem Falle so rasch abgenommen? Hätte das deutsche Volk auch dann die Möglichkeit, jährlich ein Ersparnis von so viel Milliarden Mark aufzuweisen — nach Helfferich mit dem Wertzuwachs 10 Milliarden*) —, wenn Deutschland kein Industriestaat wäre? Welche Quellen hätten dem Deutschen Reiche zur finanziellen Durchhaltung dieses Krieges zur Verfügung gestanden, hätte es nicht seine kapitalkräftige Industrie und den damit verbundenen Handel? Wo würden die grossen deutschen Kapitalien ihre Anlagen gefunden haben, woraus wäre das grosse Nationalvermögen entstanden, wenn nicht in der und durch die Industrie? Und von wo bekämpft Deutschland seine enormen Kriegsausrüstungen, wie stünde Deutschland in diesem Kriege da, hätte der deutsche Schaffensgeist diese mächtige Industrie nicht rechtzeitig und in so vielfacher Richtung geschaffen? Wer wird aber schliesslich die fast unerschwinglichen Kriegslasten nach dem Kriege im überwiegenden Masse ertragen, die Industrie oder die Landwirtschaft?

Wie viele ähnliche Fragen könnten noch gestellt werden in dieser Richtung! Doch ich will es unterlassen, denn als würde ich die Antwort auf all diese Fragen hören: Ungarn ist kein geeignetes Gebiet für die Industrie, Ungarn hat noch viel zu viel Aufgaben auf landwirtschaftlichem Gebiete zu lösen, es soll nur diesen gerecht werden können, die ungarische Industrie konnte auch bisher nur mit künstlichen Mitteln erzogen und erhalten werden usw. Diese Entgegnungen sind mir wohl bekannt, nicht das erstemal bekämpfe ich sie, immer wieder müssen sie von neuem bekämpft werden, obwohl sie schon durch Tatsachen widerlegt sind.

Ausser den staatsrechtlichen Fragen, welche zwischen Österreich und Ungarn immer wieder auftauchten, welche aber

*) Dr. Karl Helfferich: Deutschlands Volkswohlstand 1888—1913.

nach dem Kriege voraussichtlich verschwinden werden, denn einerseits bewährte sich die dualistische Staatsform in einer Weise, wie man es sich nie zu erhoffen wagte, andererseits lieferte Ungarn die schlagendsten Beweise in diesem Kriege, dass seine staatliche Selbständigkeit mit den Interessen der Monarchie nicht nur nicht im Widerspruche stehe, sondern im Gegenteil, die Ausschaltung dieser bisher strittig gewesenen Frage, die rückhaltlose Anerkennung der ungarischen Staatlichkeit eben geeignet ist, die Monarchie zu stärken, waren es seit jeher die wirtschaftlichen Fragen, welche das Verhältnis zwischen den beiden Staaten der Monarchie störten. Immer wieder jene Auffassung, dass Ungarn nur ein Agrarstaat bleibe, Österreich aber möglichst industrialisiert werde. Die verhältnismässig langsame Entwickelung der ungarischen Industrie, die als Folge der Zollgemeinschaft mit Österreich sich als unbedingt notwendig erweisenden verschiedenen künstlichen Mittel führten zur Bewegung des selbständigen Zollgebietes, zur Forderung der Zolltrennung von Österreich, welche Forderung ein prinzipieller Programmpunkt einer grossen politischen Partei des Landes, der schon erwähnten Unabhängigkeitsparteil wurde. In dieser Beziehung stimmt die Auffassung dieser politischen Partei mit dem überwiegenden Teile der ansonsten sich politisch nicht zu dieser Partei bekennenden ungarischen Industrie überein und diese Kämpfe werden insolange nicht zur Ruhe kommen können, bis wir es nicht mit viel schwerwiegenderen Tatsachen beweisen werden, dass die Schaffung einer entsprechenden Industrie — wie ich es auch hier behaupte — auch auf der Grundlage des freien Verkehrs zwischen den beiden Staaten der Monarchie möglich ist. Selbst politische Kreise, welche ansonsten für die möglichst enge wirtschaftliche Verbindung mit Deutschland sind, wünschen diese Verbindung im Zusammenhange mit der Errichtung einer Zwischenzollinie zwischen Österreich und Ungarn. Ich erwähne diesen Umstand nur als Beweis dessen, dass die Schaffung eines Mitteleuropa kein Hindernis für die Entwicke-

lung und Förderung der ungarischen Industrie bilden darf, denn sonst müsste notgedrungenerweise jene politische Richtung, welche mit der Forderung des selbständigen Zollgebietes die derzeitige wirtschaftliche Verbindung mit Österreich bekämpft, auch unser Bündnis mit dem Deutschen Reiche bekämpfen, was gewiss nicht wünschenswert ist. Jene Richtung müsste dadurch eine unerwünschte Stärkung erhalten, welcher ich schon vorher gedachte, jene Fraktion der Unabhängigkeitspartei, welche — wie ich es ebenfalls schon erwähnte — auch vor dem Kriege keine besonderen Sympathien für das Bündnis mit dem Deutschen Reiche bekundete, ja es offen bekämpfte. Dass dies nicht im Interesse unseres sich noch enger zu gestaltenden Bündnisses wäre, dass hiedurch der grossen Idee Mitteleuropas kein guter Dienst erwiesen werden würde, braucht nicht besonders hervorgehoben zu werden.

Ist dies aber notwendig? Keinesfalls. Denn alle Behauptungen, dass Ungarn für eine Industrie nicht geeignet wäre, sind irrig und unbegründet. Ungarn ist für eine ganze Reihe von Industrien ganz besonders geeignet, seine Arbeiterschaft ist intelligent, und hat Ausdauer, da es aber keinen selbständigen Zollschutz hat, daher ist die Entwickelung seiner Industrie eine schwerere und langsamere. Die Eisen- und eisenverarbeitende Industrie, die Maschinenindustrie, die Schafwoll- und Baumwollindustrien, die Seidenspinnerei, die Hanf- und Juteindustrie, die Glas- und Papierindustrie, Gerber- und Lederindustrie, alle Zweige der Holzindustrie, alle, aber alle haben in Ungarn einen sicheren Boden und den günstigen Produktionsverhältnissen schliesst sich das sichere, mit der wirtschaftlichen Entwickelung des Landes immer steigende Absatzgebiet an.

Zum eigenen Absatzgebiet kommt noch die unmittelbare Nachbarschaft der Balkanländer, deren wirtschaftlicher Anschluss an Mitteleuropa bei entsprechender Einrichtung jene Nachteile auszugleichen geeignet erscheint, welche der Industrie durch die wirtschaftliche Annäherung an Deutschland

in manchen Beziehungen entstehen können. Denn dass solche Nachteile entstehen können und eventuell auch werden, darf nicht geleugnet werden, nur ist es fraglich, ob diese Nachteile so bedeutend wären, dass die sich für die spätere Zukunft darbietenden Vorteile sie nicht überragen würden? Und dies um so mehr, als es auch Industrien in Ungarn gibt, welche die Annäherung wünschen, weil sie darin einen Vorteil für sich erblicken.

Vom Standpunkte der ungarischen Industrie müssen daher bei Schaffung Mitteleuropas die erwähnten zwei Gesichtspunkte beobachtet werden. Es darf nicht den Anschein haben, als ob die unvergleichlich stärkere deutsche Industrie die schwächere ungarische in ihrem Bestande gefährden wollte. Es ist dies keineswegs der Fall, es wäre auch nicht im deutschen Interesse. Die Industrie kennt gar manche Mittel und Wege zur Verhütung solcher Gefahren, sie werden angewendet werden müssen, und dann wird die ungarische Industrie aus dieser Verbindung nicht nur keine Nachteile erleiden, sondern im Gegenteil, sie wird sich Vorteile daraus schlagen. Der zweite Gesichtspunkt ist die Förderung der ungarischen Industrie durch Heranziehung befreundeten Kapitals und befreundeter Unternehmungslust und in dem Masse als Deutschland in dieser Richtung sein Interesse für Ungarn bekunden wird, wird die wirtschaftliche Ausgestaltung Mitteleuropas stärker und fester werden, in dem Verhältnisse werden auch die Gegner Mitteleuropas zur Überzeugung gebracht werden können, dass Mitteleuropa auch in industrieller Beziehung nicht zum Nachteile Ungarns ist, wodurch unser Bündnis eine weitere Stärkung erfahren muss.

Vom Gesichtspunkte der ungarischen Interessen spielt in wirtschaftlicher Richtung die im Einverständnisse aller in Mitteleuropa beteiligten Staaten zu führende Handelspolitik eine ganz besondere Rolle. Hierin liegt eigentlich der Angelpunkt für Ungarn und für Österreich. Vorteile für unsere beiden Volkswirtschaften können sich — wenigstens für die erste Zeit

des neuen Verhältnisses — nur aus einer solchen einverständlichen Handelspolitik ergeben. Was wir beide uns allein von einem dritten nicht zu erkaufen vermögen, würden wir uns im Einverständnisse mit Deutschland und unserer anderen Verbündeten leicht verschaffen können. Nicht nur bei Friedensschluss, wo unser geschlossenes Auftreten seine Früchte bringen muss, sondern auch später, auch Staaten gegenüber, die am Friedensschluss nicht beteiligt sein werden.

Im Zusammenhange mit der Industrie muss noch kurz der Rohstoff-Frage Erwähnung gemacht werden. Durch Förderung der ungarischen Landwirtschaft kann die Unabhängigkeit der Lebensmittelversorgung Mitteleuropas gewährleistet werden. Jeder Aushungerungsversuch muss künftighin, sollte es zu einer neueren Abrechnung kommen, hieran scheitern. Auch die Vorratswirtschaft der Zukunft, welcher nicht mehr aus dem Wege gegangen werden kann, wird stark erleichtert werden können. Ungarn wird in dieser Beziehung ein überaus wertvolles Glied Mitteleuropas werden. Wie steht es aber mit den industriellen Rohstoffen? Ungarn ist zwar daran — wie schon erwähnt — heute im geringeren Masse interessiert, wie Österreich und Deutschland, aber mit der Entwicklung seiner Industrie wird sein diesbezügliches Interesse allmählich steigen. Dieselbe Abhängigkeit wie für Deutschland und Österreich besteht derzeit in dieser Beziehung auch für Ungarn, ja diese wird dadurch noch grösser, dass die Verbindungen Ungarns in den meisten Beziehungen keine unmittelbaren sind. Da ist es wieder von ganz besonderer Bedeutung, dass die Türkei dem zu schaffenden Mitteleuropa wirtschaftlich angegliedert werde, um in Bezug auf viele wichtigere Rohstoffe von dort versorgt werden zu können. Baumvolle, Kupfer, Gerbstoffe und Petroleum kommen da besonders in Betracht, natürlich erst nach entsprechenden dortigen Investitionen, welche dort vorgenommen werden müssen. Denn diese Gebiete müssen erst erschlossen werden, eine grosse Aufgabe, aus welcher Ungarn aber ebenso wie Österreich seinen Anteil nehmen muss.

Ob wohl nach dem Kriege ein wirtschatflicher Aufschwung kommen wird, wer vermag diese Frage mit Bestimmtheit zu beantworten. Ich für meine Person halte nicht viel davon, vielmehr fürchte ich schwere Zeiten für die Volkswirtschaft aller am Kriege beteiligten, ja selbst mancher neutraler Staaten. Nur für die Vereinigten Staaten von Nordamerika nicht, für welche schon der Krieg eine niegeahnte Hochkonjunktur bedeutete, die unmittelbare Zeit nach dem Kriege aber eine nicht geringere bedeuten dürfte. Wie dem aber auch sei, eines steht ganz ausser Zweifel: Staat und Volkswirtschaft werden starke Ansprüche an den Geldmarkt stellen. Der Staat, um seine unbedeckten Kriegsschulden zu konsolidieren, um die notwendigen Investititonen vornehmen zu können. Ein Aufschwung der Volkswirtschaft, in der Landwirtschaft wie in der Industrie wird aber ohne vorherige grosse Investitionen nicht möglich sein. Die Mehrproduktion der Landwirtschaft ist neben der Bodenreform eine eminente Kapitalsfrage. Die Förderung der Industrie ist fast ausschliesslich eine solche. Ungarn war auch in Friedenszeiten auf fremde Kapitalien angewiesen, nach dem Kriege wird es in noch grösserem Masse sein. Da kann Mitteleuropa mit dem Deutschen Reiche von ganz ausserordentlicher Bedeutung für Ungarn werden, wenn Deutschland seine eigenen finanziellen Schwierigkeiten nach dem Kriege überstanden haben wird — bei einem Volke mit jährlicher Vermehrung des Nationalvermögens von 10 Milliarden Mark kann das keine Frage langer Zeit sein —, muss Ungarn auf den deutschen Geldmarkt rechnen können. Nicht etwa als Opfer deutscherseits, sondern als nutzbringende Kapitalsanlage zur Stärkung Ungarns und dadurch auch Mitteleuropas.

Zum Schlusse noch einige kurze Bemerkungen über das Verkehrswesen Mitteleuropas, wieder vom ungarischen Gesichtspunkte. Fast in der Mitte dieses Mitteleuropas gelegen, führen alle Verkehrswege durch Ungarn. Die Schienenstränge von Hamburg bis Bagdad, sowie die Verbindung von der Nord- und Ostsee mit dem Schwarzen Meer, welch letztere

KÖNYVTÁR — KÉPVISELŐHÁZI

durch den bayrischen Kanalplan hergestellt werden soll. Da wird der ungarischen Donau eine ganz bedeutende Rolle zufallen und mit ihr dem Lande selbst. Eine einheitliche Verkehrspolitik wird da geschaffen werden müssen, Schienenstränge und Wasserstrassen werden im gleichen Dienste der Volkswirtschaft aller Staaten Mitteleuropas zu stehen haben. Ungarn kann hieraus nur Vorteile haben, wenn es auch gewisse Opfer in dieser Richtung zu bringen haben wird. Aber ohne Opfer wird ein solch grosses Problem nicht zu lösen sein, Opfer werden dafür alle beteiligten Staaten bringen müssen.

Ich komme nun zum Schlusse meiner Ausführungen. Ich war bestrebt die Frage des Problems der Schaffung Mitteleuropas vom Gesichtspunkte der Interessen Ungarns von politischer und wirtschaftlicher Seite zu beleuchten. Ich war bestrebt die Grenzen der ungarischen Interessen einzuhalten und berührte österreichische Interessen nur in jenen Beziehungen, wo dem nicht auszuweichen war. Unsere Interessen begegnen sich aber in dieser Frage in vielen Beziehungen. Politisch sind sie ganz identisch, wirtschaftlich weichen sie zwar ab, aber sind keine entgegengesetzten.

Was ist nun das Ergebnis meiner Betrachtungen?

Mitteleuropa als Vereinigung selbständiger Staaten wird kommen, weil es kommen muss. Deutschland, Österreich und Ungarn müssen sich einander enger anschliessen politisch, militärisch und wirtschaftlich. Deutschland und Österreich-Ungarn werden den Kern Mitteleuropas bilden, welchem sich die Balkanstaaten in geeigneter Form werden anschliessen müssen. Vom Gesichtspunkte der Interessen Ungarns kann die Schaffung eines solchen Mitteleuropa nur erwünscht sein.

Der Krieg macht eine neue Weltgeschichte, Mitteleuropa wird eine mächtige Schöpfung dieser Weltgeschichte werden.

VII.

Wirtschaftskrieg nach dem Krieg.*)

Bevor ich auf das mir gestellte Thema eingehe, will ich meiner ganz besonderen Freude darüber Ausdruck geben, dass das Handelsunterseeboot „Deutschland" trotz Lauerns eines ganzen feindlichen Geschwaders, welches es in die See bohren zu können glaubte, wieder in seinem Ausfuhrhafen einlangte. Ein neues Zeichen deutscher Tüchtigkeit, ein neuer Beweis deutscher Überlegenheit!

Ich darf wohl beantragen, dass wir, die Vertreter der hier versammelten drei Mitteleuropäischen Wirtschaftsvereine unsere aufrichtige Freude hierüber zum Ausdrucke bringen und dass von unserer Konferenz eine Begrüssung an die betreffende deutsche Stelle abgesendet werde.

Und nun zum Gegenstande! Es hiesse Eulen nach Athen tragen, wollten wir heute, nach mehr als zweijährigen Verhandlungen in der Angelegenheit der wirtschaftlichen Annäherung, wo wir stets in Fühlung miteinander und mit unserer Öffentlichkeit standen, wo wir die Hand auf den Puls der Öffentlichkeit Deutschlands, Österreichs und Ungarns hielten, wo die Notwendigkeit des wirtschaftlichen Anschlusses dieser drei Staaten sozusagen zum Gemeingut ihrer Nationen und Völker geworden ist, heute noch über die Notwendigkeit oder

*) Referat erstattet an der gemeinsamen Konferenz der Mitteleuropäischen Wirtschaftsvereine in Budapest, 12. Dezember 1916.

Wichtigkeit dieser wirtschaftlichen Annäherung sprechen. Es wäre meines Erachtens nach ganz überflüssig, wollten wir uns heute darüber unterhalten, welche Vorteile der eine oder andere Staat aus diesem zu schliessenden Bündnisse haben kann oder könnte, diese Fragen sind schon längst vereinigt: Eben deshalb will ich mich auch nicht auf die Behandlung dieser Frage einlassen.

Auch auf die politische Seite dieser hochwichtigen Frage will ich mich nicht einlassen, und dies umsoweniger, da auch jene Auffassung zur Überzeugung aller Nationen und Völker der drei Staaten geworden ist, dass ein politisches Bündnis bei wirtschaftlicher Uneinigkeit überhaupt undenkbar ist, daher unser politisches Bündnis in entsprechender Form unbedingt wirtschaftliche Ergänzung erfahren muss.

Doch kann ich mich in politischer Beziehung, um einem Missverständnisse vorzubeugen, einer Bemerkung, oder besser gesagt einer Richtigstellung nicht enthalten. Auch heute wurde das zu schliessende Bündnis als ein Staatenbund bezeichnet. Unsere Terminologie hierzulande weicht vielleicht von der reichsdeutschen etwas ab, wir verstehen unter Staatenbund etwas anderes als da vielleicht gemeint ist. Das Bündnis, welches wir auch wirtschaftlich wünschen, will kein Staatenbund im Sinne der Bundesstaaten sein, sondern ein *Bund der Staaten.* Der Ausgangspunkt all' unserer Verhandlungen war von Anbeginn die absolute Wahrung sämtlicher Hoheitsrechte, die absolute Wahrung der Souverainität der beteiligten Staaten und kann diese Vereinigung nur in dieser Form zur Verwirklichung gelangen. Es darf diesbezüglich kein Missverständnis entstehen, wir können dabei nicht genug vorsichtig sein, deshalb wollte ich diese Bemerkung in politischer Richtung vorausgeschickt haben.

Nach dieser kurzen Bemerkung möchte ich nunmehr auf das Meritum des Gegenstandes eingehen, den ich mir als Referent des ungarischen Mitteleuropäischen Wirtschaftsvereins für eine gemeinsame Handelspolitik gestellt habe.

Vorerst möchte ich feststellen, und bin nur dessen sicher, dass ich diesbezüglich nirgend in unseren drei Staaten auf Widerspruch stossen werde, dass von Anbeginn bei Behandlung der Frage über die wirtschaftliche Annäherung unserer drei Staaten bis nun nie und nirgend bei uns eine wirtschaftliche Agressivität nach dem Kriege den feindlichen Staaten gegenüber zum Ausdrucke kam. Die ganze Tendenz unserer Annäherungsbestrebungen war einzig und allein auf unser eigenes gegenseitiges wirtschaftliches Verhältnis basiert, beschränkt auf die Untersuchung jener Fragen und Möglichkeiten, wie wir unser gegenseitiges Verhältnis günstiger gestalten, wie wir unser politisches Bündnis wirtschaftlich vertiefen und ausgestalten können, ohne aber auch nur den Anschein zu erwecken, als ob wir nach dem Kriege nicht den wirtschaftlichen Frieden mit aller Welt, also auch mit unseren derzeitigen Feinden suchen wollten. In den Verhandlungen der drei Mitteleuropäischen Wirtschaftsvereine ist eine Agressivität unseren Feinden gegenüber nicht zu entdecken, in allen Stadien der Verhandlungen kam es deutlich zum Ausdruck, hierüber gab es auch nie eine Meinungsverschiedenheit, dass wir nach dem Frieden mit allen Staaten wieder normale handelspolitische Beziehungen anstreben, ja das grösste Gewicht darauf legen, dass wir unser eigenes Verhältnis zueinander so einrichten, damit es dem friedlichen Verhältnis zu anderen Staaten nicht im Wege stehe.

Nicht so unsere Feinde! Im Gegensatze hiezu sehen wir bei den feindlichen Staaten die offene Tendenz, ja viel mehr, grosse Vorbereitungen zu einem Wirtschaftskriege nach dem Kriege.

Einer der Ausgangspunkte des Krieges war Englands wirtschaftliche Eifersucht Deutschland gegenüber und aus demselben Grunde soll nach dem Kriege ein Wirtschaftskrieg beginnen. Es soll die wirtschaftliche Kraft Deutschlands vernichtet werden und mit Deutschland selbstverständlich auch das unverhältnismässig schwächere Österreich und Ungarn.

Statt mich mit der Behandlung allgemeiner Gesichtspunkte zu befassen, glaube ich richtiger zu handeln, wenn ich hier in meinen kurzen Erörterungen jene wichtigeren Ereignisse darstelle, welche sich auf diesem Gebiete bei den uns feindlichen Staaten zutragen, welche Tendenzen bei unseren Feinden in wirtschaftlicher Richtung herrschen und wie diese dort zum Ausdruck gelangen, um den Beweis zu liefern, welch dringende Notwendigkeit es ist, keine Stunde mehr zu versäumen, um uns gegenseitig zu ralliieren, damit die so sehr angestrebte wirtschaftliche Annäherung endlich auch zur Wirklichkeit werde.

Den Ausgangspunkt der wirtschaftlichen Massnahmen und Vorbereitungen unserer Feinde bildet die bekannte Pariser Wirtschaftskonferenz. Auf dieser machten sich zweierlei Tendenzen bemerkbar: die gegenseitige Förderung der wirtschaftlichen Interessen der in der Entente vertretenen Staaten einerseits und der Kampf gegen Deutschland, Österreich und Ungarn, überhaupt gegen die in dem Bündnis der Zentralmächte vereinigten Staaten andererseits.

Was die gegenseitige Förderung der eigenen wirtschaftlichen Interessen anlangt, so können wir dagegen nichts einwenden; wir tun ja dasselbe, wenngleich leider in viel geringerem Masse, oder müssten es tun, und was dem einen recht ist, muss für den anderen auch als billig anerkannt werden.

Nicht so die agressive Tendenz der Pariser Konferenz gegen uns. Da handelt es sich schon um ganz was anderes. Vorerst soll der wirtschaftliche Kampf gegen uns, Deutschland, Österreich, Ungarn und den anderen Verbündeten darin zum Ausdruck gelangen, dass uns die Meistbegünstigung auf mehrere Jahre *prinzipiell* verweigert werde. Dann ist ein gemeinsamer Schutz vereinbart gegen die Einfuhr feindlicher Waren unter dem bekannten Titel, Schutz gegen die „Schleuderpreise" Deutschlands; ein weiteres Mittel soll die Anwendung künstlicher Mittel zur Erschwerung des Handelsverkehres, die differenzielle Behandlung der feindlichen Handelsschiffe durch

hafenpolizeiliche Massnahmen und verschiedene Gebührenzuschläge sein, usw., um einen Handelsvertrag mit den feindlichen Staaten unmöglich zu machen, denn unter solchen Voraussetzungen dürfte wohl kein Staat auf Verträge eingehen. Und schliesslich — um nur die allerwichtigsten Beschlüsse der Pariser Konferenz zu erwähnen — die Erschwerung der Rohstoffbeschaffung für uns nach dem Kriege.

Auf diese Weise soll der Wirtschaftskampf gegen die Mittelmächte nach dem Kriege geführt werden. In dieser Konzeption wäre es der schärfste Wirtschaftskrieg, den es je in der Welt gegeben hat.

Allerdings mag auch hier das alte Sprichwort gelten, dass nicht so heiss gegessen wird, wie es gekocht worden ist. Aber wenn es auch nicht so leicht sein wird, diese Vereinbarungen nach Friedensschluss in Wirklichkeit umzusetzen, — denn die Voraussetzung hiefür könnte nur unsere vollständige Niederringung im Kriege sein, was nach der heutigen Kriegslage, wo wir als entschiedene Sieger überall dastehen, doch selbst von unseren Feinden nicht ernstlich geglaubt werden dürfte — so darf doch nicht leichtfertig darüber hinweggegangen werden und wir dürfen auch nicht leichtfertig mit einer eleganten Geste über diese Frage hinwegkommen wollen. Wenn auch, wie ich daran keinen Moment zweifle, die offizielle Form dieser Vereinbarungen scheitern muss, weil sie nicht gelingen kann, müssen wir den feindlichen Massnahmen doch weitgehende Aufmerksamkeit entgegenbringen, denn es darf nicht übersehen werden, dass wir einer sehr zielbewussten Organisation der Völker der Ententestaaten gegenüberstehen, welche viel gefährlicher werden kann, als offizielle Stellungnahmen. Wir stehen da Aktionen gegenüber, mit dem Zwecke, tief in der Seele der Bevölkerung der Entente-Staaten Wurzel zu fassen, um die Feindseligkeit, welche im Kriege natürlich zum Ausdrucke kommt, auch nach dem Kriege in den Herzen der Bevölkerung der feindlichen Staaten weiter zu erhalten. Was das aber eben auf wirtschaft-

lichem Gebiete bedeuten kann, braucht hier nicht weiter erörtert zu werden.

Aber nun zur Durchführung der Pariser Konferenz, deren Beschlüssen sich nunmehr — den Mitteilungen nach — alle feindliche Staaten anschlossen. Wie sieht vorerst die wirtschaftliche gegenseitige Förderung aus? Ich möchte diesbezüglich nur ganz kurz und nur behufs Illustration der Bestrebungen der Entente-Staaten einiges anführen, wobei ich bemerke, dass das, was ich hier anführe, nur einen geringen Teil der dortseitigen Massnahmen darstellt. Alle feindlichen Regierungen, bis auf Japan und Portugal, haben seit der Pariser Konferenz die *gleichen* Organisationen zum Schutz der einheimischen wirtschaftlichen Interessen geschaffen, Organisationen mit Reziprozitätsverhältnis, welche miteinander in engster Verbindung stehen. Überall finden wir neueingesetzte Regierungskommissionen, mit aktiven Regierungsmännern, Ministerpräsidenten und Ministern an der Spitze, mit Zuziehung der dortigen hervorragendsten Fachkreise: *„Ausschüsse zur Bekämpfung des Feindes auf wirtschaftlichem Gebiete."*

Eine ganze Legion von Studienkommissionen, wieder unter Führung von Regierungsmännern, hervorragendsten industriellen und wirtschaftspolitischen Kreisen, wurde in die ihnen befreundeten Staaten entsendet, um dort die wirtschaftlichen Verhältnisse einem Studium zu unterziehen, geschäftliche Verbindungen anzuknüpfen und zu erforschen, wie kann all' das, was bisher Deutschland, Österreich und Ungarn dahin lieferte, durch Entente-Staaten ersetzt werden? Dass hierbei Russland und Italien in erster Reihe als solche gelten, welche Absatzgebiete sein sollen, braucht nicht besonders hervorgehoben zu werden.

Gesellschaftliche Organisationen wurden gegründet, auch unter Mitwirkung der Regierung: in Frankreich z. B. die grossangelegte „Association Nationale d'Expansion Économique", oder in Italien die „Alleanza Commerciale Romana",

und ganz ähnliche in England, Russland, Portugal und Japan, überhaupt in allen feindlichen Ländern, wieder alle unter gegenseitiger Fühlungnahme mit der Direktion aus London oder Paris.

Überall finden wir die grössten Anstrengungen, um die eigene Produktion in solchen Artikeln zu erhöhen, oder zu begründen, welche vor dem Kriege aus Deutschland, Österreich oder — leider sehr wenig — auch aus Ungarn bezogen wurden.

Ich verweise hier nur auf zwei klassische Beispiele dieser Art, welche charakteristisch für die ganze Organisation sind. Die eine, die Vereinigung sämtlicher grossen französischen metallurgischen, chemischen, Farbwaren-, Papierindustrien und Gasfabriken in einen einheitlichen nationalen Verband, in ein „Syndicat National des Matières Colorantes"; ganz ähnliche Vereinigungen derselben Industrien, als gleiche Organisation sind in den anderen Entente-Staaten zustande gekommen, überall unter dem Protektorate der betreffenden Regierungen und alle vereinigten sich sodann in eine *gemeinsame* Organisation unter dem Titel „Société Inter-Alliée des Matières Colorantes". Das gleiche gilt für fast alle wichtigeren Industriegruppen der feindlichen Staaten. Für die in diesen Syndikaten herrschende Tendenz mag eines der allerletzten Beispiele einen Beweis liefern. Ende Oktober wurde eine Versammlung der grössten Gummiwerke Englands abgehalten und da wurde vom Präsidialtisch aus folgende Aeusserung gemacht: „Man könne nunmehr als eine Tatsache feststellen, dass der deutsche Wettbewerb ausgerottet wäre!"

Ich verweise ferner auf die Anstrengungen Japan's, welches heute z. B. schon den *ganzen* Seidenmarkt allein beherrscht; welches in seiner Baumwollindustrie ebenfalls die grössten Anstrengungen an den Tag legt. Die 48 grössten Baumwollspinnereien haben sich schon zu einem grossen Trust vereinigt, zehn Fabriken mit schlechteren Produktionsverhältnissen zum Stillstande gebracht, dafür aber die Spindelzahl

der anderen verdoppelt und schon auf 2,763.000 erhöht und ihre Produktion in der ersten Hälfte 1916 schon um 90% steigerte und sich insbesonders auf die südamerikanischen Märkte verlegt, wo eine solch rege japanische Geschäftstätigkeit herrscht, wie nie vorher. Langfristige Kredite werden dort eröffnet, japanische Kapitalien investiert, und wie sich jüngst ein französisches Fachblatt ausdrückte: „die Eisenbahn über die Anden führt mehr japanische als andere Waren nach Argentinien".

Wie viele solche Fälle könnte ich vorbringen! Doch will ich es unterlassen, es genügen vielleicht diese Beispiele. Aber das sind nur die unschuldigeren feindlichen Aktionen, denen wir gegenüberstehen, und wenn sie auch eine ganz entschiedene agressive Tendenz gegen uns haben, muss es anerkannt werden, dass sie sich mehr oder weniger auf legalem Gebiete bewegen, denn sie stellen doch nur den Schutz der heimischen Produktion dar, gegen welchen wir schliesslich nichts einwenden können, wenn es uns auch ziemlich arg berührt, nur müssten wir ähnliches unternehmen, um unsere Interessen zu schützen.

Viel gefährlicher sind aber jene Boykottbewegungen, auf welche ich bereits anspielte. Die mildeste Form dieser Boykottbewegung ist jene Erscheinung, dass in die Statuten von Aktien- und ähnlichen Gesellschaften der feindlichen Staaten in neuester Zeit die Bestimmung eingeschaltet wird, u. zw. allgemein, dass die Mitglieder von Verwaltungen englischen, französischen, russischen, italienischen Eltern entstammen müssen.

Wie gefährlich solche Bewegungen sein können, beweist der Umstand, dass diese Krankheit auch auf neutrale Staaten übergreift. Jüngst verfügte in Dänemark eine Rückversicherungsanstalt, dass an Ausländer keine Aktien abgegeben werden dürfen und Ausländer daher auch keine Aktien erlegen können. Aehnliche Richtung verfolgt das schwedische Gesetz vom 30. Mai 1916, wonach Ausländer, ohne vom König in jedem

einzelnen Falle eingeholte Genehmigung, weder Imobilien, noch Minerallager erwerben, beziehungsweise bearbeiten, oder Grubenbau betreiben dürfen. Dasselbe bezieht sich auch auf schwedische Handelsgesellschaften, Aktiengesellschaften und wirtschaftliche Verbände, in denen sich Ausländer als Beteiligte befinden, ja auf Aktiengesellschaften und wirtschaftliche Verbände, wo nicht nachgewiesen werden kann, dass Ausländer nicht beteiligt sind.

Das ist die grösste wirtschaftliche Reaktion, die man sich überhaupt denken kann: Ausschluss jeglichen ausländischen Einflusses und fremder Teilnahme an dem Wirtschaftsbetriebe eines Landes!

Das ist eine Entartung, die hoffentlich jenen Staaten den grössten Schaden zufügen wird, die sich dieser Form der Entartung bedienen.

Und doch sind diese Entartungen noch immer nicht das schlimmste in den Massnahmen unserer Feinde für die Zeit nach dem Kriege. Viel ärger sind jene Organisationen, welche in Frankreich, unter dem Titel „Comité International", in England, Italien und Russland mit ähnlichen Titeln ins Werk setzten, wo es z. B. bei der französischen Organisation heisst: Alle antideutschen Verbände — es sind schon über 60 — und Vereine von Käufern werden sich zu einer treuen Armee organisieren, um die Pläne der Pariser Wirtschaftskonferenz der Verbündeten durchzuführen und das Vorgehen der Regierung zu unterstützen, *indem man unnachsichtlich alle deutschen und österreichischen* (selbstverständlich sind darunter auch die ungarischen verstanden, denn unter „Österreich" ist im Ausland immer auch Ungarn gemeint!) *Erzeugnisse boykottiert und allerorts in den verbündeten Ländern Zweigvereine gründen wird, welche den Handel und die Industrie der Feinde überwachen und beaufsichtigen.*

Oder was sollen wir dazu sagen, was die mächtigste englische Arbeiterorganisation, die Trades Unions jüngst ins Werk gesetzt hat, indem seitens ihrer Verwaltung allen Gewerkschaf-

ten Grossbritanniens eine Kundmachung vor einigen Wochen zu dem Zwecke zuging, *eine allgemeine, gegen alles Deutsche gerichtete Boykottierung durchzusetzen!* Es wurde ein Verband gebildet, um alle Gewerkschaften, ohne Rücksicht auf Parteizugehörigkeit oder Glaubensbekenntnis, zu vereinigen, und *mit allen erreichbaren Mitteln die deutsche Gefahr vernichten zu helfen.* Eines der Ziele besteht darin, die Wiederkehr feindlicher Arbeitskräfte, Waren, sowie jegliche Beeinflussung, sei es industrieller, geschäftlicher oder politischer Art, zu verhindern, jeden feindlichen Ausländer, ob reich oder arm, von den Grenzen des britischen Reiches fern zu halten.

Ganz von diesem Geist beseelt ist ein Beschluss der Bombayer Handelskammer, von welchem ich nur deshalb Erwähnung mache, um ein Zeichen dafür zu liefern, wie weit sich in britischen Gebieten dieser Geist verpflanzt hat, und wie schnell der Hass gegen alles, was feindlich ist, verbreitet wird. Der Beschluss der Handelskammer in Bombay, welcher der britischen Regierung vorgelegt wurde, geht dahin, dass während der ersten sechs Monate nach Beendigung der Feindseligkeiten, kein feindlicher Staatsangehöriger irgend eine Hafenstadt des britischen Reiches betreten, oder dortbleiben darf, es sei denn mit besonderer Erlaubnis, und dass kein feindliches Fahrzeug die Erlaubnis zur Einfahrt in einen britischen Hafen erhalten darf.

Dieser Beschluss ist gar nicht so schlecht durchdacht, die sechs Monate sollen jener Übergang sein, in welchem die fehlenden Warenlager ergänzt werden, die Konsumenten ihren zurückgehaltenen Bedarf decken, somit von diesem ersten grössten Absatz die feindlichen Staaten ferngehalten werden sollen.

Aber nicht nur nach Indien drang dieser Geist ein, wir begegnen demselben auch in anderen Kolonien des britischen Reichs. So beschloss die Handelskammer Salisbury in Rhodesia die zuständige Regierungsbehörde zu ersuchen, zur Verhinderung des allgemeinen Gebrauches feindlicher Waren nach

dem Kriege die Zollabgaben für alle in Feindesland erzeugten Güter bedeutend zu erhöhen; es wird darauf gedrungen, dass ausländische Waren mit einer das Urspruchsland bezeichneten Marke versehen sein müssen und dass jeder, der sich an den bezeichneten Handelsmarken zu schaffen macht, mit Gefängnis und Beschlagnahme der Waren zu bestrafen ist.

Auch die Handelskammern der südafrikanischen Union nahmen zu dieser Frage Stellung, indem sie in einer Mitte September dieses Jahres in Kapstadt abgehaltenen gemeinsamen Konferenz beschlossen, der Regierung folgende Wünsche zu unterbreiten: *Sondertarif für die Erzeugnisse und Fabrikate der jetzt feindlichen Länder* nach einer durch Reichskonferenzbeschluss festgesetzten Abstufung und *für eine gleicherweise vereinbarte Zeitdauer; unterschiedliche Gebührenordnung für alle feindliche Schiffe* in südafrikanischen Häfen in Übereinstimmung mit den Beschlüssen der Pariser Konferenz; Einstellung der Gewährung von Handelslizenzen an feindliche Staatsangehörige oder Vertreter feindlicher Firmen.

Auch der Beschluss der britischen Handelskammern gegen die deutsche Schiffahrt ist sehr bezeichnend und lehrreich, ich will denselben hier auch nur ganz kurz anführen. *Der geschäftsführende Ausschuss der Vertreter der Handelskammern des ganzen britischen Reichs, sowie des britischen Reichshandelsrats* hat vor einigen Wochen einen Bericht ausgearbeitet, welcher dem Ministerpräsidenten Englands und der Dominien, sowie anderen zuständigen Behörden vorgelegt werden soll.

In den darin enthaltenen Beschlüssen wird verlangt: *Friedensschluss nur unter der Bedingung, dass der feindlichen Schiffahrt erst dann Bewegungsfreiheit gewährt wird, wenn sie sämtliche Schäden ersetzt hat; Festsetzung niedrigerer Tonnen- und Hafengelder für alle britischen Schiffe in britischen Häfen;* Vorzugsgewährung an Verbündete und Neutrale nur entsprechend der von diesen an britische Schiffe gewährten Vorzugsbehandlung; *für die feindliche Schiffahrt zum mindesten eine Verdoppelung der den übrigen Schiffen auferlegten Ge-*

bühren; in keinem Falle Unterstützung der feindlichen Schiffahrt durch die britische Regierung; Begünstigung der Güterverschiffung innerhalb des britischen Reiches auf britischen Schiffen oder auf Schiffen der Verbündeten; *Verbot von Vereinbarungen zwischen britischen Schiffahrtsgesellschaften und fremden ohne Kenntnis des Handelsamtes oder einer anderen ministeriellen Behörde; Hintertreibung der Verfrachtung fremder Güter auf britischen Schiffen von britischen Häfen zu geringeren Frachtsätzen, als ähnliche britische Güter.*

So durchdringt der Gedanke des Wirtschaftskrieges alle massgebenden Kreise unserer Feinde, und so trachten diese die neue Kriegsorganisation nach dem Kriege durchzuführen. So schrecklich aber das auch klingen mag, ist es noch immer nicht das Aergste, was die uns feindlichen Staaten auf diesem Gebiete produzieren.

Das Unerhörteste, was auf internationalem Gebiete vielleicht je geschah, ist der allerneueste Vorgang, den Frankreich gegenüber einem neutralen Staate beobachtet; der Vorgang, den die französischen Handelskammern gegenüber Schweizer Exporteuren seit der allerjüngsten Zeit befolgen. Nach einer Mitteilung von etwa einem Monate, müssen Genfer und andere schweizerische Firmen, die nach Frankreich exportieren wollen, und um eine Einfuhrerlaubnis, ein Ursprungszertifikat bei einer kompetenten französischen Handelskammer ansuchen, folgende Dokumente vor Erlangung dieser Bewilligung vorlegen: Eine notariell beglaubigte Erklärung, dass der Betreffende ein Staatsangehöriger der Schweiz oder der verbündeten Länder sei; es muss einwandfrei notariell beglaubigt werden, u. zw. auf Erhebungen begründet, dass weder seine Frau, noch seine Eltern seit wenigstens 50 Jahren verwandtschaftliche Beziehungen zu Österreichern (wieder auch Ungarn inbegriffen!) oder Deutschen hatten. Es wird ferner ein Beweis verlangt, dass die Firma keinen österreichischen oder deutschen Angestellten beschäftigt; ein weiterer Beweis — immer notariell beglaubigt — dass der Betreffende Waren

nicht aus österreichischen oder deutschen Landen bezieht; dass das Exporthaus nicht mit österreichischem oder deutschem Kapital arbeitet.

Bisher könnte man noch darauf hinweisen, das wir eben im Kriege stehen und ein Schutz gegen feindliche Exporte durch Benützung eines neutralen Staates geschaffen werden müsse. Was aber jetzt folgt, ist schon für die Zukunft bestimmt: Die Firma muss sich durch eine ebenfalls notariell beglaubigte Erklärung verpflichten, keine Transaktion oder sonstige Handelsgeschäfte mit österreichischen, deutschen oder neutralen Firmen abzuschliessen, *die während der letzten 10 Jahre in Handelsbeziehungen zu österreichischen oder deutschen Firmen gestanden haben.* Und schliesslich eine notariell beglaubigte Erklärung des Betreffenden, worin er sich verpflichtet, im Falle der Nichteinhaltung dieser Bedingungen, 30.000 Frcs als Strafe zu bezahlen.

Es ist das das Tollste, was je auf wirtschaftlichem Gebiete geschehen konnte! Müssen solche Massnahmen keine verheerende Wirkung bei den breiten Volksmassen ausüben und ist da nicht zu befürchten, dass diese Strömungen noch langelange nach dem Kriege ihre schädliche Wirkung auf den internationalen Verkehr ausüben dürften, wenngleich Boykottbewegungen für die Dauer nicht möglich sind!

Aber es sind das nur einzelne Mosaiksteine aus dem Bilde, welches sich ergeben würde, wollte ich sämtliche Massnahmen der Entente-Staaten, welche gegen die mitteleuropäischen Mächte auf wirtschaftlichem Gebiete gerichtet sind, vorführen.

Wie gefährlich aber diese Bewegungen sind, beweist das Umsichgreifen dieser auch auf die neutralen Staaten, welche sich für die Zeit nach dem Kriege ebenfalls rüsten und auch nicht in einer Weise, welche für uns als Beruhigung dienen könnte. Nur ganz kurz sollen einige dieser aus allerletzter Zeit erwähnt werden. Erst im Monat September dieses Jahres, also in allerjüngster Zeit, wurde die bekannte Wirtschaftskonferenz der drei nordischen Staaten in Christiania abge-

halten, wo diese den wirtschaftlichen Zusammenschluss beschlossen, um nach Friedensschluss ihre wirtschaftlichen Interessen gemeinsam und einverständlich zu wahren und zu vertreten.

Und ist es etwa keine sehr ernste Warnung für die Zukunft, für die Zeit nach dem Kriege, wenn die Vereinigten Staaten von Nordamerika schon heute ein neues Zollgesetz schaffen mit dem Wirkungsbeginn *nach Friedensschluss*, expressis verbis gegen die deutsche Farbwarenindustrie gerichtet, in welchem Gesetz fast prohibitive Zölle schon heute festgestellt werden, um eben die Einfuhr der Farbwaren Deutschlands nach der Union nach dem Kriege unmöglich zu machen oder einzuschränken!

Es dürfte ja bekannt sein, welche Anstrengungen während des Krieges in den feindlichen, wie in den neutralen Staaten und auch in der Union gemacht wurden, um sich eine grosse Farbwarenindustrie zu begründen, damit Deutschland auch auf diesem speziell deutschen Gebiete überflüssig gemacht werde. Ob es gelingen wird, den Kampf mit der deutschen Farbwarenindustrie aufzunehmen, ist eine andere Frage, aber die Massnahmen hiefür sind getroffen.

Amerika, wo volle wirtschaftliche Freiheit besteht und keine staatliche Organisationen in die wirtschaftlichen Gebiete eingreifen, hält es für notwendig, jetzt staatliche Organisationen zur Förderung des amerikanischen Exportes zu schaffen, welche in erster Reihe gegen Europa gerichtet sind. Gesellschaftliche Organisationen ähnlicher Art, wie sie die Entente-Staaten einrichteten, wurden dort geschaffen; Studienkommissionen nach Italien und Russland entsendet, insbesondere auf Russland hat man es auch von dort abgesehen, die russischen Minerallager sollen mit amerikanischen technischen Kräften erschlossen werden, russische Eisenbahnen sollen durch Amerikaner erbaut werden, Amerika will dem russischen Reiche wirtschaftliche Unterstützung angedeihen lassen!

Amerikanisch-russische, amerikanisch-italienische Handelskammern werden gebildet, amerikanisch-französische „Entente Économique"-Organisationen werden geschaffen, usw.

Allerneuesten Datums ist auch das Gesetz vom September dieses Jahres, wonach die amerikanische Union ihren Banken das Recht einräumt, in ausländischen Staaten Filialen zu errichten, was bisher auch nicht gestattet war. Lauter Organisationen, die gegen uns gerichtet sind.

Selbst Japan bildet für die Union kein Hindernis mehr, es wird angestrebt, die politischen Gegensätze zwischen Japan und Amerika im Dienste einer wirtschaftlichen Verständigung gegen Europa auszugleichen.

Doch will ich mit meinen Beispielen nicht weiter fortsetzen und will mit meinen Ausführungen schliessen. Da muss ich die Frage beantworten: welchen Zweck hatte es, dass ich dieses Material hier vorbrachte? Meine Antwort hierauf ist sehr einfach und kann sehr kurz sein. Es wollte eine Mahnung an alle jene sein, die die Zeit noch nicht für herangekommen sehen, oder die da glauben, dass wir noch viel Zeit haben, um die wirtschaftliche Annäherung zwischen Deutschland, Österreich und Ungarn zu bewerkstelligen.

Diesen Optimisten möchte ich auch die allerneueste Nachricht von der vor einigen Tagen in Paris im auswärtigen Amte neuerlich abgehaltenen Delegierten-Konferenz empfehlen, welcher als einziger Gegenstand der wirtschaftliche Ausschluss der Entente-Staaten nach dem Kriege zur Besprechung vorlag, deren Beschlüsse aber nicht bekanntgegeben werden sollen, bis sämtliche Regierungen dazu nicht ihre Zustimmungen geben.

Ich wollte einen Beweis dafür erbringen, dass fast die letzte Stunde schon herangebrochen ist — ganz abgesehen von dem hoffentlich nicht sehr weit entfernten Frieden — dass wir uns wirtschaftlich zusammenschliessen, damit das wirtschaftliche Bündnis zwischen Deutschland, Österreich und Ungarn ehestens zustande komme. Es wollte eine Urgierung an der Hand der Tatsachen sein, die uns der Feind selbst liefert, damit endlich auch jene zu dem Be-

wusstsein kommen, die die Dringlichkeit der Annäherung nicht für so wichtig erachten, dass, wenn auch nicht alles klingende Münze sein wird, was uns heute als solche erscheint, doch für uns die Gefahr besteht, dass uns, wenn wir uns nicht rechtzeitig verständigen, die Möglichkeit der Kraftentfaltung genommen wird, um diesen Bestrebungen der feindlichen Staaten mit entsprechendem Erfolge entgegentreten zu können. Denn unsere Kraftentfaltung hängt davon ab, ob wir beim Friedenschluss auch wirtschaftlich geeint dastehen werden. Fast möchte ich sagen, dass die letzte Stunde dafür gekommen ist, dass wir nunmehr nicht weiter zögern, sondern alles aufbieten, damit ehestens unsere wirtschaftliche Annäherung zustande kommt.

ÁLLAMIGAZGATÁSI FŐISKOLA
Ti 41.926
KÖNYVTÁR

KÉPVISELŐHÁZI KÖNYVTÁR

52.

NK_E Közigazgatástudományi Kar Könyvtára
00057343
MGr 1702

Muzeal 3
Német nyelv a

1000.-